

**WIFO**

1030 WIEN, ARSENAL, OBJEKT 20  
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**EU-Mitgliedschaft Österreichs  
Eine Evaluierung in Zeiten der Krise**

**Fritz Breuss**

Projektkoordination: Christian Glocker  
Wissenschaftliche Assistenz: Nora Popp, Roswitha Übl

**Oktober 2012**

## EU-Mitgliedschaft Österreichs Eine Evaluierung in Zeiten der Krise

**Fritz Breuss**

**Oktober 2012**

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich

Projektkoordination: Christian Glocker

Begutachtung: Karl Aiginger, Franz Sinabell • Wissenschaftliche Assistenz: Nora Popp, Roswitha Übl

### Inhalt

Die Studie stellt die erzielten Integrationseffekte der immer tieferen EU-Integration Österreichs anhand von Modellergebnissen vor. Aufgrund eines internationalen Vergleiches (z. B. mit der Schweiz) wird diskutiert, ob die EU-Mitgliedschaft in Zeiten der Krise Vor- oder Nachteile hatte und was ein Abseitsstehen von der EU-Integration bedeutet hätte. Abschließend folgt eine Diskussion über die Euro-Krise und über die Zukunft der WWU. Ein Zerfall der Währungsunion wäre demnach um vieles teurer als die anhaltenden Rettungsmaßnahmen und der Einsatz zum Erhalt der Währungsunion.

Österreich profitierte, wie die Untersuchung zeigt, ökonomisch auf allen Stufen der Integration (Ostöffnung BIP-Wachstum +0,2 Prozentpunkte pro Jahr, EU-Mitgliedschaft +0,6 Prozentpunkte, WWU-Teilnahme +0,4 Prozentpunkte, EU-Erweiterung +0,4 Prozentpunkte). Die aus Modellsimulationen abgeleiteten Integrationseffekte durch die Teilnahme an allen EU-Projekten verstärkten das Wachstum des österreichischen BIP insgesamt um  $\frac{1}{2}$  bis 1 Prozentpunkt pro Jahr. Die Plausibilität dieser Modellergebnisse wird durch den Vergleich der Wirtschaftsentwicklung Österreichs mit anderen EU-Ländern und mit Drittländern unterstrichen. So entsprach der Wachstumsvorsprung Österreichs vor Deutschland und der Schweiz den genannten Integrationseffekten. Dieser "Wachstumsbonus" ist ohne die Integrationswirkungen der Teilnahme Österreichs an allen EU-Projekten schwer bis gar nicht erklärbar.

Rückfragen: [Fritz.Breuss@wifo.ac.at](mailto:Fritz.Breuss@wifo.ac.at), [Nora.Popp@wifo.ac.at](mailto:Nora.Popp@wifo.ac.at), [Roswitha.Übl@wifo.ac.at](mailto:Roswitha.Übl@wifo.ac.at)

2012/289-2/S/WIFO-Projektnummer: 5112

© 2012 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,  
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 70,00 € • Download 56,00 €: <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/45578>

# EU-Mitgliedschaft Österreichs

## Eine Evaluierung in Zeiten der Krise

Fritz Breuss

Inhaltsverzeichnis	Seiten
<b>Kurzfassung</b>	<b>1</b>
<b>Executive Summary</b>	<b>2</b>
<b>A. Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>B. Eine kurze Geschichte der europäischen Integration seit der Ostöffnung</b>	<b>4</b>
<b>C. Eine immer tiefere Integration Österreichs seit 1989</b>	<b>9</b>
1. Was kann man davon theoretisch erwarten?	9
2. Vereint oder getrennt in die Zukunft?	11
<b>D. Eine ökonomische Bewertung der EU-Mitgliedschaft in mehreren Schritten</b>	<b>13</b>
1. Ostöffnung 1989 – Handelsgewinne ohne Kosten	13
2. EU-Mitgliedschaft 1995 – Kernintegration durch Teilnahme am Binnenmarkt	14
2.1 Komplexe Binnenmarkteffekte in Modellsimulationen	17
2.2 Gesamteffekte der Binnenmarktteilnahme	25
3. Sofortige Teilnahme an der WWU 1999 und Einführung des Euro 2002	26
4. Zusatznutzen durch die fünfte EU-Erweiterung 2004 und 2007	33
5. Was hat Österreich die schrittweise Integration in Europa insgesamt gebracht?	41
<b>E. Ein Überdenken der EU-Mitgliedschaft Österreichs in Zeiten der Krise</b>	<b>50</b>
1. Schwierig, die "Großen Rezession" 2009 zu erklären oder vorherzusagen	50
2. Österreichs Wirtschaft während der Krise	51
3. Krisenbewältigung in Österreich und anderswo	52
3.1 Ist die Schweiz ein Vorbild für Krisenbewältigung?	57
3.2 Kollateralschäden der Euro-Krise in der Schweiz	59
4. Wäre Österreich ohne EU und Euro besser gefahren?	61
5. Wie kommt Europa aus der Euro-Krise?	67
5.1 Ursachen der Euro-Krise	67
5.2 Bisherige Lösungskonzepte	69
5.3 Abbau der Ungleichgewichte macht Fortschritte	71
5.4 "Grexit" und die Folgen	73
5.5 Die Zukunft der WWU	79
6. Gefahr der Überdehnung und Desintegration durch ständige EU-Erweiterung	81
7. Schlussfolgerungen	81

<b>F. Literaturhinweise</b>	<b>83</b>
<b>G. Anhang: Zusätzliche Abbildungen und Übersichten</b>	<b>88</b>

## Verzeichnis der Kästen

Kasten I:	Integrationsschritte in Europa seit der Ostöffnung mit Österreich-Bezug	6
Kasten II:	Nettozahler in den EU-Haushalt: Österreich, Finnland und Schweden	17
Kasten III:	Alternative Schätzungen der Wachstumseffekte des österreichischen EU-Beitritts – Nur Binnenmarkteffekte	26
Kasten IV:	Handelseffekte des Euro	28
Kasten V:	Alternative Schätzungen der Wachstumseffekte des Euro	32
Kasten VI:	Öffnung des Arbeitsmarktes – Bisherige Erfahrungen	35
Kasten VII:	Das "Ost-Engagement" österreichischer Banken – Vorteile und Risiken	37
Kasten VIII:	Effekte der "Mini-Globalisierung" auf Beschäftigung und Löhne in Österreich	40
Kasten IX:	Nicht modellgestützte Methoden zur Ermittlung von Integrationseffekten	46
Kasten X:	Das "EU-Integrationspuzzle"	47
Kasten XI:	Zunehmende EU-Skepsis in der Bevölkerung	64
Kasten XII:	Szenarien von Oxford Economics im Falle der Verkleinerung des Euro-Raumes und Konsequenzen für Österreich	77



## Kurzfassung

In Krisenzeiten wird gerne das bisher Vertraute, auch Altbewährte in Frage gestellt. Nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise (GFC) 2008/09, der "Großen Rezession" 2009 und der anschließenden und andauernden Euro-Krise droht die Gefahr des Auseinanderbrechens des Euro-Raumes. Die ausgebrochene Schuldenkrise führte nicht nur zu einer ökonomischen, sondern auch zu einer mentalen und politischen Spaltung des Euro-Raumes in Kern und Peripherie. Vielfach wurde das ganze Euro-Projekt in Frage gestellt. Auch die österreichische Bevölkerung stellt sich zusehends die Frage, ob Österreich nicht besser ohne EU und Euro (wie etwa die Schweiz) durch die Krisen gekommen wäre.

In dieser Studie wird daher eine Re-Evaluierung der österreichischen EU-Mitgliedschaft vorgenommen. Zum einen werden die erzielten Integrationseffekte ("Goodies" der EU-Mitgliedschaft) der immer tieferen EU-Integration Österreichs (Ostöffnung, EU-Mitgliedschaft, WWU-Teilnahme, EU-Erweiterung) anhand von Modellergebnissen vorgestellt. Dann wird anhand von internationalen Vergleichen (z. B. mit der Schweiz) diskutiert, ob die EU-Mitgliedschaft in Zeiten der Krise Vor- oder Nachteile gehabt hat und was ein Abseitsstehen von der EU-Integration bedeutet hätte. Dieses Kapitel beinhaltet auch eine Diskussion über die Euro-Krise, die bisherigen Lösungskonzepte und über die Zukunft der WWU.

Nach den Berechnungen in dieser Studie hat Österreich auf allen Stufen der Integration (Ostöffnung um 0,2 Prozentpunkte mehr BIP-Wachstum pro Jahr, EU-Mitgliedschaft +0,6, WWU-Teilnahme +0,4 und EU-Erweiterung +0,4 Prozentpunkte) ökonomisch profitiert. Die aus Modellsimulationen abgeleiteten Integrationseffekte insgesamt für Österreich durch die Teilnahme an allen EU-Projekten seit 1989 bewegen sich in einer Größenordnung von  $\frac{1}{2}$  bis 1 Prozentpunkt mehr Wirtschaftswachstum pro Jahr seit 1989. Die Plausibilität dieser Modellergebnisse wird durch den Vergleich der Wirtschaftsentwicklung Österreichs mit Vergleichsländern in der EU und außerhalb unterstrichen. So lag der Wachstumsvorsprung Österreichs vor Deutschland und der Schweiz ebenfalls in der Größenordnung der obigen Integrationseffekte. Dieser "Wachstumsbonus" ist ohne die Integrationswirkungen der Teilnahme Österreichs an allen EU-Projekten schwer bis gar nicht erklärbar. Daraus ergibt sich als deutliche Antwort auf die Frage: "Wäre Österreich ohne EU und Euro besser gefahren?" ein klares Nein!

## Executive Summary

In times of crisis the previously familiar, even passably proven is called into question. After the global financial and economic crisis (GFC) 2008/09, the "Great Recession" of 2009 and the subsequent and ongoing euro crisis, there is the danger of the break-up of the euro area. The erupted debt crisis has not only led to an economic, but also a mental and political division of the euro area in a northern and southern area. In many cases, the whole euro project has been questioned. Even the Austrians ask the question whether Austria would not have come better through the crisis without the EU and the euro (such as Switzerland).

In this study, therefore, a re-evaluation of Austria's EU membership is made. Firstly, the effects of integration achieved in Austria ("Goodies" of EU membership) by deeper EU integration (Opening-up of Eastern Europe, EU membership, participation in EMU, EU enlargement) are presented based on model results. Then it is discussed in terms of international comparisons (e.g., Switzerland), whether EU membership has had advantages or disadvantages in times of crisis and what would have meant standing on the sidelines of the EU integration. This chapter also includes a discussion about the euro crisis, the previous approaches of solutions and about the future of EMU.

According to the calculations in this study Austria has benefitted economically on all levels of integration (Opening-up of Eastern Europe +0.2 percent more GDP growth per year, EU membership +0.6 percent, participation in EMU +0.4 percent and EU enlargement +0.4 percent). In total, the integration effects of all integration steps amount to ½ percent to 1 percent higher GDP growth per year since 1989. The plausibility of this model results are highlighted by the comparison of the economic development in Austria compared with countries in the EU and outside. The advance of Austria's real GDP growth vis-à-vis that of Germany and Switzerland lies in the same range as that of the above mentioned integration effects. This "growth bonus" is difficult or impossible to explain without the effects of the integration of Austria's participation in all EU projects.

This gives a clear answer to the question: "Would Austria have done better without the EU and the euro?" Absolutely not!



## A. Einleitung

Angesichts der sich in letzter Zeit häufenden Krisen in Europa ("Große Rezession" 2009; Euro-Krise seit 2010) stellt sich die berechtigte Frage, ob Österreich diese Probleme nicht besser bewältigt hätte, wenn es nicht Mitglied der EU und des Euro-Raumes gewesen wäre. Überlegungen dazu sind weit davon entfernt, gleich einen Austritt aus EU und Währungsunion zu fordern. Die österreichische Europaintegration wurde vom WIFO in zahlreichen Studien sowohl ex ante als auch ex post analytisch begleitet. Die jeweiligen Ex-ante-Studien haben nicht zuletzt die österreichische Regierung maßgeblich darin bestärkt, 1995 der EU beizutreten und 1999 auch in die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) einzutreten. Ein Rückblick und ein Überdenken des Integrationsprozesses ist daher gerade in Zeiten der Krise wieder angebracht.

In der vorliegenden Studie erfolgt dies in Form einer Re-Evaluierung der Österreichischen EU-Mitgliedschaft. Nach einer kurzen Erinnerung an die historischen Schritte der österreichischen EU-Integration im Rahmen einer "kurzen Geschichte der europäischen Integration" in Kapitel B folgt eine verbale Erklärung der theoretischen Effekte, die man von wirtschaftlicher Integration im Allgemeinen erwarten kann (Kapitel C). Das Kapitel D präsentiert im Hauptteil der Studie die quantitativen Modellergebnisse von Integrationseffekten, die Österreich im Zuge der zunehmend tieferen EU-Integration (Ostöffnung, EU-Mitgliedschaft, WWU-Teilnahme und EU-Erweiterung) erzielt hat. Dabei werden jeweils in Gedanken-Kästen Teilprobleme im Zusammenhang mit der Integration angesprochen (z. B. Österreich als Nettozahler, Handelseffekte des Euro, Öffnung des Arbeitsmarktes, Ostengagement österreichischer Banken, EU-Integrationspuzzle, EU-Skepsis in der Bevölkerung usw.).

In Kapitel E wird dann auf die aktuelle Frage eingegangen, ob die EU-Mitgliedschaft (auch) in Zeiten der Krise eine gute Sache war. Hier werden das Krisenmanagement Österreichs (auch im Vergleich zur Schweiz) und dessen Erfolge skizziert und dabei auf die Nebenwirkungen der Euro-Krise auf die Schweiz eingegangen. Letztlich wird die Frage, wie Europa aus der Euro-Krise herauskommen kann, diskutiert.

## **B. Eine kurze Geschichte der europäischen Integration seit der Ostöffnung**

Während gegenwärtig auf Grund der krisenbedingt pessimistischen Haltung eine Abkehr von der EU zur Diskussion steht, war die Lage am Beginn der 1990er-Jahre des vorigen Jahrhunderts geprägt von Optimismus bezüglich der Fortführung und Vertiefung der politischen und ökonomischen Integration Europas (eine kurze Integrationsgeschichte findet man im Kasten "Integrationsschritte in Europa seit der Ostöffnung mit Österreich-Bezug"). Daran wollte auch Österreich voll teilnehmen. Europa und die Europäische Integration standen damals vor großen Umwälzungen und Herausforderungen, die aber alle zu Optimismus Anlass gaben. Zum einen ging es um eine selbstverordnete Vertiefung der Integration (Binnenmarkt und WWU), zum anderen haben äußere weltpolitische Ereignisse wie der Zusammenbruch des Kommunismus mit der folgenden Ostöffnung die Erweiterung der (damaligen) Europäischen Gemeinschaft (EG) notwendig gemacht.

Auch Österreich war von diesen Entwicklungen nicht ausgenommen. Gerade für ein Land mit einer langen Grenze zu den Satellitenstaaten des vormaligen kommunistischen Machtblocks bot die Ostöffnung ein neues "window of opportunities" zur Erweiterung seines Absatzmarktes und neue Geschäftsmöglichkeiten. Als langjähriges EFTA-Mitglied stand Österreich vor der Frage, ob es in der EFTA verbleiben oder gleich den großen Schritt der EU-Mitgliedschaft wagen, am Binnenmarkt teilnehmen und letztlich die europäische Einheitswährung Euro einführen sollte. Als neutraler Staat, der lange Zeit eine EWG-Teilnahme für unmöglich gehalten hatte, war die Entscheidung, einen Beitrittsantrag zur Vollmitgliedschaft in der EG zu stellen, ein mutiger Schritt. Auslöser für die Entscheidung waren zwei Ereignisse:

- 1) Die 1989 beginnende Ostöffnung (politische Option) und
- 2) die Ankündigung der EG, ab 1993 einen Binnenmarkt zu schaffen (ökonomische Option).

Der Zerfall der UdSSR und des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) hatte die Bedenken Österreichs gemildert, dass eine Signatarmacht des Staatsvertrags (wie zuvor beim Abschluss der Freihandelsabkommen EG+EGKS-EFTA 1972) Österreich wegen der Deutschland-Klausel Schwierigkeiten machen könnte, wenn es der EG beitreten würde. Mit dem Wegfall dieser politischen Rücksichtnahme waren auch die Bedenken geschrumpft, ob ein neutraler Staat der EG beitreten kann (siehe *Breuss, 1996, Gehler, 2002*; ein wichtiges Gutachten über die Neutralitätszulässigkeit eines österreichischen EU-Beitritts stammt von *Hummer – Schweitzer, 1987*).

Die Furcht vor der ökonomischen Isolierung im Falle eines Abseitsstehens bei der Schaffung des Binnenmarktes in der EG war ein noch fast größeres Argument, am 17. Juli 1989 den EG-Beitrittsantrag zu stellen. Zwar hat das EWR-Abkommen für die EFTA-Staaten eine Übergangslösung gebracht, indem rund zwei Drittel des *acquis communautaire* (besonders im Wirtschaftsrecht, vor allem das gemeinsame Wettbewerbsrecht) an die Binnenmarkt-Gesetzgebung angeglichen wurden. Doch fehlten wesentliche Elemente zu einer Vollintegration in den EG-Binnenmarkt (die Teilnahme an der GAP, an den gemeinsamen Strukturpolitiken; unvollständige Freiheiten im Waren-, Dienstleistungsverkehr, weil die Zollunion EFTA-EG fehlte).

Die restlichen EFTA-Staaten begnügten sich entweder mit dem EWR-Abkommen (Liechtenstein, Norwegen und Island; letzteres stellte allerdings nach der Beinahe-Insolvenz im Zuge der GFC 2008/09 einen EU-Beitrittsantrag), die Schweiz musste die EWR-Errungenschaften durch zwei bilaterale Abkommen mühsam ersetzen (siehe *Breuss, 2007B*).

Inwieweit Österreich mit der EU- und Euro-Raum-Mitgliedschaft bisher und insbesondere in Zeiten der Krise besser oder schlechter gefahren wäre, sollen die folgenden Analysen und Überlegungen zeigen.

*Kasten I: Integrationsschritte in Europa seit der Ostöffnung mit Österreich-Bezug*

- 1989 **Ostöffnung** nach dem Zusammenbruch des Kommunismus  
17. Juli: Österreich stellt EG-Beitrittsantrag
- 1990 3. Oktober: **Deutsche Wiedervereinigung**
- 1991 Zerfall der UdSSR, Auflösung des Warschauer Paktes und des RGW  
Juli: Avis (Stellungnahme) der Europäischen Kommission zu Österreichs Beitrittsantrag
- 1993 1. Jänner: **EU-Binnenmarkt** mit den vier Freiheiten (Waren-, Dienstleistungs-, Kapitalverkehr und Arbeitsmarkt) basierend auf dem Weißbuch der Europäischen Kommission von 1985 und der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) von 1987.  
Die EEA war die 1. Revision der Gründungsverträge (EGKS, EAG, EWG); Ziel: Schaffung des Binnenmarktes mit 1. Jänner 1993  
**Europa-Abkommen:** asymmetrische Handelsliberalisierung zwischen EU und MOEL  
1. Februar: Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden  
22. Juni: Europäischer Rat in Kopenhagen, Einladung an die MOEL, der EU beizutreten; Formulierung der *Kopenhagener Beitrittskriterien* (1. Politisches Kriterium (Demokratie), 2. Ökonomisches Kriterium (Marktwirtschaft), 3. Mitgliedschaftsverpflichtungen (WWU-Teilnahme), 4. Aufnahmefähigkeit der Union)  
September: *Vertrag von Maastricht* tritt in Kraft (EGV und EUV, 2. Revision der Gründungsverträge); Ziele: Binnenmarkt und WWU
- 1994 Teilnahme Österreichs am **EWR-Abkommen**; auch die anderen EFTA-Staaten (außer der Schweiz) nehmen am EWR teil. Die Schweiz ersetzt die EWR-Teilnahme durch zwei bilaterale Abkommen mit der EU (Bilateral I: 1999; Bilateral II: 2004) Mit dem EWR werden zwei Drittel der Rechtsmaterie des Binnenmarktprogramms zwischen EU- und EFTA-Staaten in Kraft gesetzt.  
14. April: Beitrittsverträge der EU mit Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden  
12. April: Volksabstimmung in Österreich über EU-Beitritt: Zustimmung 66,6%  
24. Juni: Unterzeichnung der Beitrittsverträge mit Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden
- 1995 1. Jänner: **4. EU-Erweiterung** um Finnland, Österreich und Schweden (**EU 15**)  
28. April: Österreich nimmt am *Schengen-Abkommen* teil (Wegfall der Grenzkontrollen am 1. Dezember 2007). Damit schrumpft die *EFTA* von vormals 7 Mitgliedern auf 4: Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz (Österreich war seit 1960 EFTA-Mitglied)  
1973: *Freihandelsabkommen* EG+EGKS-EFTA tritt in Kraft und baut die Zölle im Bilateralen Handel bis Mitte 1977 für industriell-gewerbliche Waren ab (seither "Großer Freihandelsraum – EG-EFTA")
- 1997 Juli: *Agenda 2000* (Strategiepapier der Europäischen Kommission zur Vorbereitung auf die EU-Erweiterung (vom ER im März 1999 genehmigt)
- 1999 1. Jänner: 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion tritt in Kraft (EUR 11)  
1. Mai: *Vertrag von Amsterdam* tritt in Kraft (3. Revision der Gründungsverträge); Ziele: GASP, Beschäftigungspolitik, Schengen-Raum, EU-Erweiterung

- 2000 März: *Lissabon-Strategie* zur Verbesserung des Binnenmarktes: Wachstum und Beschäftigung (seit 2005)
- 2001 Griechenland tritt in die WWU ein (Euro-Raum 12)
- 2002 **Euro** wird in der WWU (in den Mitgliedsländern von EUR 12) gesetzliches Zahlungsmittel
- 2003 1. Februar: *Vertrag von Nizza* tritt in Kraft (4. Revision der Gründungsverträge); Ziele: Reform der EU-Institutionen, Vorbereitung auf die EU-Erweiterung, Deklaration der "Charta der Grundrechte der Union"
- 2004 1. Mai: **5. EU-Erweiterung** um 10 Länder (**EU 25**)  
29. April: Unterzeichnung des *Vertrags über eine Verfassung für Europa* (VVE); geplante Inkraftsetzung per 1. November 2006 scheitert 2005 an negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden
- 2007 1. Jänner: Abschluss der 5. EU-Erweiterung um Bulgarien und Rumänien (EU 27)  
Slowenien tritt in die WWU ein (Euro-Raum 13)  
Ausdehnung des *Schengen-Raumes* auf 24 Länder (22 EU-Länder, Norwegen und Island); Großbritannien, Irland: Sonderstatus; Schweiz nimmt ab 12. Dezember 2008 am Schengen-Abkommen teil, Liechtenstein ab 19. Dezember 2011; Zypern erst nach Lösung des Zypernkonflikts; Bulgarien und Rumänien (Teilnahme noch offen)
- 2008 Malta und Zypern treten in die WWU ein (Euro-Raum 15)
- 2009 Slowakei tritt in die WWU ein (Euro-Raum 16)  
Globale Finanz- und Wirtschaftskrise (GFC)  
1. Dezember: *Lissabon-Vertrag* tritt in Kraft (5. Revision der Gründungsverträge); Ziele: 2 Verträge (EUV: Vertrag über die Europäische Union; AEUV: Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union); "Gemeinschaft" oder "Europäische Gemeinschaft" wird nun als "Union" bezeichnet; Union erhält eigene Rechtspersönlichkeit; Neuregelung der Kompetenzen zwischen Union und Mitgliedsländern; Charta der Grundrechte; keine Unions-Symbole; Reform der Institutionen (Ratspräsident; hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik ist Vizepräsident der Kommission)  
14. Juli: Europäisches Parlament konstituiert sich nach den Wahlen vom 4. bis 7. Juni für fünf Jahre in neuer Zusammensetzung nach dem Lissabon-Vertrag (751 Abgeordnete, davon Österreich 19)
- 2010 1. Februar: Europäische Kommission tritt die Funktionsperiode von 5 Jahren an; "Europa 2020" soll die Lissabon-Strategie für Steigerung und Nachhaltigkeit des Wachstums ablösen.  
Mai: **Euro-Krise** nimmt ihren Anfang mit der Zahlungsunfähigkeit Griechenlands, Schaffung neuer Rettungsinstrumente im Euro-Raum  
7. Juni: *EFSF* (European Financial Stability Facility) – 16 Euro-Mitgliedstaaten (MS) (Estland ab 2011) gründen eine Zweckgesellschaft (für 3 Jahre) nach englischem Recht in Luxemburg. Zweck (ursprünglich): Aufnahme von Anleihen für Euro-MS, die selbst nicht mehr auf den Kapitalmarkt können. Bisher 3 Staaten unter dem EFSF-Rettungsschirm: Irland (November 2010), Portugal (Mai 2011) und Griechenland (2. Rettungspaket März 2012; 1. Rettungspaket noch mit bilateralen Krediten der Euro-Partner)

- November: Das "Sixpack" (5 Verordnungen und 1 Richtlinie) zur Verschärfung des SWP und (neu) zur Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte tritt in Kraft
- 2011 Estland tritt in die WWU ein (Euro-Raum 17)
- 2012 Februar: *ESM*-Vertrag unterzeichnet (gilt nur für die 17 Mitglieder des Euro-Raumes)  
März: "*Fiskalpakt*" (Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion) zwischen 35 EU-MS beschlossen.  
ESM und Fiskalpakt müssen noch ratifiziert werden. ESM sollte schon am 1. Juli in Kraft treten, der Fiskalpakt ab 1. Jänner 2013
- 2013 1. Juli: Kroatien tritt der EU als 28. Mitglied bei (EU 28)

---

EAG . . . Europäische Atomgemeinschaft (Euratom), EGKS . . . Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion, nach 50 Jahren Bestand am 23. Juli 2002 aufgelöst), GASP . . . Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, EGV . . . Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften, EUV . . . Vertrag über die Europäische Union, EWR . . . Europäischer Wirtschaftsraum (Abkommen zwischen EG und EFTA), MOEL . . . Mittel- und osteuropäische Länder, SWP . . . Stabilitäts- und Wachstumspakt.

## C. Eine immer tiefere Integration Österreichs seit 1989

Im Folgenden werden die ökonomischen Effekte der stufenweisen Teilnahme Österreichs an den unterschiedlichen Schritten der Europäischen Integration seit Anfang der 1990er-Jahre des vorigen Jahrhunderts abgeschätzt. Begonnen hat die neue Integrationslandschaft in Europa mit dem weltpolitischen Ereignis des Zusammenbruchs des Kommunismus in Osteuropa und der folgenden Ostöffnung. Nach der Vollmitgliedschaft Österreichs in der EU folgte auch die Teilnahme an der WWU und die Partnerschaft mit den neuen Mitgliedern nach der EU-Erweiterung 2004 und 2007. Die immer dichter werdende Verflechtung Österreichs mit den Geschehnissen in der EU war bis zur Großen Rezession 2009 und der Euro-Krise ab 2010 im Wesentlichen vorteilhaft und von der Bevölkerung auch durchaus positiv bewertet. Seit dem Ausbruch der diversen Krisen in Europa wird die Bevölkerung immer EU-skeptischer und hinterfragt die allfälligen Vorteile einer EU- und Euro-Raum-Mitgliedschaft (siehe Kasten XI in Kapitel E).

Im folgenden Kapitel wird zunächst auf die Vorzüge der EU-Mitgliedschaft Österreichs eingegangen. Dabei werden die in der jüngsten Integrationsstudie des WIFO (*Breuss, 2010B*) gefundenen Ergebnisse aktualisiert und bis 2011 gerechnet. Kritische Fragen über den Fortgang der europäischen Integration angesichts der Krise werden im folgenden Kapitel E angestellt.

### 1. Was kann man davon theoretisch erwarten?

Die Integrationstheorie hat eine lange Tradition. Sie entwickelte sich entweder vor den jeweiligen Integrationsschritten in Europa (z. B. die Theorie der Zollunion von *Viner, 1950*) bzw. begleitend zu den vertiefenden Schritten (Binnenmarkt, WWU und EU-Erweiterung; siehe *Breuss, 2003*, Kapitel 8, 12; *Badinger – Breuss, 2011*). Während die theoretische Erklärung von Zollunionseffekten (Handelsschaffung durch Vergrößerung eines Integrationsraumes; Handelsablenkung wegen der Zunahme des Intra-Zonenhandels zu Lasten des Handels mit Drittstaaten) noch relativ leicht ist, nimmt die Komplexität mit zunehmender Dichte der Integration zu.

Aber Europas Integration ist in den letzten Jahrzehnten von der Zollunion (vollendet 1968) immer weiter geschritten zum Binnenmarkt, der WWU und der Erweiterung:

- (1) *Binnenmarkteffekte*: Hier spielen Größeneffekte (economies of scale – EOS-Effekte) bereits eine bedeutende Rolle sowie Wettbewerbseffekte durch Harmonisierung der Wettbewerbsregeln durch ein einheitliches Wettbewerbsrecht. Auch sektorale Liberalisierung und Privatisierung gehören zum Binnenmarktprogramm. Zusätzlich gibt es Sondereffekte durch Vergemeinschaftung der Agrarpolitik, der Zentralisierung der Außenhandelspolitik (Folge der Zollunion; Wegfall der Grenzkontrollen) sowie andere vereinheitlichte Politikbereiche wie z. B. die Regional-/Strukturpolitik. Zudem gibt es einen EU-Haushalt, der die verschiedenen Politikbereiche im Sinne der Solidarität zwischen den Mitgliedsländern alimentiert. Dadurch kommt es zu einer Umverteilung von den "reichen" EU-Mitgliedern (Nettozahlern) zu den "armen" (Nettoempfängern). Insgesamt sollte der Binnenmarkt zu mehr Intra-EU-Handel und damit über zahlreiche Kanäle über mehr Effizienz (Produktivitätssteigerung) zu

mehr Wirtschaftswachstum beitragen.

Binnenmarkteffekte werden in den zahllosen Integrationsstudien (für einen Überblick siehe *Breuss, 2003, Kapitel 12; Badinger – Breuss, 2011*) mittels verschiedener Methoden und Ansätzen geschätzt: Zum einen in Makromodellen und/oder Mikroökonomischen Modellen; für einzelne Länder (Länderstudien mit Einzelländermodellen) und/oder für mehrere Länder (mit Mehrländermodellen). Bei den Modellansätzen gibt es Makromodelle oder allgemeine Gleichgewichtsmodelle. Aus der modernen endogenen Wachstumstheorie gibt es eigene Ableitungen für die Wachstumseffekte von Integration.

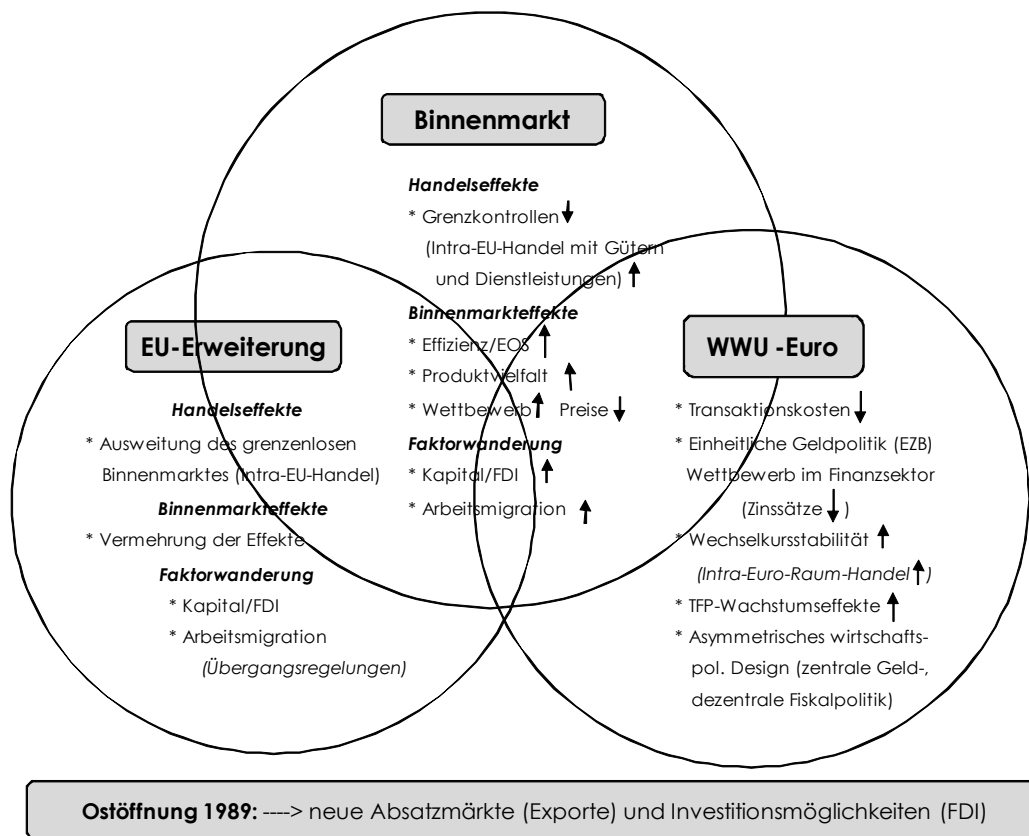
- (2) *Währungsunion*: Noch eine Stufe komplizierter ist die Erfassung der Integrationseffekte durch Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) der EU und der Einführung der Einheitswährung Euro. Hier wird eigentlich theoretisches Neuland beschritten (für einen Überblick siehe *Breuss, 2006B, Kapitel 11*). Relativ gut ausgebaut ist die Theorie der "optimalen Währungsräume" (OCA-Theorie), die ermittelt, welche Länder tragfähig in der Lage wären, eine Einheitswährung einzuführen. Frühe Studien kamen zu dem Schluss, dass in Europa nur eine kleine OCA überlebensfähig ist. Wie die aktuelle Euro-Krise schmerzvoll demonstriert, wurde das Euro-Projekt eher nach politischen Kriterien vorangetrieben als nach ökonomischen.
- (3) *EU-Erweiterung*: Nach der vierten EU-Erweiterung um Finnland, Österreich und Schweden wurde die EU nahezu aus historischen Gründen (Zusammenbruch des Kommunismus) gezwungen, rasch eine Erweiterung auf die ehemaligen Satellitenstaaten der UdSSR in Angriff zu nehmen. Schrittweise wurden die Staaten Ostmitteleuropas in den EU-Binnenmarkt integriert. Damit wurde der Binnenmarkt vergrößert und das Handelspotential erhöht.

Die drei Integrationsschritte (Binnenmarkt, WWU, Erweiterung) überlappen sich in ihrer Wirkung. Das ist überblicksmäßig in Abbildung 1 dargestellt.

Österreich hat zunächst (als EFTA-Mitglied) von der Ostöffnung 1989 profitiert. Dann kamen die oben beschriebenen Integrationseffekte durch den Beitritt zum EU-Binnenmarkt 1995 und zur WWU 1999 hinzu. Ergänzt und verstärkt wurden die Binnenmarkt- und WWU-Effekte durch die EU-Erweiterungen 2004 und 2007. Die immer tiefere Integration Österreichs in die EU hat über das Wirken zahlreicher Integrationseffekte (siehe Abbildung 1) in fast allen Fällen zu mehr Wirtschaftswachstum und Wohlstand geführt. Die hier skizzierten Integrationseffekte werden in den folgenden Modellsimulationen berücksichtigt, woraus sich messbare Integrationseffekte ableiten lassen.



Abbildung 1: Integrationseffekte der österreichischen Europaintegration  
 Überblick über die theoretischen Integrationseffekte

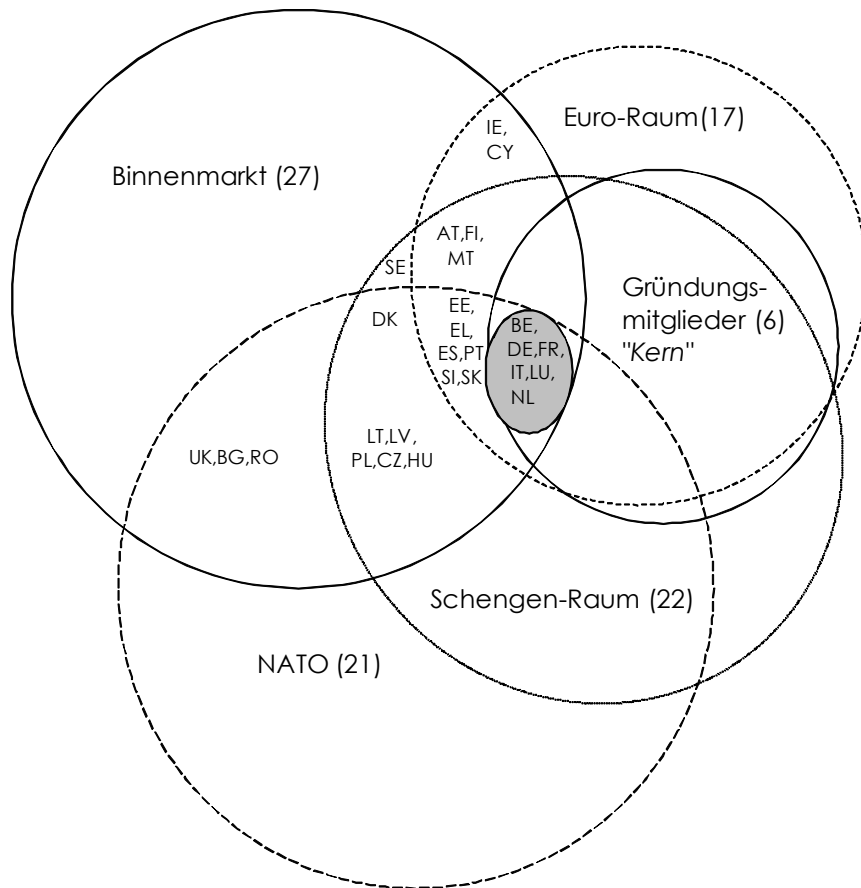


↑ ... Steigerung, ↓ ... Senkung, TFP ... Gesamte Faktorproduktivität.

## 2. Vereint oder getrennt in die Zukunft?

Die Euro-Krise hat mittlerweile schonungslos offengelegt, welche Konstruktionsfehler mit der Schaffung der WWU verbunden sind. Auch nehmen an der WWU bisher nur 17 von 27 EU-Mitgliedsländern teil, sodass sich hier – wie in anderen Bereichen (z. B. Schengen) – ein "Europe à la carte" oder ein Europa der zwei (oder mehr) Geschwindigkeiten (siehe Abbildung 2) etabliert hat. Die Euro-Krise dürfte diese Kluft zwischen den "ins" und den "outs" des Euro-Raumes noch verschärft haben.

Abbildung 2: Flexible Integration oder "Europe à la carte" in der EU 27



Großbritannien und Irland haben einen Sonderstatus. Island und Norwegen nehmen seit 2001 an Schengen teil. Die Schweiz hat im Dezember 2008 die Grenzen geöffnet; Liechtenstein folgt im Dezember 2011. Bulgarien und Rumänien müssen noch warten, ebenso Zypern, bis der Zypernkonflikt gelöst ist.

## D. Eine ökonomische Bewertung der EU-Mitgliedschaft in mehreren Schritten

### 1. Ostöffnung 1989 – Handelsgewinne ohne Kosten

Mit der Ostöffnung 1989 erschlossen sich für Österreich neue Märkte in der direkten Nachbarschaft. Die Länder Ostmitteleuropas, die sich von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft transformierten, haben immer noch einen großen Nachholbedarf. Sowohl die geographische Nähe als auch die aus historischen Gründen engen Beziehungen zu Österreich trugen dazu bei, dass die österreichische Wirtschaft die Chancen rasch und gut nutzte. Die Ostorientierung des österreichischen Außenhandels hat dadurch stark zugenommen. Während die Exportanteile in den traditionellen EU-Märkten (EU 15) sanken, stiegen sie in den neuen Mitgliedsländern seit der Ostöffnung stark an (siehe Übersicht 1). Verstärkt wurde die gute Ausgangsposition Österreichs durch die Liberalisierung des Handels zwischen EU und MOEL im Rahmen der Europa-Abkommen. Erste Modellberechnungen (Breuss – Schebeck, 1996, 1998A, 1998B) ergaben erhebliche Gewinne für Österreich (Beschleunigung des BIP-Wachstums um rund ½ Prozentpunkt pro Jahr, Steigerung der Beschäftigtenzahl um zusätzlich rund 10.000 pro Jahr).

Übersicht 1: Immer stärkere Ostorientierung des österreichischen Außenhandels  
In % der Gesamtexporte

	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011
EU 27 <sup>1)</sup>	71,6	67,6	75,3	77,2	74,7	73,2	72,2	71,0	70,5	69,7
EU 15	61,0	60,1	67,9	65,9	61,1	58,5	54,6	54,7	54,6	53,5
12 neue EU-Mitgliedsländer <sup>1)</sup>	10,6	7,5	7,4	11,3	13,6	14,6	17,6	16,2	16,0	16,2
MOEL 10 <sup>1)</sup>	10,5	7,4	7,3	11,2	13,5	14,5	17,5	16,1	15,8	16,0
Euro-Raum 17	52,5	51,5	61,2	63,1	57,8	56,6	54,0	54,5	54,2	53,0
MOEL 29	14,0	12,1	10,4	14,2	16,5	19,3	23,7	21,8	21,3	21,5
Bulgarien	0,7	0,8	0,3	0,3	0,3	0,5	0,8	0,6	0,5	0,5
Rumänien	1,1	0,3	0,2	0,4	0,7	1,5	2,0	1,7	1,5	1,5
Polen	2,7	1,2	0,9	1,4	1,6	2,0	2,8	2,6	2,5	2,8
Ungarn	2,2	2,6	2,2	3,6	5,0	3,4	3,1	3,1	3,1	3,1
CSFR	1,4	1,1	1,9	3,7	4,0	4,8	5,8	5,7	5,9	5,9
Tschechien <sup>1)</sup>	1,1	0,8	1,4	2,7	2,9	3,1	3,7	3,7	3,8	3,9
Slowakei <sup>1)</sup>	0,4	0,3	0,5	1,0	1,1	1,7	2,0	2,0	2,1	2
Ehem. Jugoslawien	3,3	2,3	2,7	2,8	3,3	3,9	4,5	4,4	3,9	3,7
Slowenien <sup>1)</sup>	2,3	1,3	1,7	1,7	1,8	1,8	2,2	2,2	2	1,9
Baltikum (Estland, Lettland, Litauen) <sup>1)</sup>	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,5	0,4	0,2	0,3	0,3
Malta und Zypern <sup>1)</sup>	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Andere Länder (Insgesamt – EU 27)	28,4	32,4	24,7	22,8	25,3	26,8	27,8	29,0	29,5	30,3
PIIGS	12,9	11,7	13,1	12,1	12,6	12,5	12,2	11,2	10,6	10,1
BRIC			2,4	2,9	2,3	3,7	5,2	5,7	6,3	6,3

Q: WIFO-Berechnungen. MOEL 10 . . . Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, MOEL 29 . . . MOEL 10 + GUS + Balkanstaaten, PIIGS . . . Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien, BRIC . . . Brasilien, Russland, Indien, China. – <sup>1)</sup> WIFO-Schätzungen für 1980 bis 1990.

In der Neuberechnung der Integrationseffekte durch die Ostöffnung seit 1989 (Breuss, 2010B) wurden im dafür eigens konstruierten Integrationsmodell zwei Ereignisse berücksichtigt: Zum einen gingen die Handels- und FDI-Effekte aufgrund der Ostöffnung generell und die Änderungen des Handelsregimes zwischen EU und MOEL im Rahmen der Europa-Abkommen 1997 (asymmetrische Ost-West-Handelsliberalisierung durch Abschaffung der Zölle durch die EU ab 1997, durch die MOEL ab 2002) in die Handels- und FDI-Gleichungen über Dummy-Variable ein. Zum anderen wurde der generelle Wachstumseffekt der Vergrößerung des EU-Marktes erfasst. Das reale BIP wuchs in der EU 27 um 0,1 Prozentpunkt pro Jahr rascher als in der EU 15.

### Gesamteffekte

Der isolierte Ostöffnungseffekt schlägt sich in den Simulationen (Übersicht 2) in einem zusätzlichen jährlichen Anstieg des realen BIP in Österreich um 0,2 Prozentpunkte nieder. Pro Jahr erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten zusätzlich um rund 4.000. Die Leistungsbilanz verbesserte sich, weil die Exporte rascher ausgeweitet wurden als die Importe. Die Nettoexportposition Österreichs verbesserte sich aber vor allem von 1989 bis 2003, seit der EU-Erweiterung kehrte sich die Entwicklung um. Die österreichische Lohnquote wurde auch aufgrund der Billiglohnkonkurrenz gedämpft.

## 2. EU-Mitgliedschaft 1995 – Kernintegration durch Teilnahme am Binnenmarkt

Das Binnenmarktprogramm gehört zum Kern der Europäischen Integration. Der Beitritt Österreichs zur EU im Jahre 1995 ermöglichte die volle Teilnahme am EG-Binnenmarkt mit allen damit zusammenhängenden Integrationseffekten: Abbau der Grenzkontrollen, Intensivierung des Wettbewerbs, Liberalisierung und Privatisierung vormals verstaatlichter Sektoren (Telekommunikation, Verkehr, Infrastrukturnetze usw.), Effizienz- und damit Produktivitätssteigerung, volle Ausschöpfung der vier Grundfreiheiten im Bereich Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit. Dass der Binnenmarkt nicht wie erwartet (Cecchini-Bericht: *Catinat – Donni – Italianer*, 1988) seine volle Integrationswirkung auf Wachstum (Prognose BIP rund +¼ Prozentpunkte pro Jahr, Inflationsrate –1 Prozentpunkt) und Beschäftigung (Prognose +1,9 Mio. nach 6 Jahren) entfaltete, liegt zum einen daran, dass nicht alle Vorhaben umgesetzt wurden (der Dienstleistungsbinnenmarkt entstand erst durch eine eigene Dienstleistungs-Richtlinie, die allerdings erst 2010 in Kraft trat<sup>1)</sup>), und zum anderen daran, dass durch die stetigen Erweiterungen die Heterogenität zunahm und nicht alle neuen EU-Länder voll am Binnenmarkt teilnehmen ("Europe à la carte; Abbildung 2). Bereits im Jahr 2000 wurde daher versucht, dem Bin-

---

<sup>1)</sup> Die vollständige Umsetzung der Dienstleistungs-Richtlinie könnte laut Berechnungen von *Badinger – Breuss – Schuster – Sellner* (2008) langfristig das Niveau des BIP in der EU um ½% bis 1% anheben und dazu beitragen, dass die Zahl der Beschäftigten um rund 400.000 steigt. In Österreich hat erst im April 2012 (verspätet) die Dienstleistungsrichtlinie ratifiziert und notifiziert. Damit wurde das Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich im Mai 2012 eingestellt. Eine Zusammenstellung der Effekte der Dienstleistungsrichtlinie in zahlreichen Studien für alle EU-Mitgliedstaaten findet man in *Monteagudo – Rutkowski – Lorenzani* (2012).

nenmarkt mit der Lissabon-Strategie für "Wachstum und Beschäftigung" größere Dynamik zu verleihen. Die aktuelle Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise brachte diese Bemühungen vorübergehend zum Stillstand. Die neue Wachstums-Strategie "Europa 2020" soll in Zukunft die Lissabon-Strategie ablösen.

Verbunden mit der Teilnahme am Binnenmarkt ist der Eintritt in die Zollunion der EU mit einem Gemeinsamen Zolltarif (GZT). Im Falle Österreichs ergab sich dadurch eine leichte Senkung des Zollniveaus von 10,5% auf 5,7% des GZT der EU (Breuss, 2006B, S. 307). Neben der Gemeinsamen Zoll- und Handelspolitik (GHP) betreibt die EU die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und einheitliche Regeln für den Wettbewerb und die Regionalpolitik<sup>2)</sup>. Gerade die Übernahme der Wettbewerbs- und Regionalpolitik erhöhte die Transparenz und trug insgesamt dazu bei, dass vormals arme Regionen (wie z. B. das Burgenland)<sup>3)</sup> dank des bevorzugten Förderstatus (Ziel 1) aufholten (Mayerhofer – Fritz, 2009). Das nominelle Bruttoregionalprodukt pro Kopf stieg im Burgenland zwischen 1995 und 2007 pro Jahr um 3,8% (Österreich-Durchschnitt +3,3%, Tirol und Oberösterreich jeweils +3,7%, andere Bundesländer +3,5%, Wien +2,6%).

Die EU-Mitgliedschaft bedeutet auch die Einbindung in den EU-Haushalt, der laut Lissabon-Vertrag EUV Art. 3 Abs. 3 "Solidarität zwischen den Mitgliedsländern" zum Ziel hat. Das impliziert eine Umverteilung von den reichen zu den armen Mitgliedsländern mit Mitteln der Struktur- und Regionalpolitik.

Der Binnenmarkt ist das Kernelement der europäischen Integration, das selbst dann bestehen bleiben wird, sollte – im unwahrscheinlichsten Fall – der Euro-Raum zerbrechen. Daran nehmen voll die Mitglieder der EU teil und zu ¼ auch die EFTA-Staaten, einerseits über das EWR-Abkommen und andererseits durch die bilateralen Abkommen der Schweiz mit der EU.

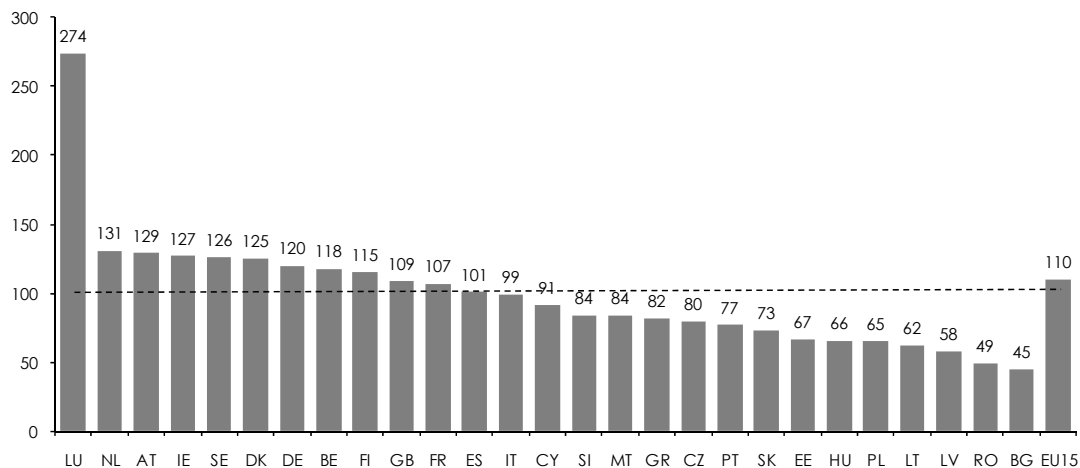
Österreich ist das drittreichste Land der EU 27 (Abbildung 3): Im Jahr 2011 lag das BIP pro Kopf zu Kaufkraftstandards um 29% über der EU 27. Die EU-Mitgliedschaft hat zur Dynamik des BIP pro Kopf nicht unwesentlich beigetragen (Abbildung 4). Das durchschnittliche Wachstum hat sich seit 1995 gegenüber der Entwicklung zuvor verlangsamt. Seit 1995 entwickelten sich Finnland und Schweden, die gleichzeitig mit Österreich 1995 EU-Mitglieder wurden wesentlich dynamischer als Österreich

---

<sup>2)</sup> Die Zuständigkeiten der EU-Mitgliedstaaten ist im Lissabon-Vertrag (AEUV, Titel I) geregelt.

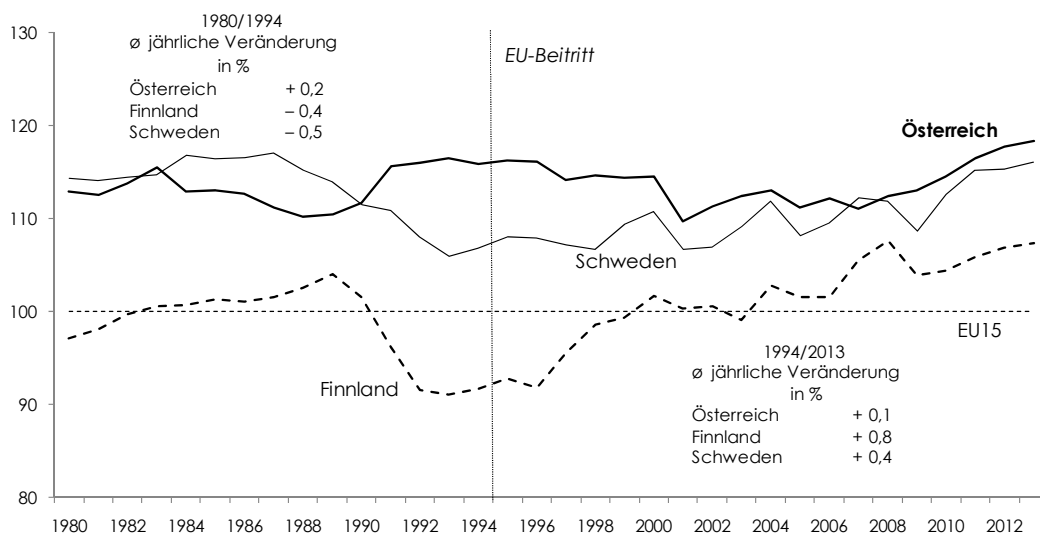
<sup>3)</sup> Mit 347,41 Mrd. EUR wird die Kohäsionspolitik in der laufenden Programmperiode des Finanzrahmens der EU (2007/2013) 35,6% des gesamten EU-Haushalts beansprucht und damit nach der Gemeinsamen Agrarpolitik (42,4%) der zweitgrößte Budgetbereich der EU sein. Österreich wird im Rahmen des Phasing-out des Burgenlandes (177 Mio. EUR) sowie der Ziele "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" (1.027 Mio. EUR) und "Europäische Territoriale Zusammenarbeit" (257 Mio. EUR) im Rahmen der Kohäsionspolitik insgesamt 1,46 Mrd. EUR abrufen und dafür erhebliche nationale Kofinanzierungsmittel einsetzen (inforegio factsheet Austria, Oktober 2006, [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/atlas2007/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/index_en.htm)). Insgesamt erhält Österreich in der Periode 2007/2013 einen Anteil von 1,4% der Gesamtausgaben der EU von 944,77 Mrd. EUR (Mittel für Verpflichtungen), also 13,6 Mrd. EUR zu laufenden Preisen in ([http://ec.europa.eu/budget/prior\\_future/fin\\_framework\\_de.htm](http://ec.europa.eu/budget/prior_future/fin_framework_de.htm)).

Abbildung 3: Einkommensniveaus der EU 27  
 BIP pro Kopf zu Kaufkraftstandards, 2011; EU 27 = 100



Q: Europäische Kommission; im Vergleich dazu Norwegen 189, Schweiz 157, USA 148, Island 110, Japan 104.

Abbildung 4: Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Einkommens pro Kopf  
 BIP pro Kopf zu Kaufkraftstandards, EU 15 = 100



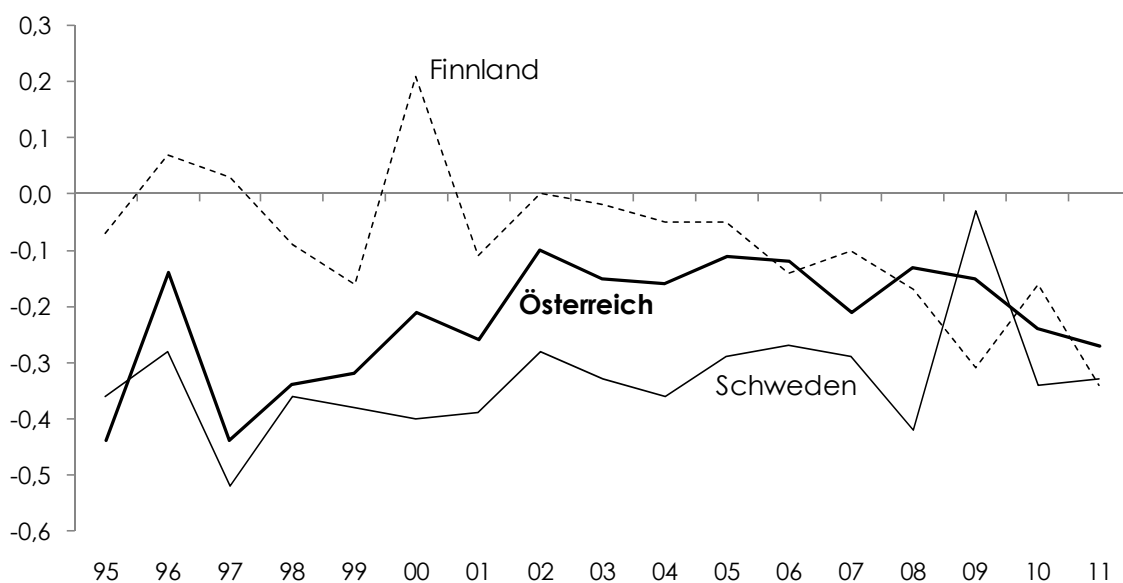
Q: Europäische Kommission.

Weil Österreich zu den reichsten Ländern der EU zählt, ist es regelmäßig ein Nettozahler. Am höchsten war der Nettobeitrag an den EU-Haushalt mit 0,44% des BIP 1995 bzw. 0,43% 1997. Seit 2001 liegt er durchschnittlich bei 0,2% des BIP (2011 0,27%). Auch im Rahmen der EU 27 bleibt Österreich Nettozahler im Ausmaß von jährlich rund 0,3% des BIP. Laut Schätzungen des Finanzministeriums verursacht die EU-Erweiterung für Österreich "Kosten" im Ausmaß von 0,1% des BIP. Dies ergibt sich aus der Zunahme der Nettozahlerposition zwischen der Finanzperiode 2007/2013 und jener 1999/2006.

### Kasten II: Nettozahler in den EU-Haushalt: Österreich, Finnland und Schweden

Die drei neuen Mitgliedsländer im Jahr 1995 waren – als reiche Staaten – von Beginn an Nettozahler in den EU-Haushalt, am wenigsten Finnland (bis 2003/2004 im Durchschnitt fast ausgeglichen gegenüber dem EU-Haushalt). Österreich konnte seine Position als Nettozahler im Laufe der Zeit (nicht zuletzt durch immer stärkere Ausschöpfung der Haushaltsposition "Ländliche Entwicklung" unter Kommissar Franz Fischler) verringern, stärker als Schweden. Während sich im Falle Österreichs und Schwedens eine stetige Entlastung ergab, entwickelte sich Finnland seit 2003/04 zunehmend zu einem Nettozahler.

Abbildung II.1: Budgetbeziehungen mit der EU  
Operative Haushaltssalden in % des BNE



Q: Europäische Kommission, Finanzbericht.

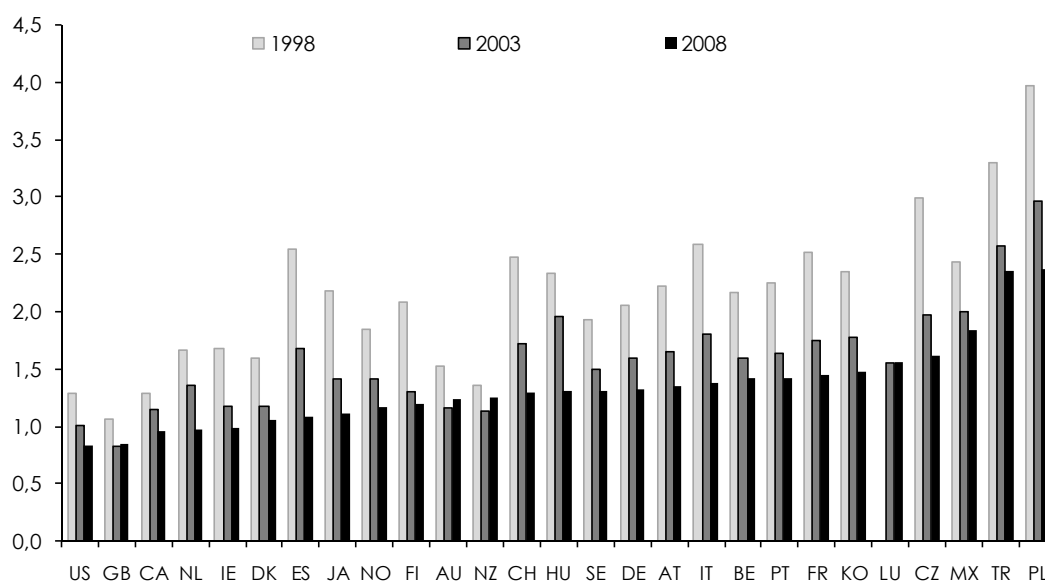
### 2.1 Komplexe Binnenmarkteffekte in Modellsimulationen

Das Binnenmarktprogramm ist sehr komplex. Hier wird versucht, die Kernbereiche der zu erwartenden theoretischen Integrationseffekte (siehe Kapitel C.1) in den Simulationen zu erfassen. Die ermittelten Effekte sind wie in den vielen Ex-ante-Studien (siehe die Zusammenfassung in Breuss, 2003, Kapitel 12; Badinger – Breuss, 2011) daher nur Anhaltspunkte über die mögliche Größenordnung der Integrationseffekte. Ex-post-Schätzungen werden zusätzlich dadurch erschwert, dass die realisierten Werte viele andere Effekte enthalten (z. B. einander überlagernde Integrationsschritte).

- *Intensivierung des Wettbewerbs*: Die Verschärfung des Wettbewerbs drückt das Preisniveau, beeinflusst das reale BIP aber kaum, wie detaillierte Studien zu den Wettbewerbs-effekten der Binnenmarktteilnahme auf aggregierter Ebene bestätigen (Badinger –

Breuss, 2005). Der Wettbewerbseffekt wird hier durch eine Dummy-Variable berücksichtigt. Die volle Teilnahme Österreichs am EU-Binnenmarkt schlägt sich auch in einer abnehmenden Produktmarktregulierung, gemessen am von der OECD in Kooperation mit der Europäischen Kommission vergleichbaren Indikator, genannt "Product Market Regulation Indicator" (PMR); Wölfl et al., 2009), nieder (siehe Abbildung 5).

Abbildung 5: Entwicklung der aggregierten Produktmarktregulierung  
PMR-Indikator

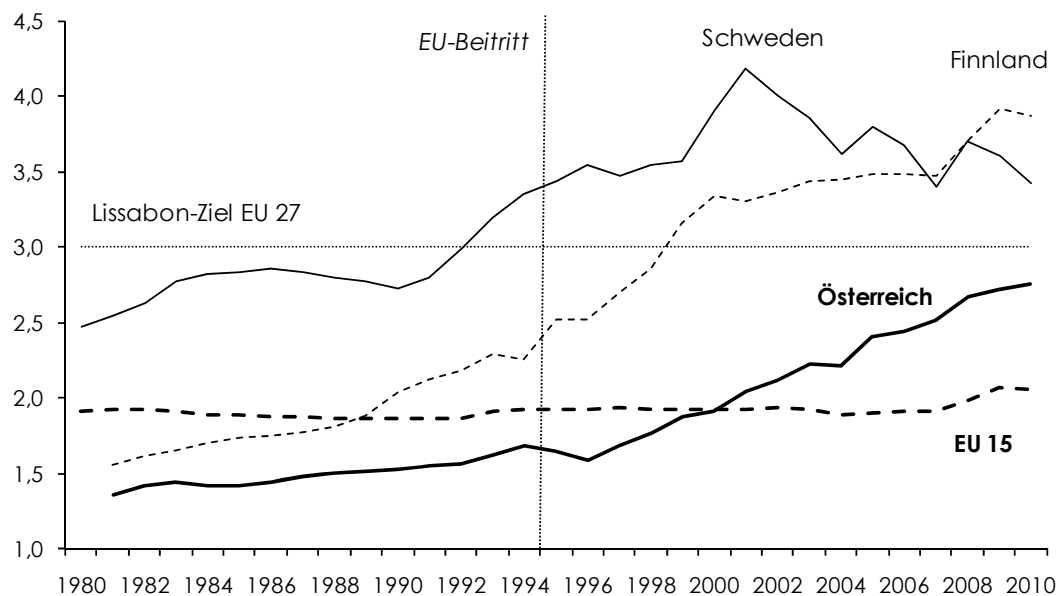


Q: OECD, Product Market Regulation Database. PMR-Indikator mit einer Skala von 0 (am wenigsten reguliert) bis 6 (am restriktivsten reguliert).

- Ausweitung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten:* Die Steigerung der F&E-Quote erhöht die gesamte Faktorproduktivität und beeinflusst direkt das reale BIP. Auch durch die Möglichkeit, an den Rahmenprogrammen der EU teilzunehmen, stieg die Forschungs- und Entwicklungsquote seit Mitte der 1990er-Jahre deutlich. Sie erreicht 2012 (Schätzung) mit 2,8% ihren Höchstwert (siehe Abbildung 6); die Wirtschaftskrise verlangsamte 2009 die Dynamik. Das Ziel für die F&E-Quote der Lissabon-Strategie liegt für den EU-Durchschnitt bei 3% des BIP. Dieses Ziel wurde für die einzelnen Mitgliedsländer differenziert, sodass jene Länder, die bereits weit fortgeschritten sind, höher Zielwerte anpeilen müssen: Finnland und Schweden 4%, Österreich 3,76%, Deutschland 3% und die ärmeren neuen Mitgliedsländer unter 3% (z. B. Ungarn 1,8%; siehe Fußnote zu Abbildung 6). Im Modell wird die Steigerung der F&E-Quote nach dem Beitritt über eine Beitritts-Dummy-Variable abgebildet.



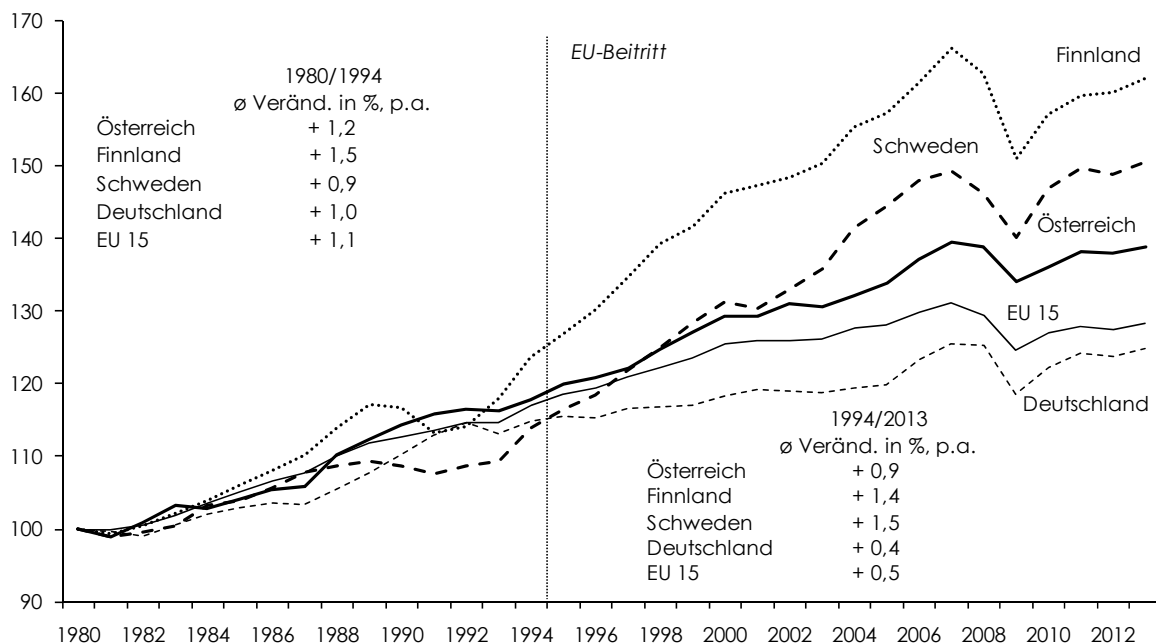
Abbildung 6: Ausgaben für Forschung und Entwicklung  
In % des BIP



Q: Eurostat. Die angepassten Lissabon-Ziele für die F&E-Quote lauten für den Durchschnitt von EU 27 und für die meisten alten EU-Mitgliedsländer 3% des BIP, für Österreich 3,75% und für Finnland und Schweden 4%. Für die ärmeren Länder (neue EU-Mitgliedsländer) liegen die Zielgrößen zwischen 1% (Slowakei), 1,5% (Lettland) und 1,9% (Litauen; Polen 1,7; Ungarn 1,8%).

Wie aus Abbildung 7 ersichtlich ist, war die Dynamik der gesamten Faktorproduktivität (TFP) in Finnland und Schweden nach dem EU-Beitritt 1995 viel stärker als in Österreich. Das korreliert sehr stark mit der dynamischeren Entwicklung der F&E-Ausgaben in beiden skandinavischen Ländern. Österreichs Vorsprung in der TFP-Entwicklung gegenüber dem EU-Durchschnitt hat sich seit dem EU-Beitritt deutlich vergrößert.

Abbildung 7: Entwicklung der gesamten Faktorproduktivität (TFP)  
1980 = 100



Q: Europäische Kommission, Frühjahrsprognose 2012, WIFO-Berechnungen.

- Handels- und FDI-Effekte:** Die Teilnahme am EG-Binnenmarkt ermöglicht einen zollfreien Warenaustausch ohne Grenzkontrollen (Abbildung 8, Übersicht 1). Sie hatte aber in Österreich eher eine Zunahme des Importdruckes als eine Steigerung der Exporte in die EU zur Folge. Nach einer Anpassungsphase verschlechterte sich die Handelsbilanz mit der EU 15 ab 2002 (Abbildung 10). Erst die Ostöffnung, aber vor allem die EU-Erweiterung verbesserte die Nettoexportposition Österreichs deutlich, wodurch sich auch die Leistungsbilanz merklich verbesserte (Abbildung 9).

Die sektorale Aufgliederung des österreichischen Außenhandels nach Warengruppen insgesamt (siehe Übersichten G.1, G.2 im Anhang) sowie mit der EU 15 (siehe Übersichten G.3 und G.4 im Anhang) zeigt, dass Österreich von der Einbindung in die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in die EU gewonnen hat, weil sich dadurch für Österreich neue Agrarmärkte in der EU (besonders in Italien und Deutschland) geöffnet haben. Dies drückt sich in einem überdurchschnittlichen Anstieg der Anteile der Exporte in die EU 15 im Bereich "Agrarwaren" aus<sup>4</sup>).

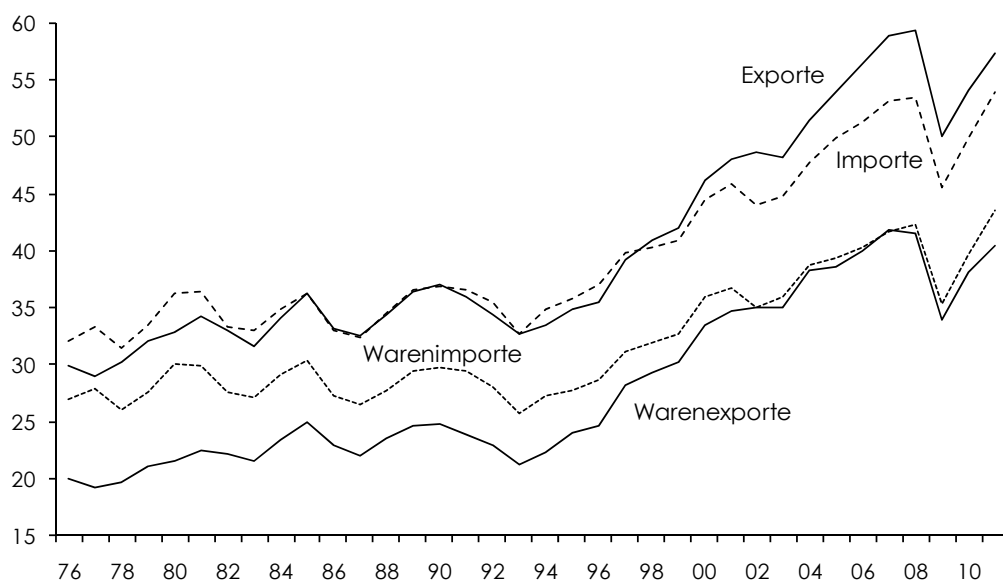
<sup>4</sup>) Analysen zur jüngsten Außenhandelsentwicklung in Österreich siehe Gnan – Kronberger (2012) und Reinstaller – Sieber (2012).

Die einheitliche Rechtslage in der EU begünstigt auch ausländische Direktinvestitionen. Im Gefolge des EU-Beitritts nahmen die Direktinvestitionsimporte wesentlich stärker zu als die FDI-Exporte. Der Standort Österreich wurde durch den EU-Beitritt für ausländische Investoren deutlich attraktiver (Abbildungen 11 und 12). Erst Ostöffnung und EU-Erweiterung ermöglichten es der österreichischen Wirtschaft, die Direktinvestitionsexporte stärker zu steigern als die FDI-Importe. In den Modellsimulationen werden die Handels- und FDI-Effekte mit Dummy-Variablen für den EU-Beitritt berücksichtigt.

Durch die Intensivierung des Wettbewerbs, die Ausweitung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sowie die Handels- und FDI-Effekte erhöhte sich das reale BIP pro Jahr zusätzlich um 0,1 Prozentpunkte.

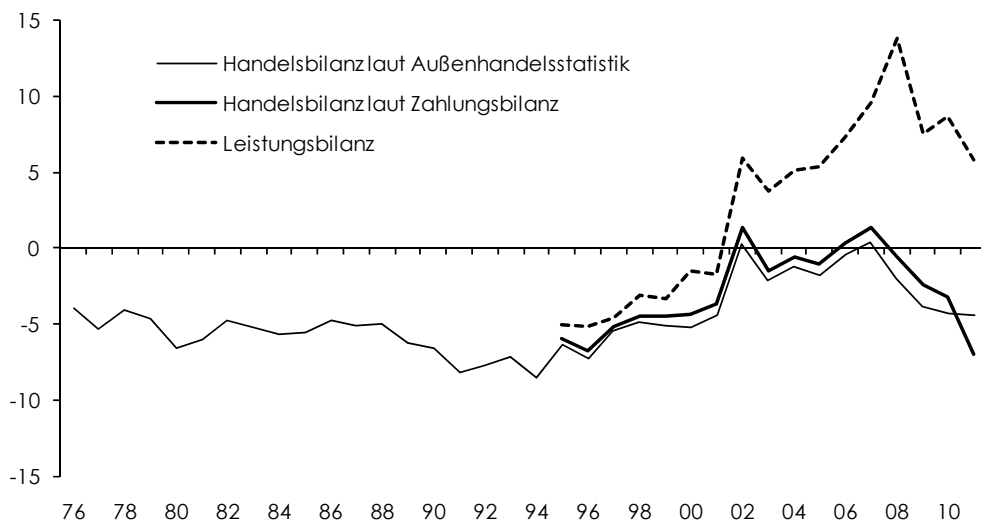
Abbildung 8: Zunehmende Globalisierung Österreichs via Außenhandel

In % des BIP



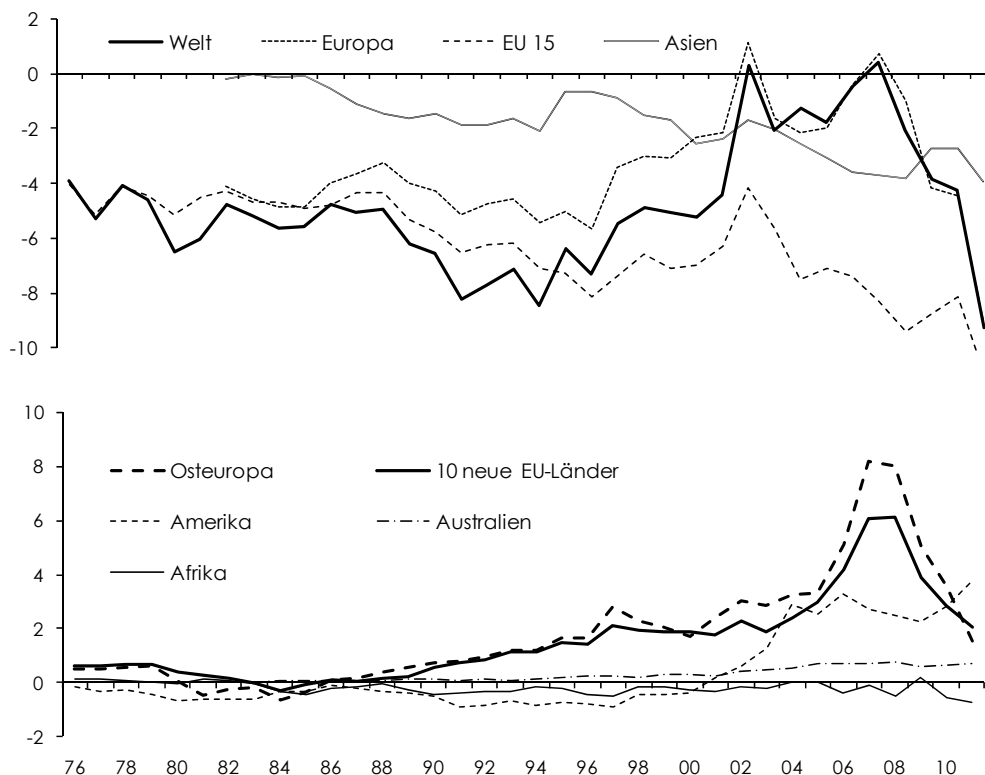
Q: Statistik Austria.

Abbildung 9: Handels- und Leistungsbilanz Österreichs  
Mrd. EUR



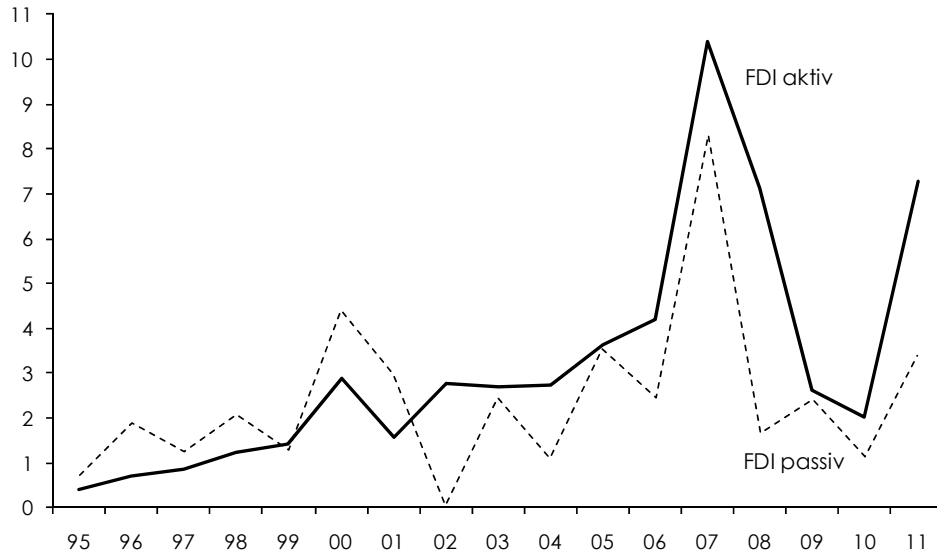
Q: Statistik Austria, OeNB.

Abbildung 10: Österreichische Handelsbilanz nach Kontinenten und Regionen  
Mrd. EUR



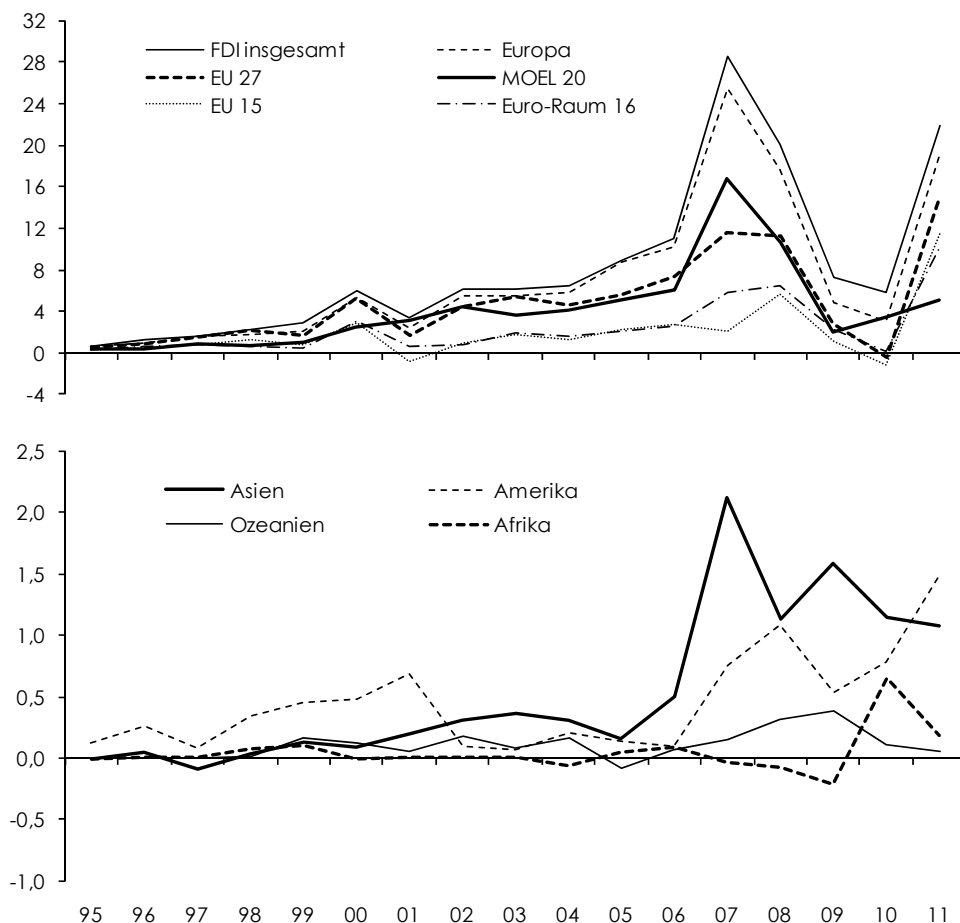
Q: FIW, WIFO. 10 neue EU-Länder . . . Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn; Osteuropa . . . 10 neue EU-Länder, GUS und Balkanstaaten.

Abbildung 11: Zunehmende Globalisierung Österreichs via Direktinvestitionen  
In % des BIP



Q: OeNB. FDI aktiv . . . Direktinvestitionen Österreichs im Ausland, FDI passiv . . . Direktinvestitionen des Auslands in Österreich.

Abbildung 12: Österreichs Unternehmen nutzen die "emerging markets" in Osteuropa  
FDI aktiv in Mrd. EUR



Q: OeNB.

- **Produktivitätsschock:** In allen Ex-ante-Berechnungen der Integrationseffekte des Binnenmarktes spielt die Produktivitätsentwicklung eine große Rolle. Der Cecchini-Bericht (Catinat – Donni – Italianer, 1988) geht in den ursprünglichen Simulationen davon aus, dass die Produktivität durch die Anpassung an den intensiveren Wettbewerb anfangs relativ zur Basislösung sinkt und erst später die dynamischen Integrationseffekte in Form einer Beschleunigung von Produktivitätsentwicklung und Wirtschaftswachstum einsetzen. Dieses Muster wurde auch hier berücksichtigt, ausgehend von der Tatsache, dass die gesamte Faktorproduktivität in Österreich seit 1995 um etwa  $\frac{1}{4}$  Prozentpunkt rascher stieg als im EU-Durchschnitt. Tatsächlich bewirkt der Produktivitätsschock den größten Wachstumsimpuls für das reale BIP, nämlich rund +0,4 Prozentpunkte pro Jahr.
- **Nettozahlerposition:** Hier wurde im Modell die tatsächliche Entwicklung der österreichischen Nettozahlerposition seit 1995 berücksichtigt. Sie beeinflusst nicht das BIP, sondern nur die Budgetsituation. Die Auswirkungen der Regional- und Strukturfördermittel werden

von Mayerhofer – Fritz (2009) per Saldo als positiv bewertet; sie sind in den vorliegenden Berechnungen implizit in den Produktivitätseffekten enthalten.

## 2.2 Gesamteffekte der Binnenmarktteilnahme

Österreichs EU-Mitgliedschaft verstärkte das Wachstum des realen BIP insgesamt um rund 0,6 Prozentpunkte pro Jahr. In den 17 Jahren seit dem EU-Beitritt wurden in Österreich jährlich rund 13.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen (Übersicht 2). Diese Ex-post-Berechnungen stimmen in der Größenordnung recht gut mit den früheren Ex-ante-Schätzungen (+0,5 Prozentpunkte mehr reales BIP pro Jahr) des Integrationseffektes der österreichischen Vollmitgliedschaft in der EU überein (siehe Übersicht 2).

### *Kasten III: Alternative Schätzungen der Wachstumseffekte des österreichischen EU-Beitritts – Nur Binnenmarkteffekte*

Folgende Integrationseffekte der Teilnahme Österreichs am EG-Binnenmarkt durch die Vollmitgliedschaft in der EU wurden in früheren Studien ermittelt:

- Ex-ante-Studie von Keuschnigg – Kohler (1996): Mithilfe von Simulationen mit einem dynamischen allgemeinen Gleichgewichtsmodell beziffern diese Autoren den Effekt des österreichischen EU-Beitritts mit einem "langfristigen" Einkommensstrom im Ausmaß von 1,24% zusätzlichem realem BIP. Dabei ist nicht klar, was "langfristig" bedeutet. Setzt man langfristig vorsichtig mit 10 Jahren an, so würde dies einem jährlichen BIP-Zuwachs von nur 0,12% entsprechen.
- Mid-term-Studie von Badinger (2005): Mittels ökonometrischer Schätzungen eines Wachstumsmodells der Integration kommt dieser Autor zu folgenden Schlussfolgerungen bezüglich der Wachstumseffekte der Liberalisierung des Handels nach dem Zweiten Weltkrieg (siehe auch die Darstellung in Breuss, 2003, S. 254). Die Wachstumseffekte im Zeitraum 1950-2000 in Europa durch Handelsliberalisierung setzen sich aus zwei Effekten zusammen:
  - (1) Zum einen aus der allgemeinen *GATT-Liberalisierung* im Rahmen von 8 Zollabbaurunden und zum anderen durch
  - (2) den Zollabbau im Rahmen der *Europäischen Integration* (Zollunion in der EWG bis 1968; Freihandelszone in der EFTA bis 1967; Freihandelsabkommen zwischen EG und EFTA 1973; Binnenmarkt 1993; EU-Erweiterungen: 1973, 1981, 1986, 1995). All diese Integrationseffekte werden in einer Integrationsvariablen (*INT*) zusammengefasst.
    - Insgesamt hat sich das Pro-Kopf-Niveau des realen BIP in Europa von 1950-2000 kumulativ gegenüber der Basislösung (ohne Integration) um 22% erhöht, das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 0,40% (GATT plus Europaintegration).
    - Die *GATT-Liberalisierung* alleine (GATT-Europa) hat dazu beigetragen, dass das Niveau des BIP pro Kopf real um 15% gestiegen ist (oder 0,28% pro Jahr).
    - Die *Europäische Integration* (EU) hat einen Anstieg des Niveaus des realen BIP pro Kopf von nur 7% bewirkt (oder 0,12% pro Jahr).
    - Österreichs Europaintegration (EU-Beitritt) hat zum Anstieg des realen BIP pro Kopf um 11% beigetragen (oder 0,19% pro Jahr).

### **3. Sofortige Teilnahme an der WWU 1999 und Einführung des Euro 2002**

Mit der Schaffung der WWU 1999 und der Einführung der gemeinsamen Währung 2002 erreichte die EU die vorläufig höchste Integrationsstufe. Weitere Integrationsschritte wären eine noch stärkere Harmonisierung bzw. Zentralisierung aller Politikbereiche ("Politische Union") bis hin zur Schaffung der "Vereinigten Staaten von Europa". Dass ein solcher Schritt derzeit utopisch ist, zeigen die ablehnende Haltung der meisten EU-Länder gegenüber einem "Bundesstaat Europa" und die Ablehnung des Vertrags über eine Verfassung für Europa in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005, in dem die Bevölkerung Elemente eines europäischen



Bundesstaates vermutete. Der Lissabon-Vertrag konnte denn auch erst in Kraft gesetzt werden, nachdem alle Hinweise auf einen möglichen Bundesstaat Europa (bis hin zu den "Symbolen für Europa") eliminiert worden waren.

Allerdings haben die Große Rezession 2009 und die folgende Euro-Krise ab 2010 die Konstruktionsfehler der WWU brutal offengelegt. Die Krise zwingt nun dazu, die Schwachstellen zu beseitigen und die "economic governance" zu verbessern (Näheres dazu im Kapitel E.4.2).

Mit der Schaffung der WWU wurde nach den eher mikroökonomischen Harmonisierungsschritten (z. B. Gemeinsame Wettbewerbspolitik) die makroökonomische Politik teilweise zentralisiert (die Geldpolitik durch die EZB) bzw. einem Koordinierungszwang unterworfen (Fiskalpolitik durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt; Breuss, 2009A, 2009B). Der Euro-Raum umfasst mit erst 17 von 27 EU-Ländern bisher weniger Mitglieder als der Binnenmarkt der erweiterten EU.

Drei Einflussfaktoren zur Ermittlung der WWU-Effekte wurden im Integrationsmodell berücksichtigt:

- *Fiskalpolitik*: Der Eintritt in die WWU zwang Österreich (wie alle anderen EU-Länder, die an der WWU teilnehmen wollten), die öffentlichen Haushalte entsprechend den Konvergenzkriterien zu sanieren und das Finanzierungsdefizit unter 3% des BIP zu drücken. Wäre das Defizit des österreichischen Staatshaushalts ohne diesen Zwang um 1 Prozentpunkt höher geblieben, so hätte die Sanierung durch die sofortige Teilnahme an der WWU das reale BIP zwar anfangs gedämpft, dann aber einen positiven Einfluss auf die Einkommensentwicklung ausgeübt. Im Durchschnitt der Jahre der WWU-Mitgliedschaft hatte die Budgetsanierung einen BIP-Anstieg um rund 0,1% pro Jahr zur Folge (gegenüber einem Szenario ohne WWU), weil die Budgetsanierung den Crowding-out-Effekt für Privatinvestoren vermindert und positiv zur Kapitalbildung beiträgt.
- *Wechselkurseffekt*: Vor Eintritt in die WWU wertete Österreich den Schilling gegenüber dem ECU und auch real gegenüber den Handelspartnern stetig kräftig auf; dies schwächte die Wettbewerbsposition. Mit Inkrafttreten der Währungsunion fiel dieser Effekt weg, und Österreich gewann bis 2011 an Wettbewerbsfähigkeit (real-effektiver Wechselkurs rund 6 Indexpunkte). Unter der vorsichtigen Annahme, dass der Abwertungseffekt seit 1999 geringer gewesen wäre, d. h. der real-effektive Wechselkurs Österreichs seit 1999 um 1 Prozentpunkt schwächer gesunken wäre (Österreich aufgewertet hätte), ergibt sich insgesamt kaum ein Einfluss auf das reale BIP (+0,01 Prozentpunkt pro Jahr), allerdings eine Verbesserung der Leistungsbilanz. Der Aufwertungseffekt ist hier aber möglicherweise zu gering angesetzt.

#### *Kasten IV: Handelseffekte des Euro*

Die Einführung des Euro hat die Unsicherheiten im Zusammenhang mit den Wechselkursrisiken, die es zuvor innerhalb des EU-Binnenmarktes gab, abgebaut und damit zur Vereinfachung und Kostenerleichterung (Wegfall von Wechselkurssicherungsgeschäften) geführt. Zahlreiche Studien belegen, dass dadurch der Intra-Euro-Raum-Handel zugenommen hat. Die Handelseffekte des EUR verteilen sich allerdings sehr unterschiedlich auf die einzelnen Mitgliedsländer des EUR (für eine Zusammenfassung der Studienergebnisse siehe *Baldwin, 2006, Breuss, 2006B, S. 450-451, Badinger, 2012*).

Es gibt allerdings auch Studien, die die Handelseffekte des Euro als nichts Besonderes im historischen Zusammenhang der europäischen Integration ansehen (siehe *Berger – Nitsch, 2005*). Nach *Baldwin (2006)* haben von der Einführung des Euro aber nicht nur die Euroländer profitiert, sondern auch die Nicht-Euro-Länder (z. B. Großbritannien im Handel mit dem Euro-Raum).

Die meisten empirischen Studien weisen positive Handelseffekte durch den EUR aus in der Größenordnung von 10 bis 15% aus (*Badinger, 2012, S. 6*). Fast alle diese Studien basieren auf dem sogenannten "Rose-Effekt" (*Rose, 2000, 2001*). Er stellt die Handelseffekte der Schaffung einer Währungsunion als sehr groß dar. Den "Rose-Effekt" findet er mittels einer Dummy-Variablen für den Beitritt zu einer Währungsunion. Aus historischen Beispielen leitet er davon einen Anstieg des Handels von 300% (!) ab. Später leitet er für die EU-WWU einen Handelsgewinn von 100% (!) ab. Der übertrieben hohe "Rose-Effekt" wurde vielfach kritisiert (zuletzt von *Baldwin, 2006*).

*Hogrefe – Jung – Kohler (2010)* berücksichtigen in ihren Schätzungen (für 20 Länder in der Periode 1996-2006) den "Euro-Handelseffekt" nicht nur mit einer Dummy, sondern auch das Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit, gemessen an den relativen Lohnstückkosten. Damit fangen sie den Effekt des Wegfalls der Abwertungen der Peripheriestaaten ein. Die Divergenz der Lohnstückkosten hatte signifikante Effekte auf die Exporte. Danach profitierten die wettbewerbsstarken Länder Deutschland (+6,3%) und Österreich (+5,1%) am meisten. Die Effekte für Belgien, Frankreich und Finnland sind nahezu Null, negative Effekte gibt es für die Länder, die vor dem Start der WWU bei Verschlechterung ihrer Leistungsbilanzen immer abwerteten: Griechenland -1,5%, Italien (-0,8%), Spanien (-2,8%), Irland (-3,7%) und Portugal (-3,8%. Aber auch die Niederlande (-2,7%) mussten demnach durch Einführung des Euro Handelsverluste erleiden.

*Badinger (2012, S. 5-6)* addiert die Effekte früherer Studien (z. B. von *Micco – Stein – Ordonez, 2003*) und jener von *Hogrefe – Jung – Kohler (2010)* und findet folgende länderspezifische Effekte: Deutschland gewinnt am meisten (Exportzuwächse von rund 22%), zu den weiteren Gewinnern zählen Österreich, Belgien, die Niederlande und Spanien (17% bis 19%). Italien und Frankreich liegen bei durchschnittlich 13%. Geringe Handelseffekte ergeben sich daraus für Finnland und Irland (+6%), während Portugal (-0,4%) und Griechenland (-4%) zu den Verlierern zählen.

*Badinger (2012)* unterscheidet (Analyseperiode 1996-2007) – entsprechend der new-new trade theory beim Außenhandel zwischen einer "intensiven" (Ausweitung des schon bestehenden Handels) und "extensiven" Form (Ausweitung der gehandelten Güterarten). Die von den meisten ökonometrischen Studien erfassten positiven Handelseffekte des Euro in einer Größenordnung von durchschnittlich 10% bis 15% gehen auf eine Ausweitung des bestehen-

den Handels (intensiver Rand) zurück, während die Ausweitung der gehandelten Güterarten (extensiver Rand) eine geringere Rolle gespielt haben dürfte.

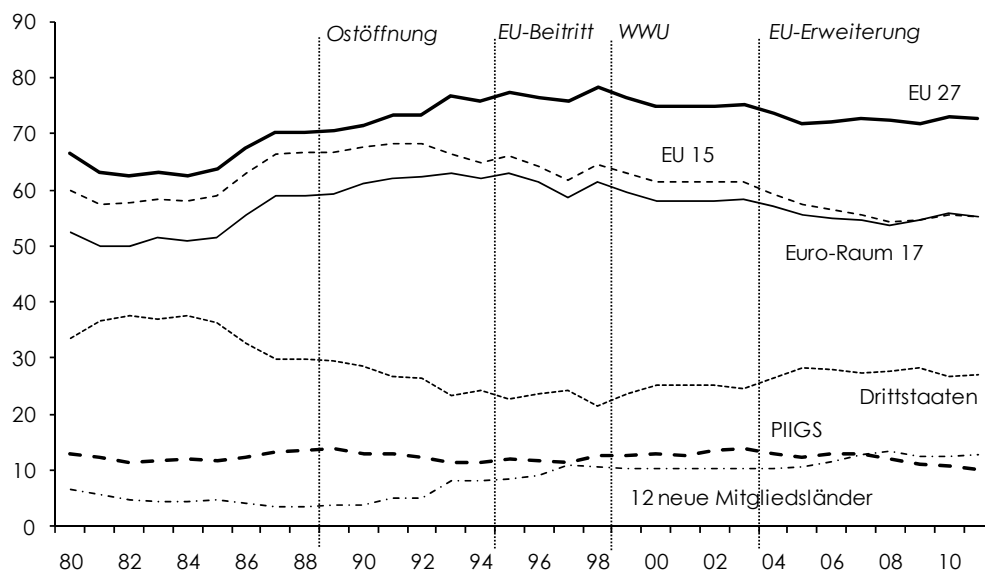
Zusätzlich finden *Badinger – Breuss (2009)*, dass kleinere Länder vom Euro relativ mehr profitiert haben als große Länder. Im Durchschnitt hat die Einführung des Euro zur Verbesserung der Exportperformance kleiner relativ zu großen Ländern von 3% bis 9% beigetragen.

Im Falle Österreichs hat zwar der Handel (Exporte) mit dem Euro-Raum absolut zugenommen (positiver Handelseffekt des Euro), allerdings weniger stark als die Gesamtexporte. Ein ähnliches Muster ergab sich auch im Falle der EU-Mitgliedschaft. Sowohl nach der EU-Mitgliedschaft 1995 als auch nach der WWU-Teilnahme 1999 sind die Exportanteile in die jeweiligen Handelsräume (EU 15 bzw. Euro-Raum 17) geschrumpft und jene in die anderen Regionen (neue EU-Mitgliedsländer in Osteuropa) oder Drittstaaten gestiegen (siehe Abbildung IV.1). D. h. die Einführung des Euro hat in Österreich mehr zur Stabilisierung der Handelsverhältnisse innerhalb des Euro-Raumes beigetragen (keine kompetitiven Abwertungen der PIIGS gegenüber den Hartwährungsländern um den ehemaligen DM-Block) als zu zusätzlichen Handelsanteilsgegewinnen. Die dadurch gewonnene Wettbewerbsfähigkeit der ehemaligen Hartwährungsländer hat aber zu Handelsanteilsgegewinnen in den neuen EU-Mitgliedsländern und in Drittstaaten (außerhalb Europas) geführt. Zusätzlich zu den relativen Kostenvorteilen haben natürlich die Einkommenseffekte durch höheres Wirtschaftswachstum in den EU-Neuen und in den Drittstaaten dazu beigetragen. Das Muster der Verlagerung der relativen Exportanteile von den traditionellen Märkten in Europa in die "emerging markets" in Osteuropa und nach Asien spiegelt sich auch in der Entwicklung der regionalen Handelsbilanzen (siehe Abbildung IV.2).

Insgesamt hat die GFC 2009 die österreichische Handelsbilanz, die vor der Krise ausgeglichen war, stark verschlechtert. Die traditionellen Defizitregionen in der EU (EU 15, Euro-Raum) stehen Regionen mit Überschüssen (neue EU-Mitgliedsländer, Drittstaaten) gegenüber. Aber auch in letzteren hat die GFC 2009 starke Spuren hinterlassen.

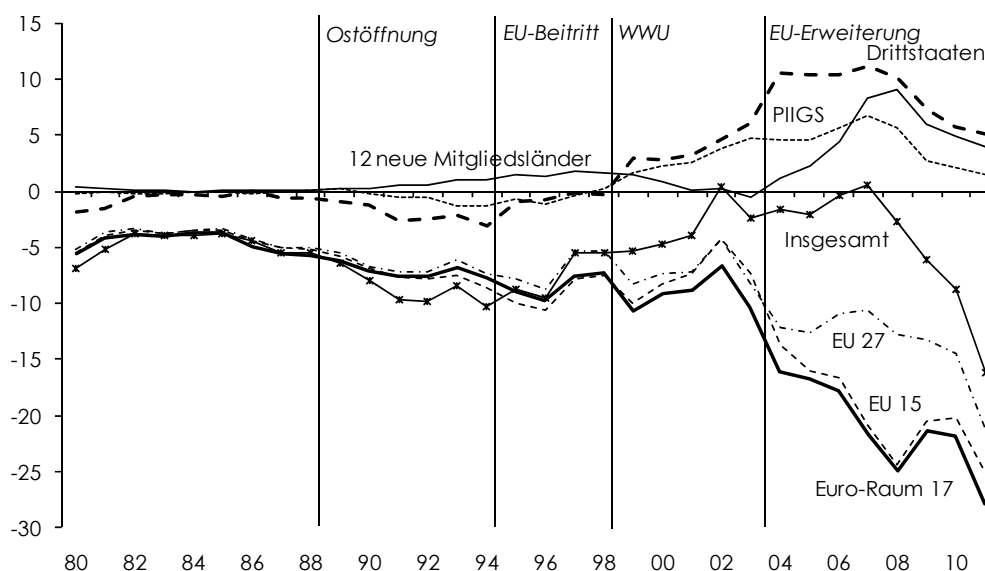
Abbildung IV.1: Regionale Verteilung der österreichischen Exporte im Zuge der europäischen Integration

Anteile in % der Gesamtexporte



Q: IMF, Statistik Austria, WIFO.

Abbildung IV.2: Regionale Handelsbilanz Österreichs im Zuge der europäischen Integration  
Mio. USD



Q: IMF, Statistik Austria, WIFO.

- *Produktivitätseffekt:* Sowohl die Arbeitsproduktivität als auch die gesamte Faktorproduktivität (TFP) stiegen in Österreich seit 1999 kräftiger als im Durchschnitt des Euro-

Raumes (TFP seit 1995 rund  $+1/4$  Prozentpunkt pro Jahr gegenüber dem Durchschnitt der EU 15). Dieser Produktivitätsvorsprung hielt bis zuletzt an und wurde in der Simulation der Effekte des österreichischen EU-Beitritts bereits berücksichtigt. Hier wird zudem der zusätzliche WWU-Effekt berücksichtigt, der sich aus einer Verstärkung der F&E-Ausgaben seit 1999 (Dummy-Variable in der F&E-Gleichung) ergab und im Modell indirekt auch die TFP-Entwicklung beeinflusst. Daraus resultiert ein zusätzlicher Anstieg des realen BIP seit 1999 um rund 0,4 Prozentpunkte pro Jahr. Damit ist der Produktivitätseffekt – wie in den Simulationen der Effekte der EU-Mitgliedschaft – der stärkste Einzelwachstumseffekt der Schaffung der WWU. Er überzeichnet in den Simulationen möglicherweise die tatsächliche Entwicklung etwas.

- *Gesamteffekte*<sup>5)</sup>: In den zwölf Jahren seit 1999 verzeichnete Österreich ein Wirtschaftswachstum von 1,8% pro Jahr. Die drei simulierten Effekte der WWU-Teilnahme ergeben einen Wachstumsimpuls von +0,4 Prozentpunkten pro Jahr (Übersicht 2). Durch die Teilnahme an der WWU und die Euro-Einführung dürften rund 10.000 neue Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen worden sein. Diese Simulationen können die komplexen WWU-Effekte allerdings nur näherungsweise wiedergeben. Als dämpfender Effekt wäre zu berücksichtigen, dass aufgrund der zentralen Geldpolitik der EZB der langfristige Realzinssatz in Österreich seit 1999 um fast 0,4 Prozentpunkte höher war als im Durchschnitt des Euro-Raumes, allerdings kaum höher als im Durchschnitt der EU 15 und niedriger als in Deutschland (+0,7 Prozentpunkte gegenüber dem Euro-Raum). Ob ohne WWU-Teilnahme nicht ein ähnliches Muster für Österreich zu verzeichnen gewesen wäre, ist allerdings offen.

---

<sup>5)</sup> Einen Literaturüberblick über die Effekte der Euro-Einführung auf Österreich findet man in Beer (2011).

### Kasten V: Alternative Schätzungen der Wachstumseffekte des Euro

Nach den jüngsten Schätzungen von *McKinsey Germany* (2012) hat Österreich mit 7,8% mehr realem BIP, kumuliert über die Elfjahresperiode 1999-2010 oder 0,8% pro Jahr am meisten profitiert (siehe Übersicht V.1). Die BIP-Effekte sind damit doppelt so hoch wie die oben erwähnten WWU-Effekte Österreichs durch eigene Modellschätzungen. Bezogen auf das BIP folgen Finnland, Deutschland und die Niederlande. Selbst Griechenland hat nach *McKinsey* vom Euro – wenn auch nur ganz leicht – profitiert.

Interessant ist die Verteilung der Einflussfaktoren des Euro-Bonus (siehe Übersicht V.2). Während in den ehemaligen Hartwährungsländern (Deutschland, Österreich) die BIP-Effekte der Einführung des Euro im Wesentlichen auf "Wettbewerbseffekte" zurückgehen, spielten in den Weichwährungsländern (Frankreich, Italien, aber auch in den PIIGS) die mit Eintritt in den Euro-Raum stark gesunkenen Zinssätze die stärkste Rolle zur Stimulierung des BIP-Wachstums. Die "Handelseffekte" des Euro trugen in Deutschland mehr zum Wirtschaftswachstum bei als beispielsweise in Frankreich und Italien. In allen untersuchten Ländern spielt der Wegfall der Umtauschkosten (und wohl auch der Wegfall der Kosten durch Wechselkursicherungsgeschäfte) eine nur marginale Rolle.

Dieses Muster der Einflussfaktoren für die ausgewählten drei Länder Frankreich, Deutschland und Italien lässt sich analog für die anderen Länder des Euro-Raumes übertragen. Österreichs Effekte dürften ähnlich strukturiert sein wie jene Deutschlands, jene der PIIGS stimmen wohl mit jenen Italiens überein. Der Rest dürfte das Muster Frankreichs aufweisen.

Dieses von *McKinsey Germany* (2012) ex post ermittelte Muster der Einflussfaktoren wurde bereits ex ante in einer Modellsimulation prognostiziert (siehe *Breuss*, 1997A, 1997B, *Breuss*, 2006B, S. 433). Danach wurde den Hartwährungsländern ein größerer BIP-Vorteil durch Einführung des Euro attestiert (+1,9%) als den Weichwährungsländern (heute mit PIIGS bezeichnet: +1,4%). Der Vorsprung der Hartwährungsländer ergab sich im Wesentlichen aus dem Wegfall der Störungen der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des EU-Binnenmarktes durch die ständigen kompetitiven Abwertungen der PIIGS. Als Spiegelbild rechnete man bereits zu Beginn der WWU mit entsprechenden Nachteilen der PIIGS.

### Übersicht V.1: Vom Euro profitiert und wieviel?

Kumulierter BIP-Zuwachs ausgewählter Länder des Euro-Raumes 1999-2010

	Mrd. EUR	In % des BIP
Österreich	22	7,8
Finnland	12	6,7
Deutschland	165	6,4
Niederlande	37	6,2
Italien	44	2,7
Portugal	4	2,1
Spanien	8	0,7
Frankreich	14	0,7
Griechenland	0,2	0,1
Andere 8 Länder des Euro-Raumes	27	–
<i>Euro-Raum insgesamt</i>	332	3,6

Q: *McKinsey Germany* (2012), S. 9; zitiert nach Welt online, 10. Jänner 2012.

Übersicht V.2: Vom Euro profitiert – Einflussfaktoren  
2010

	Euro-Raum 17		Frankreich		Deutschland		Italien	
	Mrd. EUR	In % des BIP	Mrd. EUR	In % des BIP	Mrd. EUR	In % des BIP	Mrd. EUR	In % des BIP
<b>Einflussfaktoren</b>								
1. Wegfall der Transaktionskosten	37	0,4	8	0,4	11	0,4	6	0,4
2. Handelseffekte (+15% Intra-Euro-Raum-Handel)	100	1,1	9	0,4	30	1,2	4	0,3
3. Wettbewerbsfähigkeit	0	0,0	-21	-1,1	113	<b>4,6</b>	-30	-2,0
4. Zinssatzanpassung	195	2,1	18	<b>1,0</b>	11	0,4	68	<b>4,4</b>
<b>Gesamteffekte</b>	<b>332</b>	<b>3,6</b>	<b>14</b>	<b>0,7</b>	<b>165</b>	<b>6,6</b>	<b>48</b>	<b>3,1</b>

Q: McKinsey Germany (2012), S. 9.

#### 4. Zusatznutzen durch die fünfte EU-Erweiterung 2004 und 2007

Mit der EU-Erweiterung 2004 um 10 und 2007 um zwei weitere Länder wurden der Binnenmarkt ausgeweitet und die Möglichkeiten zum Freihandel vergrößert. Von dieser Erweiterung profitierte Österreich relativ am meisten unter den Ländern der EU 15. Ex-ante-Modellberechnungen (Breuss, 2001, 2002) ermittelten als Folge eine zusätzliche Steigerung des realen BIP um rund 0,2% pro Jahr. Die Integrationseffekte verteilen sich auf die Länder der EU 15 und die neuen EU-Länder ungefähr im Verhältnis 1 : 10, d. h. in den neuen EU-Ländern wächst die Wirtschaft nach dem EU-Beitritt pro Jahr um rund 1 Prozentpunkt rascher als zuvor, in der EU 15 um rund 0,1 Prozentpunkt. Nach dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien (Breuss, 2009C) ergeben sich für beide Länder Integrationseffekte von rund +½ Prozentpunkt pro Jahr, während die Länder der EU 15 davon kaum profitieren (Österreich +0,05 Prozentpunkte p. a.).

In der Neuberechnung mit dem Integrationsmodell (Breuss, 2010B) gehen die Integrationseffekte der EU-Erweiterung 2004 und 2007 nur als zusätzlicher Handels- und FDI-Impuls (Wegfall der Grenzkontrollen, Eintritt in die Zollunion der EU, Anpassung an den *acquis communautaire* und damit Rechtssicherheit für Direktinvestitionen) durch Dummy-Variable in die Gleichungen für die Exporte und Importe bzw. für die FDI-Exporte ein. Die Effekte einer Ausweitung des Binnenmarktes wurden bereits in den Simulationen für die Ostöffnung berücksichtigt. Sie wirken bis in die jüngste Zeit nach.

##### Gesamteffekte

Die EU-Erweiterung 2004 löste demnach in Österreich einen jährlichen Zuwachs des realen BIP um 0,4 Prozentpunkte<sup>6)</sup> aus (Übersicht 2). Damit verbunden war die zusätzliche Schaffung von

<sup>6)</sup> Frühere Ex-ante-Studien kommen zu niedrigeren Effekten. Keuschnigg – Kohler (1999) ermitteln mit einem dynamischen allgemeinen Gleichgewicht für den Fall der EU-Erweiterung um 10 MOEL einen Anstieg des BIP-Niveaus von langfristig 1,3%. Definiert man "langfristig" als eine Periode von 10 Jahren, so ergibt sich, dass das BIP pro Jahr um

rund 7.600 Arbeitsplätzen pro Jahr. Im Gegensatz zur Einzelsimulation der Effekte der Ostöffnung sind hier die Exporteffekte geringer als die Importeffekte, die FDI-Exporte wurden dagegen stärker ausgeweitet.

Während die Ostöffnung zur Senkung der Lohnquote beitrug, ist in der kurzen Zeit seit der EU-Erweiterung 2004 und 2007 kein Rückgang zu beobachten. Die Einschränkung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte durch eine 7-jährige Übergangsregelung hat Österreich zwar aus politischen Gründen aktiv betrieben (und die meisten anderen Mitgliedsländer, vor allem Deutschland, damit überzeugt), ökonomisch wäre eine volle Freizügigkeit allerdings vorteilhafter gewesen (siehe *Breuss, 2001, 2002* und *D'Auria – Mc Morrow – Pichelmann, 2008*). Laut einer Studie der Europäischen Kommission (*D'Auria – Mc Morrow – Pichelmann, 2008*), die in Simulationen mit dem QUEST-Modell die tatsächliche Zuwanderung aus den neuen EU-Ländern nach Österreich zwischen 2004 und 2007 von 26.000 Personen berücksichtigt (0,5% der Beschäftigten in Österreich), würde dadurch das Niveau des realen BIP mittelfristig um 0,35% gesteigert; allerdings würde das Niveau des BIP pro Kopf um 0,1% sinken.

---

0,13 Prozentpunkte durch die EU-Erweiterung zusätzlich gewachsen wäre. Das entspricht früheren WIFO-Studien von *Breuss – Schebeck (1998A; siehe Übersicht 2)*.



## *Kasten VI: Öffnung des Arbeitsmarktes – Bisherige Erfahrungen*

### *Arbeitnehmerfreizügigkeit*

Am 1. Mai 2011 endete für die 2004 zur Europäischen Union beigetretenen Staaten Osteuropas (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Slowakei, Slowenien, Tschechien; für Malta und Zypern war der Arbeitsmarkt sofort geöffnet worden) die siebenjährige Übergangsfrist zur Beschäftigungsbewilligung (Ausnahme von der Arbeitnehmerfreizügigkeit, eine der vier Grundfreiheiten des Binnenmarktprogrammes). Für Arbeitskräfte aus Bulgarien und Rumänien endet diese Übergangsregelung am 31. Dezember 2013.

Ab 1. Mai 2011 gilt für Staatsbürger der acht Länder Osteuropas, die 2004 der EU beitraten, die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in Österreich: Wollen sie in Österreich ein Beschäftigungsverhältnis eingehen, ist dafür eine Bewilligung nicht mehr erforderlich. Sie dürfen auch sonst keinen Beschränkungen unterworfen werden, die nicht auch für Österreicher gelten.

### *Dienstleistungsfreiheit*

Am 1. Mai 2011 fielen auch die Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit im Hinblick auf das Entsenden von Arbeitnehmern aus den oben genannten acht Ländern – namentlich Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen – nach Österreich weg.

### *Bisherige Erfahrungen*

Nach Erhebungen des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK, 2012), basierend auf Studien der österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitute und des AMS ist die Zahl der aus den 8 neuen ostmitteleuropäischen Mitgliedsländern (EU 8) stammenden unselbständig Beschäftigten im Untersuchungszeitraum vom 1. Mai 2011 bis zum 31. Dezember 2011 um 21.736 Personen gestiegen; bis März 2012 gab es einen weiteren Anstieg auf 26.806. Diese Entwicklung entspricht ungefähr der Prognosen des BMASK, die von ca. 20.000 bis 25.000 zusätzlichen Beschäftigten im Jahr 2011 ausgingen. Rund 39% der neuen Arbeitskräfte verlagerten ihren Wohnsitz nicht nach Österreich, waren also PendlerInnen. In grenznahen Regionen ist der PendlerInnenanteil noch wesentlich höher (Burgenland: 88%) – die Mobilitätsform hängt also wesentlich von der Entfernung ab.

Es kam zu einer deutlichen regionalen und branchenmäßigen Konzentration: Mehr als 50% der neu Beschäftigten traten in der Ostregion in den Arbeitsmarkt ein (davon ca. 7.300 in Wien und 5.000 in NÖ) und arbeiteten in nur drei Sektoren – Gastronomie, Bau und Arbeitskräfteüberlasser.

Den größten Anteil an den neu Zugewanderten machten mit 43% die UngarInnen aus, gefolgt von slowakischen und polnischen Staatsangehörigen.

### *Dynamik*

Nach dem 1. Mai 2011 stieg die Zahl der aus den EU 8 stammenden Arbeitskräfte zunächst relativ rasch an, der Liberalisierungseffekt erreichte im August 2011 etwa +20.000, um danach nur leicht bis Dezember auf 21.736 anzuwachsen. Der Öffnungseffekt konzentrierte sich auf die Monate Mai bis August 2011.

### *Gesamtwirtschaftliche Effekte*

Ökonomisch betrachtet wäre eine sofortige Öffnung des Arbeitsmarktes (ähnlich wie dies Großbritannien, Irland und Schweden praktizierten) nach der EU-Erweiterung vorteilhaft gewesen. Das belegen bisherige Modellsimulationen (siehe z. B. Breuss, 2001, 2002, Brücker et al.,

2009 sowie die Darstellung der Ergebnisse von *D'Auria – Mc Morrow – Pichelmann, 2008*, weiter oben).

Nur etwas mehr als ein Jahr Erfahrung mit der Arbeitsmarktöffnung für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedsländern ist vielleicht noch etwas zu früh, um allgemeine Aussagen über die Nachhaltigkeit auf die österreichische Volkswirtschaft und besonders auf den Arbeitsmarkt zu machen. Angesichts der geringen Zahl von Arbeitsmigranten nach Österreich (nur rund 0,6% der unselbständig Beschäftigten) sind die makroökonomischen Auswirkungen auch eher marginal. Laut *BMASK (2012)* haben die zusätzlich Beschäftigten aufgrund der Arbeitsmarktöffnung im Jahr 2011 rund 340 Mio. EUR an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen bezahlt. Der "Verdrängungseffekt" war bisher gering, es stieg 2011 sowohl die Beschäftigung der InländerInnen als auch der AusländerInnen an. *Huber – Böhs (2012)* haben errechnet, dass die Arbeitslosenquote durch die Gewährung der Freizügigkeit um ca. 0,08 Prozentpunkte höher war als ohne. In Ex-ante-Simulationen (siehe *Breuss, 2001*) wurden von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit von anfänglich 0,2 Prozentpunkten ausgegangen, der sich aber rasch abbauen würde. Der BIP-Effekt durch die Arbeitskräftewanderung von Ost nach West wurde von *Breuss (2001)* für Österreich mit +0,15 Prozentpunkten errechnet.

#### *Entsendungen*

Die Entsendemeldungen stiegen im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 20% (die Überlassungen sind kaum gestiegen). Der Zuwachs war besonders markant in Grenzregionen und vor allem im Bereich Bauwirtschaft.

#### *Lohn- und Sozialdumping*

Lohn- und Sozialdumping war kaum zu beobachten, wohl auch dank des Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetzes (LSDBG). Damit verbunden sind intensive Kontrollen.

## *Kasten VII: Das "Ost-Engagement" österreichischer Banken – Vorteile und Risiken*

### *Direktinvestitionen*

Die Unternehmen des österreichischen Finanzsektors (Banken und Versicherungen), vor allem die Banken, haben die Chancen der Ostöffnung nach 1989 rasch und massiv zur Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeit genutzt. Der in der Planwirtschaft brach liegende Bankensektor wurde vor allem von österreichischen Banken als neue Standortchance ("window of opportunity") genutzt. Relativ rasch haben österreichische Banken nach 1989 Schritt für Schritt osteuropäische Banken aufgekauft bzw. neue Filialen errichtet.

Von den gesamten Beständen an Direktinvestitionen im Ausland betrug jener des Sektors "Finanz- und Versicherungswesen" (laut aktueller OeNB-Statistik über Direktinvestitionen<sup>1</sup>) 62.992 Mio. EUR, das waren 40,9% aller FDI-Bestände (Gesamtkapital zu Marktpreisen) österreichischer Unternehmen im Ausland (154.017 Mio. EUR). Gegenüber 1996 (letzte vollständige Erhebung) stieg der FDI-Bestand des Sektors "Finanz- und Versicherungswesens" um 59.711 Mio. EUR bzw. ihr Anteil um 9,3 Prozentpunkte des gesamten aktiven FDI-Bestandes österreichischer Unternehmer.

### *Beschäftigung*

Ein ähnliches Bild zeigt die Entwicklung der Beschäftigten bei österreichischen Direktinvestitionsunternehmen im Ausland. Auch hier dominiert der Sektor "Finanz- und Versicherungswesen" mit einem Anteil von 24,5% (vor dem Sektor Handel mit 20,9%) die Beschäftigungsentwicklung im Ausland durch aktive FDI. 2010 beschäftigte der Sektor "Finanz- und Versicherungswesens" 175.972 Beschäftigte. Die Unternehmer aller österreichischen Wirtschaftssektoren beschäftigten 2010 im Ausland 718.104 Beschäftigte (oder 21,4% der Unselbständig Beschäftigten in Österreich). Auch der Zuwachs um 162.997 Beschäftigte (Zuwachs des Anteils um 14,9 Prozentpunkte) seit 1996 ist im Sektor "Finanz- und Versicherungswesen" beachtlich.

### *Wertschöpfung*

Die starke Ausdehnung des Produktionsstandorts österreichischer Unternehmen in die neuen "emerging markets" in Osteuropa, die man als "Mini-Globalisierung" bezeichnen kann, hat zweifellos Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Ausland geschaffen. Die "Mini-Globalisierung" hat aber auch zum Erhalt und Stärkung des Standorts Österreich beigetragen. Eine sektorale Analyse der Wachstumsbeiträge der Sektoren der österreichischen Wirtschaft zeigt, dass der Sektor "Kredit- und Versicherungswesen" seit 1995 (EU-Beitritt Österreichs) im Vergleich mit der Periode zuvor mit +0,14 Prozentpunkten pro Jahr am meisten aller Wirtschaftssektoren zum BIP-Wachstum beigetragen hat (siehe Übersicht G.5 im Anhang).

### *Osteuropa-Exponierung*

Die österreichischen Banken sind in Osteuropa sehr stark engagiert. Das "Ostexposure" (d. h. die Auslandsforderungen Österreichs) betragen derzeit (laut BIS-Erhebungen; siehe Übersicht G.6 im Anhang) 254 Mrd. USD oder rund 85% des österreichischen BIP. Insgesamt erreicht das Ostengagement österreichischer Banken in Osteuropa 20,6% aller Auslandsforderungen. Österreichs Banken sind am stärksten in der näheren Nachbarschaft (Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei und in den Balkanstaaten) präsent. Sie halten in diesen Ländern auch die höchsten Marktanteile.

Aus diesem starken Ostengagement in den "emerging markets" erwirtschafteten die österreichischen Banken in den letzten Jahren (bis zur GFC 2008/09) jeweils die höchsten Gewinnzuwächse und sicherten somit auch den inländischen Standort.

#### *Risiken*

Die GFC hat aber auch die negativen Seiten des Ostengagements aufgezeigt. Da manche osteuropäischen Länder in arge Bedrängnis gerieten, kam es zu Kreditausfällen. Zum Teil wurden auch die stark gepushten Fremdwährungskredite (in CHF und Euro) infolge der ungünstigen Wechselkursentwicklung zu Problemfeldern. Nicht zuletzt Aussagen prominenter US-Ökonomen wie Paul Krugman (April 2009) prophezeiten Österreich ein ähnliches Schicksal wie Island. Insbesondere wegen des hohen Osteuropa-Exposures österreichischer Banken könnte Österreich die Staatspleite drohen, ähnlich wie Island und Irland. Die Folge war ein Anstieg der Spreads für österreichische Staatsanleihen.

Um eine Panik der österreichischen Banken (Abzug aus Osteuropa, Aufgabe des Ostengagements mit der Folge eines "sudden-stop-Phänomens") und einen Abzug des Kapitals zu verhindern wurde die "Vienna Initiative" ins Leben gerufen.

#### *Vienna Initiative*

Die "Vienna Initiative" wurde im Jänner 2009 von mehreren Institutionen mit Interesse an der Stabilisierung Osteuropas ins Leben gerufen (siehe *EBRD, 2012A, Nitsche, 2010*). Unter der Führung der EBRD nahmen an dieser kooperativen Initiative teil: der IMF, EIB, Weltbank, Europäische Kommission, EZB (Beobachter), Finanzministerien im Westen und Osten und die großen Bankengruppen, die in Osteuropa aktiv waren. Ziele der VI waren:

- Vermeidung eines unkontrollierten Abzugs wichtiger Bankgruppen aus Osteuropa (dies hätte eine veritable Bankenkrise in den MOEL verursacht).
- Sicherstellung, dass die Mutterbanken sich öffentlich verpflichten, ihre Exposures im Osten zu halten und ihre Filialen rekapitalisieren als Teil des umfangreichen Zahlungsbilanz-Stützungsprogramms von IMF und EU (z. B. in Bosnien & Herzegowina, Ungarn, Lettland, Rumänien und Serbien).
- Sicherstellung, dass nationale Bankenrettungsprogramme auch den Filialen in Osteuropa zugutekommen.
- Übereinstimmung über die Grundprinzipien des Krisenmanagements und der Krisenlösungsprinzipien in Osteuropa. Empfängerländer sind für die geeigneten Makropolitiken zuständig, die Bankengruppen und deren Heimatländer unterstützen die Filialen mit Mitteln zur Wechselkursstabilisierung und Rekapitalisierung.
- Verstärkte grenzüberschreitende Kooperation und Informationsaustausch.

Die "Vienna Initiative" erlebte im Jahr 2012 eine Neuauflage mit der "Vienna Initiative 2" (siehe *EBRD, 2012A, 2012B<sup>2</sup>*). Im Rahmen der "IV-II" werden die non-performing loans (NLP) gemeinsam mit den Partnern unter die Lupe genommen und kontrolliert.

So erfolgreich und stabilisierend die VI auch war, sie konnte nicht verhindern, dass die Ratingagentur Standard & Poor's Österreich im Jänner 2012 – hauptsächlich wegen den Osteuroparissen der österreichischen Banken von AAA auf AA+ herabstufte (siehe Übersicht G.9). Das hatte aber auf die Spreads österreichischer Staatsanleihen keinen negativen Einfluss gehabt.

*Österreichs Banken stabilisieren Osttöchter und werfen immer noch höhere Renditen ab*

Im jüngsten Finanzstabilitätsbericht der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB, 2012) werden die Risiken des Ostengagements der österreichischen Banken vorsichtig beurteilt. Gleichzeitig wird für den Fall Österreich der Erfolg der "Vienna Initiative" nachgezeichnet. Die Wichtigkeit der grenzüberschreitenden Kreditvergabe österreichischer Banken für die Volkswirtschaften der CESEE-Region (Zentral-, Ost- und Südeuropa) geht aus den Daten der OeNB (2008-2011) hervor. Gemessen an den jeweiligen Auslandsschulden erreichte die Vergabe von Direktkrediten österreichischer Banken in Kroatien 39%, in Slowenien 27%, in Rumänien 21%, in Tschechien 14%, in Ungarn und der Slowakei jeweils 12% und in Bulgarien 11%. Gemessen am BIP machte der Anteil der Direktkredite österreichischer Banken in Kroatien und Slowenien mehr als 30% aus. Für Ungarn, Rumänien und Bulgarien lagen die Werte zwischen 10% und 16% (OeNB, 2012, S. 82).

Im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2011 wiesen Österreichs Institute gegenüber Kreditnehmern in CESEE-Ländern ein in Anspruch genommenes Kreditvolumen von 113 Mrd. EUR aus – mit einem Spitzenwert von 123 Mrd. EUR im III. Quartal 2008 (OeNB, 2012, S. 81).

Der Anteil der Fremdwährungskredite an den Krediten an private Haushalte war Ende 2011 in Ungarn, Rumänien, Ukraine und Kroatien mit 65% bis 77% weiterhin auf gefährlich hohem Niveau (OeNB, 2012, S. 18). Ungarn hat mit einem Gesetz zu Fremdwährungskrediten im September 2011 durch eine spezielle Regelung (Rückzahlungsoption von Fremdwährungskrediten zu einem fixen Wechselkurs (180 Forint je Schweizer Franken und 2050 Forint je Euro), der günstiger als der Marktwechselkurs ist, für österreichische Tochterbanken erhebliche Verluste verursacht. Das Fremdwährungsgesetz und die hohen Bankensteuern verursachten z. B. der Erste Group in Ungarn Verluste von 567 Mio. EUR, im 1. Halbjahr 2012 weitere 72,7 Mrd. EUR (Format, 9. August 2012).

2011 lag die Gesamtkapitalrentabilität nach Steuern (RoA) der CESEE-Tochterbanken mit 0,7% über jener des österreichischen Heimatmarktes. Gleiches galt für die Eigenkapitalrentabilität nach Steuern (RoE): sie lag in den CESEE-Ländern bei 6,1% und in Österreich nur bei 1,6% (OeNB, 2012, S. 40).

Die Exponierung österreichischer Banken in der CESEE-Region belief sich Ende 2011 auf rund 216 Mrd. EUR (siehe auch Übersicht G.10). Der Großteil betrifft die neuen EU-Mitgliedsländer des Jahres 2004. Allerdings ist das Ausfallrisiko aus politischen Gründen wieder gestiegen (OeNB, 2102, S. 9).

Für neue Befürchtungen hinsichtlich einer möglichen Kürzung der konzerninternen Liquiditätsversorgung sorgte Ende 2011 die Auflage der OeNB, dass die Auslandstöchter die Kreditexpansion weitgehend über lokale Kundeneinlagen refinanzieren müssten. Der Beobachtungszeitraum ist noch zu kurz, um die Auswirkungen zu beurteilen zu können.

---

1) Siehe OeNB-Webseite: [http://www.oenb.at/de/stat\\_melders/datenangebot/aussenwirtschaft/direktinvestitionen/direktinvestitionen.jsp](http://www.oenb.at/de/stat_melders/datenangebot/aussenwirtschaft/direktinvestitionen/direktinvestitionen.jsp). – 2) Siehe auch die Webseite der Europäischen Kommission: [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/articles/governance/2012-07-20-vienna-2\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/governance/2012-07-20-vienna-2_en.htm).

### *Kasten VIII: Effekte der "Mini-Globalisierung" auf Beschäftigung und Löhne in Österreich*

In welchem Ausmaß sich Exporte und Auslandsproduktion (über FDI) durch die Ostöffnung und EU-Erweiterung substitutiv oder komplementär ausgewirkt hat, ist immer noch eine strittige Frage in der Literatur (siehe *Pfaffermayr, 1996*, für eine frühe Studie). Er fand damals, dass es eine signifikante komplementäre Beziehung zwischen FDI im Ausland und Exporten in den 1980er-Jahren und frühen 1990er-Jahren gab.

Die Ostöffnung hat Österreich ein "window of opportunity" für neue Geschäftstätigkeit geschaffen, das von den Unternehmen rasch und ausgiebig genutzt wurde. Die vormaligen Planwirtschaften hatten einen enormen Nachholbedarf auf fast allen Gebieten: Konsum-, Investitionsgüter und viele Dienstleistungen (Banken, Versicherungen). Österreich, dessen Wirtschaftsaktivitäten im Außenhandel vor 1989 größtenteils auf Westeuropa ausgerichtet waren, bekam durch den Fall des "Eisernen Vorhangs" plötzlich die Möglichkeit, sich auf "emerging markets" vor der Haustüre zu engagieren. Die Bearbeitung dieses neuen Marktes führte zur stärkeren Globalisierung Österreichs, die man als Untermenge der globalen Globalisierung "Mini-Globalisierung" bezeichnen kann. Durch Exporte und FDI nach Osteuropa wurden neue Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten in Österreich geschaffen aber auch in den Absatzländern unserer Exporte und in den Zielländern unserer FDIs.

In einer Studie für die AK-Wien hat *Onaran (2008; eine Vorstudie mit einem Literaturüberblick, siehe Onaran, 2007)* die Frage empirisch (ökonometrisch) untersucht, wie sich die Zunahme der österreichischen FDI im Ausland sowie die Zunahmen des Außenhandels auf die inländische Beschäftigung, die Löhne und Gehälter, sowie auf die funktionale Einkommensverteilung (Lohnquote) im Zeitraum 1996-2005 (FDI) bzw. 1990-2005 (Exporte/Importe) ausgewirkt hat – und zwar in der Gesamtwirtschaft und in der verarbeitenden Industrie und im Dienstleistungssektor<sup>1</sup>).

#### *Beschäftigungseffekte*

Die FDI-Tätigkeit österreichischer Unternehmen im Ausland hatte auf die Beschäftigung in Österreich negative Effekte. Für zwei Jobs, die durch FDI im Ausland geschaffen wurden, ging im Inland ein Job verloren. Der Jobverlust in der verarbeitenden Industrie erklärt sich allein aus den FDI in Osteuropa. Die Beschäftigungseffekte des Außenhandels (vor allem durch die Ausweitung der Nettoexporte nach Osteuropa) waren positiv.

Der Beschäftigungsverlust durch FDI und Außenhandel betrug laut *Onaran (2007)* 9.650 Jobs pro Jahr im Zeitraum 1999-2005, jener mit Osteuropa 13.686 Jobs pro Jahr<sup>2</sup>).

#### *Effekte auf die Reallöhne*

Die FDI-Aktivitäten im Ausland hatten auf die Reallöhne der Gesamtwirtschaft im Inland kaum Auswirkungen, negative Effekte gab es nur in der Industrie. Und hier waren sie besonders auf die Niedriglohnbranchen ("Verdrängungseffekte") konzentriert.

Die Zuwächse im Außenhandel hatten positive Auswirkungen auf die Löhne im Inland, sowohl in der Gesamtwirtschaft als auch in der Industrie. Per Saldo (FDI-/Außenhandelsaktivitäten) hat die Zunahme von FDI und Außenhandel also in der Periode 1990-2005 positive Auswirkungen auf die Löhne im Inland gezeigt.

#### *Effekte auf die Lohnquote*

Wie aus Abbildung G.2 im Anhang ersichtlich ist, ist die Lohnquote in fast allen Industrieländern seit Anfang der 1970er-Jahre gesunken. Durch die Ostöffnung (Lohndruck durch die neue Konkurrenz) ist in jenen Ländern, die stark im Ostgeschäft engagiert sind (wie Österreich) die Lohnquote überdurchschnittlich gedrückt worden (siehe *Breuss, 2010A*).

*Onaran (2007)* findet ebenfalls negative Effekte auf die Lohnquote in Österreich durch die Zunahme der FDI-Aktivität Österreichischer Unternehmen im Ausland (vor allem in Osteuropa). Durch die Zunahme des Außenhandels ergibt sich bei *Onaran (2007)* aber ein positiver Effekt auf die Entwicklung der Lohnquote. Ein negativer Effekt des technischen Fortschritts auf die Lohnquote lässt sich nur für die Industrie nachweisen, nicht aber für die Gesamtwirtschaft.

---

<sup>1)</sup> Eine frühere Studie für die Periode 1990-1996 stammt von *Pfaffermayr (2001)*. Er untersucht die Reaktion der relativen Arbeitskräftenachfrage auf relative Löhne (jeweils Auslandstöchter österreichischer Unternehmen relativ zur Situation in Österreich). Die Elastizitäten liegen bei rund 1,5. D. h. wenn die Löhne in Österreich relativ zum Gastland steigen, nimmt die Beschäftigung im Gastland via FID zu. *Falk – Wolfmayr (2008)* ermitteln die Substitutionsverhältnisse zwischen den Beschäftigten der Mütterunternehmen und ihren Töchtern in den EU-14-Ländern. Die Substitutionselastizität in der Gesamtwirtschaft insgesamt und in den Beziehungen West-West ist  $-0,3$ , für West-Ost  $-0,07$ . Im Industriebereich liegt sie höher ( $-0,45$  insgesamt, West-Ost  $-0,28$ ) als im Nicht-Industriebereich ( $-0,27$  insgesamt und West-West-Verhältnis; West-Ost  $+0,03$ ). – <sup>2)</sup> Österreich hat den seit 2007 existierenden EU-Globalisierungsfonds (European Globalisation Adjustment Fund), dotiert mit jährlich 500 Mio. EUR, zunehmend in Anspruch genommen. Er soll Arbeitslose bei der Umschulung und Suche nach neuen Stellen unterstützen. Laut dem Bericht für das Jahr 2011 (siehe *European Commission, 2012C*) war das heimische Arbeitsmarktservice in den bisher fünf Jahren des Globalisierungsfonds am erfolgreichsten bei der Gestaltung der Förderansuchen. Im Durchschnitt erhielt es 15.171 EUR pro gefördertem "Globalisierungsoffer" aus Brüssel. Der Mittelwert aller EU-Staaten beträgt 4.674 EUR pro arbeitssuchender Person, und auch der zweithöchste Pro-Kopf-Betrag (nämlich jener Dänemarks) liegt mit 10.172 EUR klar hinter dem österreichischen Wert (siehe auch *Die Presse*, 4. September 2012, S. 5).

## 5. Was hat Österreich die schrittweise Integration in Europa insgesamt gebracht?

Österreich ist als kleine Volkswirtschaft stärker vom Zugang zu einem größeren Markt ohne Handels- und sonstige Schranken abhängig als große Länder. Die Wirtschaft hat deshalb von der stetigen Ausweitung der Handelsmöglichkeiten nach Osteuropa durch die Ostöffnung und durch die Teilnahme am wachsenden EU-Binnenmarkt erheblich profitiert. Im gesamten Zeitraum seit der Ostöffnung 1989 wuchs das reale BIP in Österreich um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr rascher als im Durchschnitt der EU 15 (siehe Übersicht G.7). Der Wachstumsvorsprung gegenüber Deutschland beträgt sogar 0,7 Prozentpunkte, gegenüber der Schweiz 0,6 Prozentpunkte. Nur in den USA war ein etwas stärkeres Wachstum zu verzeichnen. Ein ähnlicher Vorsprung ergab sich für die anderen Unterperioden (EU-Mitgliedschaft, WWU-Teilnahme und EU-Erweiterung; Übersicht G.7). Die GFC 2009 dämpfte die Dynamik nicht nur in den Ländern der EU 15, sondern insbesondere in den neuen EU-Ländern erheblich (Übersicht G.7).

### *Gesamteffekte kumuliert und pro Jahr im Überblick*

Durch die zeitliche Parallelität von Ostöffnung, EU-Beitritt, WWU und EU-Erweiterung überlagern einander die Integrationseffekte der einzelnen Integrationsschritte teilweise. Daher kann man die verschiedenen Integrationseffekte nicht einfach addieren. In der vorliegenden Neuberechnung wurden deshalb die Effekte der einzelnen Integrationsschritte mit einem einheitlichen Integrationsmodell separat berechnet und auch eine Gesamtbewertung unter Einbeziehung aller erfassten Integrationsimpulse simuliert.

Insgesamt (Übersicht 2) bewirkten die Integrationsschritte in Österreich pro Jahr einen zusätzlichen Anstieg des realen BIP um 0,9 Prozentpunkte und die Schaffung von rund 17.000 Arbeitsplätzen. Die Arbeitslosenquote sank jährlich um 0,7 Prozentpunkte, die Inflationsrate um 0,2 Prozentpunkte. Die Importquote erhöhte sich insgesamt stärker als die Exportquote. Der gesamte Integrationsprozess trug zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz bei, die vor allem auf die EU-Mitgliedschaft und die WWU-Teilnahme zurückgeht. Die Ostöffnung setzte hier positive Impulse. Ostöffnung und EU-Erweiterung vergrößern die Chancen und Möglichkeiten Österreichs, an der Globalisierung (in Osteuropa an der "Mini-Globalisierung") aktiv teilzunehmen. Der Wohlstand Österreichs (BIP pro Kopf real) wurde seit 1989 um 0,4 Prozentpunkte pro Jahr stärker gesteigert als in der EU 15.



Übersicht 2: Integrationseffekte der Teilnahme Österreichs an der Europäischen Integration  
Ostöffnung – EU-Mitgliedschaft – WWU-Teilnahme – EU-Erweiterung

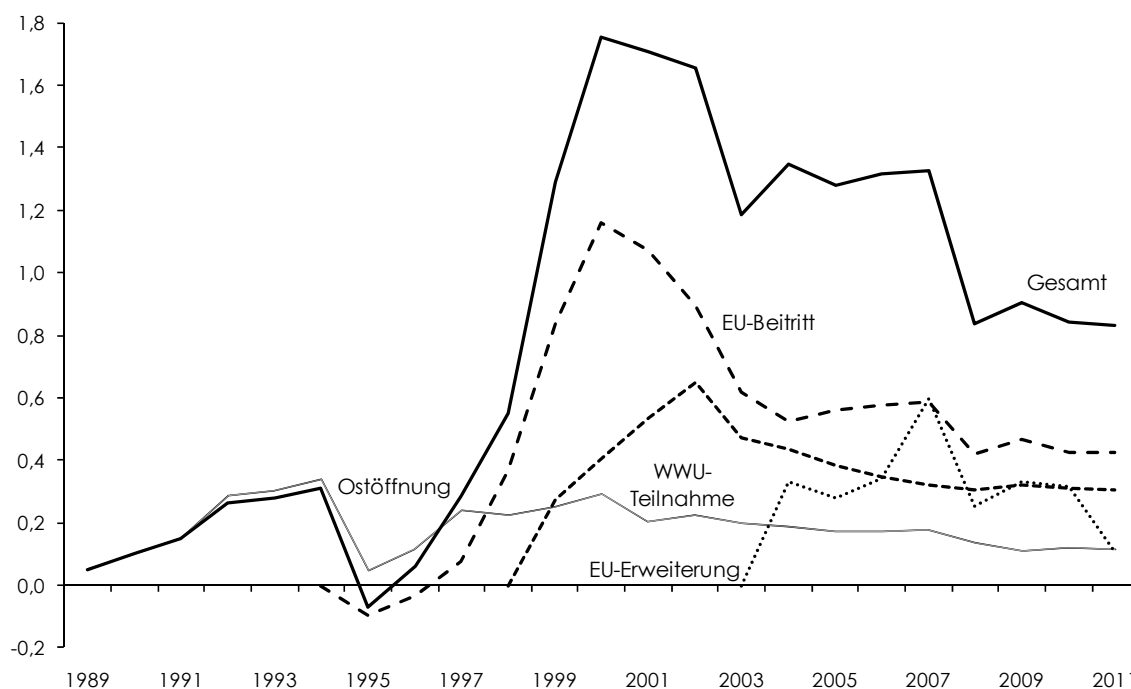
	Simulations- horizont	BIP, real	VPI	Beschäftigte	Arbeits- losen- quote	Leistungs- bilanz	Budget- saldo	
		In %	In %	In %	In 1.000	In Prozent- punkten	In % des BIP	
<b>Ostöffnung 1989</b>								
<i>Breuss – Schebeck</i> (1998A)	1989/1997 kumuliert (pro Jahr)	3,6 (0,5)	-0,2 (-0,0)	2,6 (0,3)	76,9 (9,6)	2,9 (0,4)	0,6 (0,1)	0,9 (0,2)
<i>Breuss</i> (2010)	1995/2011 kumuliert (pro Jahr)	4,4 (0,2)	0,3 (0,0)	2,1 (0,1)	74,3 (3,4)	-0,4 (-0,2)	-1,6 (0,7)	0,2 (0,3)
<b>EU-Mitgliedschaft 1995</b>								
<i>Breuss – Kratena – Schebeck</i> (1994)	1995/2000 kumuliert pro Jahr	2,8 (0,5)	-3,3 (-0,6)	1,3 (0,2)	42,3 (7,1)	-0,3 (-0,1)	-1,7 (-0,3)	-0,9 (-0,2)
<i>Breuss</i> (2005A, 2005B)	1995/2005 kumuliert pro Jahr	4,4 (0,5)	-0,8 (-0,1)	2,4 (0,4)	75,0 (7,5)	-0,3 (-0,0)		
<i>Breuss</i> (2010)	1995/2011 kumuliert (pro Jahr)	9,7 (0,6)	-4,6 (-0,3)	5,9 (0,4)	199,8 (12,6)	-0,8 (-0,4)	-8,2 (-4,3)	0,6 (0,7)
<b>WWU-Teilnahme 1999</b>								
<i>Breuss</i> (2005A, 2005B)	(pro Jahr)	(0,1)						
<i>Breuss</i> (2010)	1999/2011 kumuliert (pro Jahr)	5,6 (0,4)	-0,1 (-0,1)	2,9 (0,2)	101,5 (8,7)	-0,5 (-0,3)	-4,8 (-3,0)	1,0 (1,0)
<b>EU-Erweiterung 2004 und 2007</b>								
<i>Breuss – Schebeck</i> (1998B)	2002/2010 kumuliert (pro Jahr)	1,3 (0,1)	-0,9 (-0,1)	0,8 (0,1)	27,5 (3,0)	-0,1 (0,0)	0,6 (0,1)	0,4 (0,0)
<i>Breuss</i> (2001, 2002A, 2002B, 2005C)	2001/2010 kumuliert Höhepunkt (pro Jahr)	0,9 (0,2)	-1,5 (-0,3)	0,1 (0,0)	3 (0,5)	0,7 (0,1)	0 (-0,0)	0,1 (0,0)
<i>Breuss</i> (2010)	2004/2011 kumuliert (pro Jahr)	2,8 (0,4)	-0,1 (-0,0)	1,5 (0,2)	53,1 (7,6)	-0,2 (-0,2)	-1,8 (-1,2)	0,3 (0,4)
<b>Integrationseffekte insgesamt seit 1989 (alle Integrationsschritte)</b>								
<i>Breuss</i> (2010)	1989/2011 kumuliert (pro Jahr)	21,1 (0,9)	-4,6 (-0,2)	11,6 (0,5)	374,9 (17,0)	-1,7 (-0,7)	-12,5 (-3,0)	1,0 (0,5)

Gesamteffekte im Zeitverlauf

Der Verlauf der simulierten Integrationseffekte der österreichischen Integration in die EU zeigt, dass jeweils zu Beginn des Integrationsschritts (EU-Mitgliedschaft 1995, WWU-Teilnahme 1999; EU-Erweiterung 2004 und 2007) die Wachstumseffekte ansteigen und in der Folge abklingen (siehe Abbildung 13). Lediglich im Falle der Ostöffnung gibt es einen relativ konstanten Impuls

auf das österreichische Wirtschaftswachstum. Insbesondere nach den Krisen (Große Rezession 2009 und Euro-Krise 2010) haben die Wachstumsimpulse der Mitgliedschaft Österreichs in der EU und WWU merklich abgekühlt.

Abbildung 13: Effekte der Teilnahme Österreichs an allen Integrationsschritten seit 1989  
BIP, real; Veränderung gegen das Vorjahr in % (gleitender 4-Jahresdurchschnitt)



Q: Breuss (2010B).

Die in Übersicht 2 ausgewiesenen Effekte (kumuliert und durchschnittlich pro Jahr) verschleiern etwas den wahren Verlauf der berechneten Integrationseffekte, indem sie suggerieren, die dort ausgewiesenen durchschnittlichen Wachstumseffekte würden permanent in dieser Höhe weiterwirken. Tatsächlich führt wirtschaftliche Integration – d. h. der Beitritt eines Landes zu einer Integrationsgemeinschaft (EU) zu anfänglichen Wachstumsimpulsen (vor allem durch einen notwendigen Anpassungs- und Produktivitätsschock), die langsam abklingen. Es gibt also in der Regel eher "abnehmende Grenzerträge der Integration". Auch nach dem Abklingen der Wachstumseffekte liegt infolge der Teilnahme an allen Stufen der Integration das Einkommensniveau um 21 Prozentpunkte höher. Aber der Wohlstandsgewinn durch die Teilnahme an der Europäischen Integration wird nicht nur durch das Wachstum und Niveau des BIP pro Kopf allein bestimmt, sondern umfasst auch die Zunahme an Produktvielfalt und die Ausweitung der Wahlmöglichkeiten (Freizügigkeit und Schengen ermöglichen eine Erleichterung bei Arbeitskräftewanderung und Reisen; letzteres auch erleichtert durch den Euro). Zudem kommt es durch die volle Teilnahme am EU-Binnenmarkt zu einem permanenten Druck

auf die Preise und damit zur Verbesserung der Kaufkraft. Dieser Effekt wird durch die EU-Erweiterungen und damit die Vergrößerung des Binnenmarktes ständig verstärkt.

Dies wird auch in den Schätzungen von *Badinger* (2005) bestätigt. Es gibt keinen dauerhaften Effekt auf die Wachstumsraten durch Integration, wie einige Autoren der Neuen Wachstumstheorie des Außenhandels (für einen Überblick siehe *Breuss*, 2003, Kapitel 8) suggerieren, sondern nur einmalige Impulse für das Wirtschaftswachstum, die das BIP-Niveau erhöhen und dann wieder abklingen.

### *Kasten IX: Nicht modellgestützte Methoden zur Ermittlung von Integrationseffekten*

Alternativ zu Methoden (Modellsimulationen), mit der oben die Effekte der zunehmenden Integration Österreichs in die EU ermittelt wurden, kann man Integrationseffekte auch rein statistisch abschätzen. In diesem Fall geht es um Vergleiche von Ländern, die eine Integration mitgemacht haben, mit Drittstaaten, denen dieses Erlebnis fehlt.

Die dafür häufig angewandte Methode heißt "Difference in Difference"-Methode. Dabei wird die Veränderung des durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstums eines Landes zwischen einer Periode vor und einer Periode nach einem Integrationsschritt (Ostöffnung, EU-Beitritt, WWU-Teilnahme, EU-Erweiterung) gemessen und zu den Veränderungen einer Kontrollgruppe von Ländern (z. B. Durchschnitt der EU) oder Ländern ohne einen Integrationsschritt (Drittstaaten) in Beziehung gesetzt. Ist diese Zahl positiv, sollte der jeweilige Integrationsschritt für das untersuchte Land (Österreich) zu einem positiven Wachstumsimpuls (mittelfristig) beigetragen haben.

Wie aus Übersicht G.8 im Anhang hervorgeht, ergaben sich nach dieser Methode besonders positive Effekte im Vergleich mit dem EU-Durchschnitt im Falle der Ostöffnung seit 1989 und der EU-Erweiterung ab 2004. Aber auch der EU-Beitritt 1995 und die Teilnahme an der WWU ab 1999 brachten Österreich nach dieser Berechnungsmethode positive Integrationseffekte. Im Vergleich zu Drittstaaten war die Performance Österreichs immer besser gegenüber Norwegen und in manchen Phasen auch gegenüber den USA. Die Schweiz reüssierte nach dieser Messmethode allerdings in jeder Phase besser als Österreich.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise (GFC 2008/09) inklusive der Euro-Krise seit 2010 (letzte Spalte in Übersicht G.7) hat Österreich besser gemeistert als die EU im Durchschnitt. Allerdings war Deutschland erfolgreicher, aber auch die Schweiz. Misst man die Gesamtintegrationseffekte anhand der Benchmark des Starts des Binnenmarktes 1993 (vorletzte Spalte in Übersicht G.8), so performte Österreich durchwegs besser als die EU im Durchschnitt sowie besser als Deutschland.

Die DD-Methode ist allerdings sehr mechanisch und erfasst natürlich nicht im Detail die eigentlichen Integrationseffekte. Dazu gibt es verschiedene Methoden ex ante (vor einem Integrationsschritt) und ex post (Betrachtung einige Jahre nach Beginn der Integration). In der Regel werden dafür Makro- oder Mikromodelle eigens konstruiert, um mögliche Integrationswirkungen (z. B. des Binnenmarktes oder der Währungsunion) einfangen zu können.

### Kasten X: Das "EU-Integrationspuzzle"

Schon seit langem war erkennbar (siehe Breuss, 2007C), dass es hinsichtlich der erwarteten und tatsächlich realisierten Integrationseffekte auf EU-Ebene einen Widerspruch gibt. Diesen bezeichnete Breuss (2007C, 2008) als das "EU-Integrationspuzzle". Es ergibt sich aus folgendem Widerspruch:

Die Europäische Union hat sich in den 50 Jahren seit ihrer Gründung als EWG ökonomisch zum einen immer stärker integriert – zumindest auf dem Papier durch die stetige Weiterentwicklung von der Zollunion (EWG-Vertrag) zum Binnenmarkt und zur Währungsunion (Maastricht-Vertrag), zur Koordination der Beschäftigungspolitik (Amsterdam-Vertrag) und zur Vorbereitung und tatsächlichen EU-Erweiterung im Rahmen des Nizza-Vertrages und hat sich letztlich nach dem gescheiterten Verfassungsvertrags eine neue rechtliche Basis mit dem Lissabon-Vertrag gegeben. Zum anderen erweiterte sich die ursprüngliche EWG 6 fünfmal, bis die EU im Jahre 2007 27 Mitglieder umfasste.

Die stetige Integrationsvertiefung seit Schaffung der Zollunion in den 1960er-Jahren über die Inkraftsetzung des Binnenmarktes 1993 und der WWU 1999 hätte theoretisch beachtliche Wohlfahrts- und Wachstumseffekte auslösen müssen. Dadurch hätte die ökonomische Performance insgesamt viel besser sein müssen als in vergleichbaren Ländern, die solche Integrationsschritte nicht gesetzt haben (etwa die USA). Zusätzliche Wachstumsimpulse hätten die stetigen Erweiterungsschritte infolge der Vergrößerung des Gemeinsamen Marktes – später des Binnenmarktes und der WWU – bringen müssen. Zudem hat die EU 2000 mit der Lissabon-Strategie "Wachstum und Beschäftigung" ein ehrgeiziges Wachstumsprogramm initiiert, das bis 2010 Europa zum dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt machen sollte.

Dennoch bleibt Europa – insbesondere die EU – in Bezug auf Wachstum und Wohlstand (BIP pro Kopf) hinter den USA zurück. Im Gegenteil: Die zunehmende Erweiterung um immer noch ärmere Länder hat zur Folge, dass die erweiterte Union (statistisch gesehen) "verarmt". Die EU-Erweiterungspolitik wird so zu einer aufwändigen Entwicklungshilfepolitik.

Während der unterschiedlichen Vertiefungsschritte (verbunden jeweils mit neuen EG-Verträgen) war die Wachstumsperformance der EU 15<sup>1)</sup> in allen Phasen schwächer als im Referenzland USA, obwohl in den USA – mit Ausnahme der Schaffung der NAFTA (1995) – keine mit Europa vergleichbaren Integrationsanstrengungen unternommen wurden (siehe Übersicht X.1). Die wiederholte EU-Erweiterung trug – mit Ausnahme der Periode 1960/1972 – ebenfalls nicht dazu bei, das Wachstum in der EU 15 über das der USA hinaus zu beschleunigen. Während die Wachstumsperformance in den USA praktisch in allen Phasen der europäischen Integration höher war als in der EU 15, relativiert sich das Bild etwas, wenn man das stärkere Bevölkerungswachstum der USA berücksichtigt. Gemessen am realen BIP pro Kopf hatte die EU 15 immerhin in der Anfangsphase der europäischen Integration – in den 1960er- und 1970er-Jahren (Effekte der Zollunion bzw. Aufholprozesse nach dem Zweiten Weltkrieg) die Nase voran (BIP pro Kopf, real, durchschnittliche Wachstumsraten zwischen 1960 und 1992: USA +2,3%, EU 15 +2,8%; nach Start des Binnenmarktes 1993/2013: USA +1,5%, EU 15 +1,2%).

Stellt man die Wachstumsentwicklung Österreichs und Deutschlands in die Perspektiven des "EU-Integrationspuzzles", so zeigt sich Folgendes: Österreich wuchs in allen Perioden rascher als Deutschland (oder zumindest gleich rasch) – im Durchschnitt über alle Integrationsphasen um 0,5 Prozentpunkte. Der Wachstumsvorsprung Österreichs zur EU 15 machte im Durchschnitt über alle Integrationsperioden +0,2 Prozentpunkte aus. Mit Ausnahme der Perioden 1998/2002

(-0,2 Prozentpunkte; 1980/1985: -0,1 Prozentpunkte) wuchs Österreichs Wirtschaft immer rascher als die EU 15 (oder zumindest gleich rasch).

Zum Verständnis dieses "Integrationspuzzles" (siehe *Breuss, 2007C*) bieten sich mehrere Erklärungsmöglichkeiten an. Zum einen erreichten die USA bereits vor längerer Zeit jene Integrationstiefe (funktionierender Binnenmarkt, Währungsunion, gemeinsame Sprache), welche die EU erst langfristig anstrebt. Zum anderen machten die einzelnen Integrationsschritte (mit Ausnahme der Gründung der Zollunion) schockartige Anpassungen notwendig: im Binnenmarkt die Verwirklichung der vier Grundfreiheiten (von der gerade der Dienstleistungsbinnenmarkt trotz des Inkrafttretens der Dienstleistungsrichtlinie immer noch nicht vollständig verwirklicht ist), die Einführung eines gemeinsamen Wettbewerbsrechts, die solidarische Finanzierung des EU-Haushalts mit der Umverteilung von den reichen zu den armen Mitgliedsländern. Die noch größere Anpassungslast verursacht die gemeinsame Währung Euro im Rahmen der asymmetrischen wirtschaftspolitischen Architektur der WWU (zentrale Geldpolitik der EZB für den Durchschnitt des Euro-Raumes, Koordination der Fiskalpolitik durch die strengen Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes) und die Offenbarung der Konstruktionsschwächen in Zeiten der Krise (siehe Kapitel E.4.1)

Auf jeden Fall sind Ansätze der modernen endogenen Wachstumstheorie (Romer et al; für eine Zusammenstellung der Literatur siehe *Breuss, 2003, Kapitel 8, sowie Badinger – Breuss, 2011*) nicht mit den empirischen Fakten in Einklang zu bringen, wonach eine Verdoppelung des Integrationsraumes (EU-Erweiterungen) zu einer "Verdoppelung" der Wachstumseffekte führt. Als Paradebeispiel für die Widerlegung der "Verdoppelungs-These" kann der Fall der deutschen Wiedervereinigung gelten. Durch Erweiterung des Wirtschaftsraumes West-Deutschlands um rund 10% durch die Vereinigung mit der Ex-DDR ist das Wirtschaftswachstum in Gesamtdeutschland nicht gestiegen, sondern sogar gedämpft worden (Stichwort "Kosten der Wiedervereinigung"). Auch ökonometrische Befunde, wonach die Wachstumseffekte mit der Dauer der Mitgliedschaft in der EU zunehmen (z. B. in *Crespo Cuaresma – Ritzberger – Silgoner, 2008*) sind mit den empirischen Fakten nicht vereinbar.

Eher gilt, dass Integration anfänglich zu einem kurzfristigen Wachstumsimpuls führt (siehe *Badinger, 2005* und unsere Ergebnisse oben für die Integrationseffekte der EU-Mitgliedschaft) und dann abklingt. Es gibt eher "abnehmende Grenzerträge" der Integration.

Die moderne Handelstheorie suggeriert, dass die Ländergröße als Bestimmungsgrund für Handelsgewinne bei der Erweiterung eines Handelsblocks (EU und EU-Erweiterungen) eine Rolle spielt. *Casella (1996)* postulierte, dass kleine Länder von der Handelsblockausweitung (EU-Erweiterung) relativ mehr gewinnen als große. *Badinger – Breuss (2006)* können diesen "Casella"-Effekt nicht bestätigen. Eine ökonometrische Analyse mit aggregierten und sektoralen Handelsdaten für die Periode 1960-1990 (in diese Periode fielen die ersten drei EU-Erweiterungen von EG 6 auf EG 12) verwirft diese Hypothese. Eine mögliche Interpretation (auch Beitrag zur Lösung des "Integrationspuzzles") ist die Koexistenz von ökonomischen Kräften, die große Länder begünstigt (wegen der Gruppenbindungen und der Vorteile absoluter Faktorausstattungen), die teilweise den Kleine-Land-Bonus kompensieren bzw. dominieren.

---

<sup>1)</sup> Das Wachstum der EG wird hier zu Vergleichszwecken einheitlich in der Definition von EU 15 seit Anfang der 1960er-Jahre gemessen.

Übersicht X.1: Wachstumseffekte des realen BIP durch Vertiefung und Erweiterung der europäischen Integration in unterschiedlichen Integrationsphasen

Durchschnittliche jährliche Veränderung in %

	EU-Erweiterungen						
	EWG 1960/1992 Zollunion	Maastricht 1992/1998 Binnenmarkt	Amsterdam 1998/2002 WWU	Nizza 2002/2008 EU- Erweiterung	Lissabon 2008/2013 Krise		
EU 15	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,6	+ 1,9	+ 0,0		
Österreich	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 0,5		
Deutschland	+ 3,1	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,7		
USA	+ 3,4	+ 3,7	+ 2,9	+ 2,2	+ 1,0		
	1960/2007	1992/2007	1998/2007	2002/2007	2008/2013		
EU 15	+ 3,0	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,0		
Österreich	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,6	+ 0,7		
Deutschland	+ 2,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,8		
USA	+ 3,3	+ 3,2	+ 2,8	+ 2,7	+ 0,8		
	1960/2013	1992/2013	1998/2013	2002/2013	2009		
EU 15	+ 2,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,0	- 4,4		
Österreich	+ 2,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,6	- 3,8		
Deutschland	+ 2,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	- 5,1		
USA	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,7	- 3,5		
	EU-Erweiterungen						
	EWG 6 1960/1972	EG 9 1972-1980	EG 10 1980/1985	EG 12 1985/1994	EU 15 1994/2003	EU 25 2003/2006	EU 27 2006/2013
EU 15	+ 4,7	+ 2,8	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,4	+ 0,4
Österreich	+ 4,7	+ 3,1	+ 1,5	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,9	+ 1,1
Deutschland	+ 4,3	+ 2,5	+ 1,5	+ 2,3	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,1
USA	+ 4,2	+ 2,9	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,1	+ 1,0
	1960/2007	1972-2007	1980/2007	1985/2007	1994/2007	2003/2007	
EU 15	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,6	
Österreich	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,6	+ 3,1	
Deutschland	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,2	
USA	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,8	
	1960/2013	1972-2013	1980/2013	1985/2013	1994/2013	2003/2013	
EU 15	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,0	
Österreich	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,6	
Deutschland	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4	
USA	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,4	+ 1,6	

Q: Europäische Kommission, Frühjahrsprognose 2012, WIFO-Berechnungen.

## **E. Ein Überdenken der EU-Mitgliedschaft Österreichs in Zeiten der Krise**

Die anhaltende Euro-Krise im Gefolge der "Großen Rezession" 2009 hat wieder eine Diskussion darüber entfacht, ob ein kleines Land Wirtschaftskrisen vielleicht nicht doch besser meistern könnte, wenn es nicht den "Zwängen" eines Integrationsverbundes mit Einheitswährung unterliegt. Im Folgenden wird daher dieser Frage anhand von Vergleichen der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs mit Ländern ohne EU- und Euro-Mitgliedschaft nachgegangen.

### **1. Schwierig, die "Großen Rezession" 2009 zu erklären oder vorherzusagen**

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise (GFC) 2009 breitete sich von den USA (Platzen der Immobilienblase – Subprime-Kredit-Krise – Bankenkrise) ausgehend auch auf andere Industriestaaten – vorwiegend auf Europa – aus. Sie führte zunächst zur schwersten Wirtschaftskrise ("Große Rezession") im Jahr 2009. In der Folge schaukelte sich die Wirtschaftskrise zu einer Staatsschuldenkrise auf (weil die GFC 2009 mit massiven Konjunktur- und Bankenrettungsprogrammen bekämpft wurde), die in den Peripheriestaaten des Euro-Raumes (beginnend mit Griechenland) zur "Euro-Krise" mutierte. Als Nachwirkung der Immobilienkrise kam es auch zu Bankenkrisen (Irland und Spanien). An der "Euro-Krise" laboriert Europa nun seit Anfang 2010 und findet trotz massiver Rettungsversuche (Griechenland, Irland, Portugal und neuerdings Spanien und Zypern) immer noch keine endgültige Lösung.

Obwohl man die Abfolge der Krisen – Immobilien – Banken – Wirtschaft – Staatsschulden und wieder Banken – relativ gut beschreiben kann (siehe *Tichy, 2012*), ist eine eindeutige empirische Erklärung immer noch ausständig. Wie die bisherigen Studien andeuten, ist eine Erklärung für die "Große Rezession" anhand von (vorlaufenden) Indikatoren schwerlich zu finden. *Rose – Spiegel (2010)* untersuchen die Einflussfaktoren der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 mittels zahlreicher Faktoren. Sie finden keine signifikanten Einflüsse nationaler Faktoren oder Übertragungseffekte (Spillovers von den USA in andere Länder) oder Sudden-stop-Phänomene (d. h. der plötzliche Abzug von Finanzkapital aus Entwicklungsländern; im Zuge der Euro-Krise Abzug aus den Peripheriestaaten Griechenland, Italien und Spanien). Ihre ökonometrische Analyse umfasst 85 Länder mit einem BIP pro Kopf von mindestens 4.000 USD bis 10.000 USD. Sie suchen Einflussfaktoren für 4 Krisenindikatoren (BIP-Wachstum 2008, Aktienmarktgeschehen, Wechselkursänderungen, Länderkredit-Ratings). Ihr "Early warning"-Modell umfasst folgende Einflussfaktoren zur Erklärung der Krisenvariablen, insbesondere Variablen, die einen internationalen Link erklären können: (1) Anteil ausländischer Finanzanlagen in den USA (im Land, wo die Finanzkrise ihren Ausgang nahm). Es gibt wenig Evidenz, dass die Finanzkrise, beginnend in den USA über internationale Finanzkanäle in die Welt (nach Europa) ausstrahlte. (2) Handelsverbindungen: Der Anteil des Handels neuerlich mit den USA. Mehr Handelsintensität mit den USA führt sogar zu geringeren Finanzkrisen im eigenen Land. Zusammen betrachtet haben weder der Finanzkanal noch der Exportkanal einen signifikanten Einfluss auf die Übertragung der Krise von den USA in die eigenen Länder. Es heißt, die Autoren finden kaum Nachweise für eine "Ansteckung" der GFC.



Auch Aiginger (2011), der im Gegensatz zu Rose – Spiegel (2010) die Einflussfaktoren der Krise ab 2009 untersucht, findet kaum Indikatoren, die die Krise plausibel erklären könnten. Mit einem Sample von 37 Industrieländern wird mittels "Principle components" (PC)-Methode (wobei PC aus vier Krisenvariablen besteht: BIP-Wachstum 2009; BIP-Wachstum 2007-2010; Quartalswachstum des BIP vom Höhepunkt 2008 zum Tiefpunkt 2009; Änderung im Trendwachstum 2007-2010 und 2000-2007) wird versucht, mittels eines Indikatorenbündels von Vorkrisenvariablen (Fiskalische Position, Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel, Produktions- und Kreditwachstum; Strukturindikatoren – Ländergröße, Offenheit, Sektoranteile am BIP und Pro-Kopf-Einkommen) die Krise 2009 und danach zu erklären. Drei Vorlaufindikatoren – Leistungsbilanz (positiv), Kreditwachstum und BIP-Wachstum (jeweils negativ) – können den Wachstumseinbruch in der GFC 2009 erklären, am besten jedoch die Leistungsbilanzentwicklung zuvor als Indikator für internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die unterschiedliche Performance der Arbeitsmärkte während der GFC 2008/09 untersuchen Aiginger – Horvath – Mahringer (2012).

Eigene ökonometrische Schätzungen bestätigen im Wesentlichen die Ergebnisse von Aiginger (2011). Die Entwicklung des BIP im Jahr 2009 ("Große Rezession") von 44 Industrieländern kann am besten in einer Querschnittsregression erklärt werden durch die Leistungsbilanzentwicklung zuvor (1999-2007) sowie Dummy-Variable für die EU-Mitgliedschaft (negativ) und für die Mitgliedschaft im Euro-Raum (positiv).

Die "Große Rezession" 2009 war sicherlich ursächlich keine durch die EU ausgelöste Krise, sondern schwappte von den USA (Lehman-Pleite) auf Europa herüber. Sehr wohl könnte aber die Fehlkonstruktion des Euro-Raumes daran Schuld tragen. Durch die Notwendigkeit, in der Währungsunion einen einheitlichen Zinssatz zu haben, wurden die Peripheriestaaten, die zuvor höhere Zinssätze als etwa Deutschland und Österreich hatten, begünstigt (Starke Zinssatzsenkung – "Zinsbonus"). Da sich die EZB bei der Zinssatzfestlegung am niedrigen Ausgangszinssatz Deutschlands orientiert hatte, kam es zu Fehlallokationen in den Peripheriestaaten. Durch die plötzlich niedrigen Zinssätze wurde künstlich ein Immobilienboom (Anstieg der privaten Verschuldung – vor allem in Irland und Spanien) ausgelöst und schuldenfinanzierte Staatsausgaben begünstigt (sehr ausgeprägt in Griechenland und Italien, weniger in Portugal). Diese Krisenstory für das Jahr 2009 scheint aber den obigen Regressionsergebnissen zu widersprechen, wonach sich die EU-Mitgliedschaft 2009 negativ und die Euro-Mitgliedschaft positiv auswirkte. Allerdings ist in den Peripheriestaaten, die ab 2010 wesentlich an der Auslösung der Euro-Krise beteiligt waren (Griechenland, Portugal, Spanien) das reale BIP im Jahr 2009 nur unterdurchschnittlich geschrumpft (auch in Frankreich), während der Rückgang in den großen EU-Ländern (Deutschland, Großbritannien und Italien) massiver war als im Durchschnitt von EU und Euro-Raum.

## **2. Österreichs Wirtschaft während der Krise**

Seit Ausbruch der Immobilien- und der folgenden Bankenkrise in den USA (verschärft und auf Europa übergesprungen nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers am 15. September 2008) erlebt insbesondere Europa eine Abfolge von Krisen: nach der Wirtschaftskrise 2009

("Großen Rezession") folgte – vor allem im Euro-Raum – eine Euro-Krise, die sich in Staatsschuldenkrisen der Peripheriestaaten der EU und auch in Banken Krisen manifestiert. Die "Großen Rezession" brachte in den meisten Industriestaaten 2009 den tiefsten Einbruch des realen BIP seit dem Zweiten Weltkrieg bzw. seit der "Großen Depression" in den 1930er-Jahren (für Vergleiche siehe *Aiginger, 2010, Eichengreen – O'Rourke, 2012*). Eine noch weitere Verschlechterung der Rezession konnte durch massive keynesianische Konjunktur- und Bankenrettungspakete verhindert werden. Laut WIFO-Schätzungen (siehe *Breuss – Kaniovski – Schratzenstaller, 2009*) konnte dadurch der BIP-Einbruch in Österreich 2009 und 2010 kumuliert um rund 2 Prozentpunkte vermindert werden.

### **3. Krisenbewältigung in Österreich und anderswo**

Gemessen an den wichtigsten makroökonomischen Indikatoren (BIP, Arbeitslosigkeit, Budget, Staatsverschuldung, Inflation, Außenhandel, Wettbewerbsfähigkeit, Finanzmarktstabilität) hat Österreich die Krisen gut bewältigt (siehe Übersicht 3).

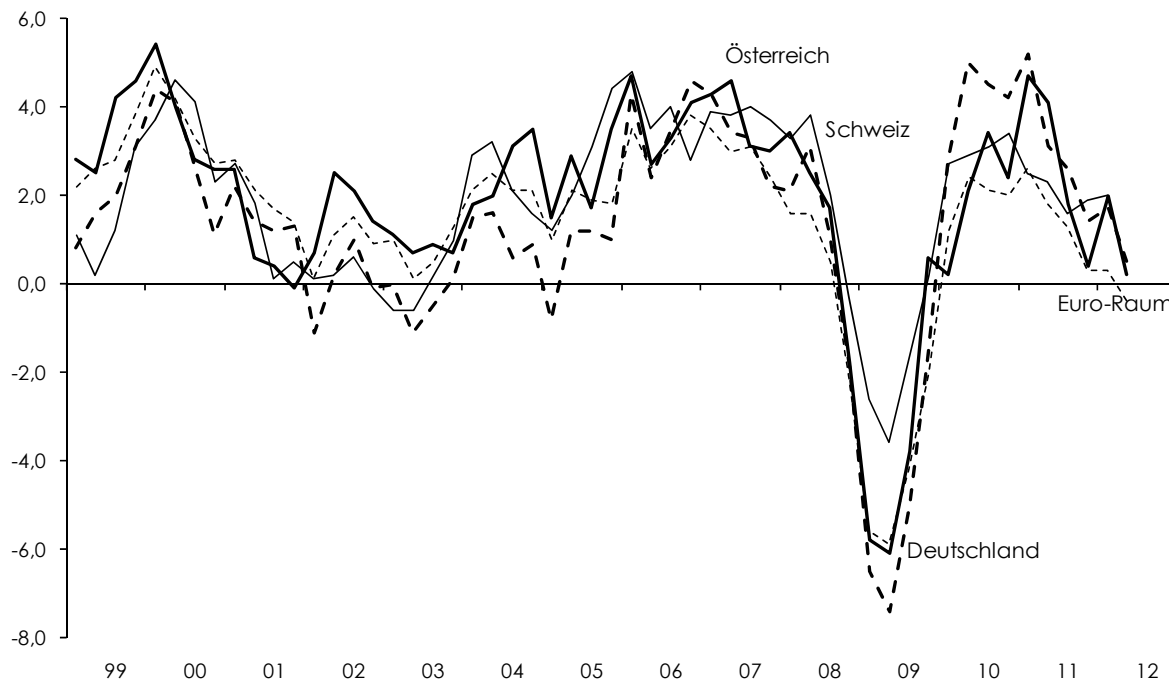
Das reale BIP ist zwar im Zuge der "Großen Rezession" 2009 stark eingebrochen, aber weniger stark als etwa in Deutschland oder im gesamten Euro-Raum (siehe Übersicht 3 und Abbildung 14). Lediglich die Schweiz hat die Rezession 2009 mit einem noch geringeren Wachstumseinbruch als Österreich überstanden (siehe Abbildung 14). Einer der Gründe liegt auch darin, dass die Schweizer Exporte viel stärker auf die dynamischen Weltregionen ausgerichtet sind als Österreich mit seiner hohen "Europakonzentration", das war gerade in der Krise hilfreich war (siehe *Nauschnigg, 2011, Fuentes – Ramskogler – Silgoner, 2011*).

### Übersicht 3: Makroökonomische Performance

	1998/ 2007 <sup>1)</sup>	Österreich					
		2008	2009	2010	2011	2012	2013
Veränderung gegen das Vorjahr in %							
BIP, real	+ 2,6	+ 1,4	- 3,8	+ 2,1	+ 2,7	+ 0,6	+ 1,3
Privater Konsum, real	+ 1,7	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9
Öffentlicher Konsum, real	+ 1,4	+ 4,1	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	± 0,0
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 1,2	+ 0,7	- 7,8	+ 0,8	+ 7,3	+ 1,1	+ 2,0
Inländische Verwendung, real	+ 1,8	+ 0,6	- 1,8	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,2	+ 0,8
BIP pro Kopf, real	+ 2,1	+ 1,0	- 4,1	+ 1,8	+ 2,3	+ 0,2	+ 0,9
Realer Wechselkurs, Lohnstückkosten relativ geg. 31 Ländern	- 0,7	+ 0,5	+ 1,9	- 2,2	+ 0,2	+ 0,2	- 0,4
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, real	+ 2,1	+ 0,9	- 1,7	- 0,3	- 0,3	+ 0,6	+ 1,1
In %							
Output-Gap (BIP-PO) in % des PO	0,4	1,9	- 3,0	- 1,8	- 0,1	- 0,6	- 0,3
Inflationsrate (HVPI)	1,7	3,2	0,4	1,7	3,6	2,4	1,9
Arbeitslosenquote (in %)	4,3	3,8	4,8	4,4	4,2	4,5	4,8
Handelsbilanz (in % des BIP)	- 0,7	- 0,2	- 0,9	- 1,1	- 2,3	- 2,1	- 2,2
Leistungsbilanz (in % des BIP)	1,3	4,9	2,7	3,0	2,0	2,4	2,7
Zinssatz, kurzfristig in %	3,2	4,6	1,2	0,8	1,4	0,9	1,0
Zinssatz, langfristig in %	4,5	4,4	3,9	3,2	3,3	2,5	2,5
Budgetsaldo (in % des BIP)	- 1,6	- 0,9	- 4,1	- 4,5	- 2,6	- 2,9	- 2,3
Staatsschuld (in % des BIP)	64,8	63,8	69,5	71,9	72,2	74,2	74,3
	1998/ 2007 <sup>1)</sup>	Euro-Raum					
		2008	2009	2010	2011	2012	2013
Veränderung gegen das Vorjahr in %							
BIP, real	+ 2,3	+ 0,4	- 4,3	+ 1,9	+ 1,5	- 0,3	+ 1,0
Privater Konsum, real	+ 2,0	+ 0,4	- 1,3	+ 0,9	+ 0,2	- 0,7	+ 0,5
Öffentlicher Konsum, real	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,5	+ 0,5	+ 0,0	- 0,8	- 0,1
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 3,0	- 1,1	- 12,1	- 0,5	+ 1,3	- 1,5	+ 1,9
Inländische Verwendung, real	+ 2,2	+ 0,3	- 3,8	+ 1,2	+ 0,6	- 1,1	+ 0,7
BIP pro Kopf, real	+ 1,7	- 0,2	- 4,7	+ 1,6	+ 1,2	- 0,6	+ 0,8
Realer Wechselkurs, Lohnstückkosten relativ geg. 31 Ländern	+ 0,3	+ 3,2	+ 4,1	- 7,3	+ 0,2	- 3,0	- 0,9
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, real	+ 1,7	+ 0,5	- 0,1	- 0,7			
In %							
Output-Gap (BIP-PO) in % des PO	1,0	1,5	- 3,6	- 2,4	- 1,7	- 2,6	- 2,2
Inflationsrate (HVPI)	2,1	3,3	0,3	1,6	2,7	2,4	1,8
Arbeitslosenquote (in %)	8,7	7,6	9,6	10,1	10,2	11,0	11,0
Handelsbilanz (in % des BIP)	1,3	0,1	0,6	0,5	0,4		
Leistungsbilanz (in % des BIP)	0,3	- 0,7	0,1	0,4	0,4	1,1	1,5
Zinssatz, kurzfristig in %	3,3	4,6	1,2	0,8	1,4		
Zinssatz, langfristig in %	4,4	4,3	3,8	3,6	4,4		
Budgetsaldo (in % des BIP)	- 1,9	- 2,1	- 6,4	- 6,2	- 4,1	- 3,2	- 2,9
Staatsschuld (in % des BIP)	69,0	70,1	79,9	85,6	88,0	91,8	92,6

Q: Europäische Kommission, Frühjahrsprognose 2012, WIFO, Juni-Prognose. – <sup>1)</sup> Durchschnittliche jährliche Veränderung in % pro Jahr.

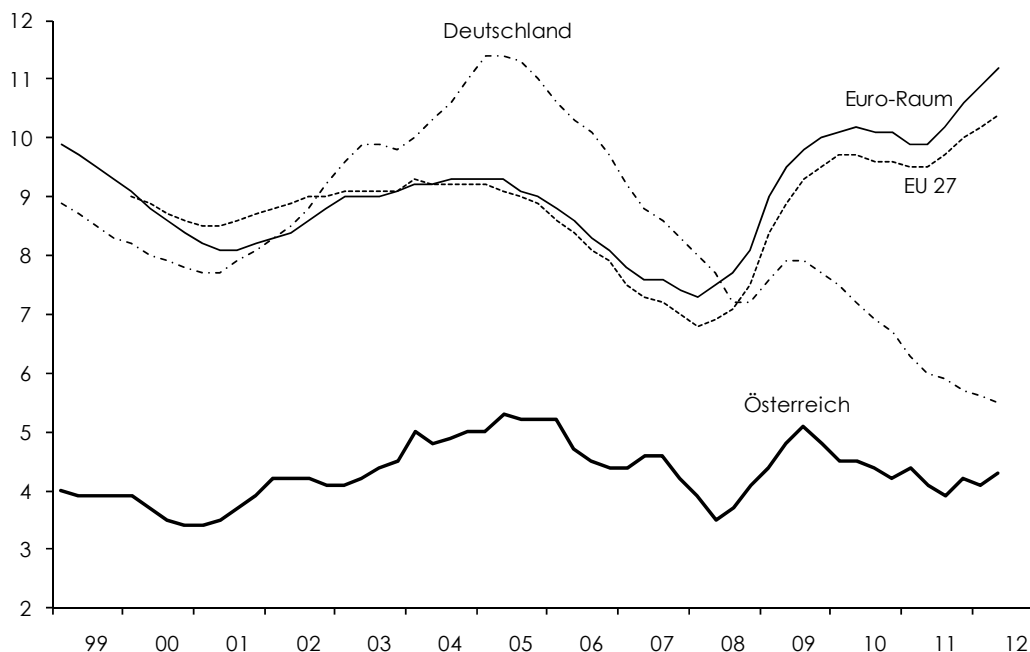
Abbildung 14: Krisenhafte Wirtschaftsentwicklung nach zehn Jahren Stabilität im Euro-Raum  
BIP, real; Veränderung gegen das Vorjahresquartal in %



Q: Eurostat, WIFO. Tiefpunkte in "Großer Rezession": Deutschland (II. Quartal 2009 -7,4%), Euro-Raum (II. Quartal 2009 -5,9%), Österreich (II. Quartal 2009 -6,1%), Schweiz (II. Quartal 2009 -3,6%).

Der Arbeitsmarkt war in Österreich von der "Großen Rezession" kaum betroffen. Durch das Instrument der "Kurzarbeit" konnten Beschäftigte vorübergehend in den Betrieben gehalten und nach Überwindung der Krise wieder voll beschäftigt werden. Österreich weist derzeit die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU auf (siehe Abbildung 15).

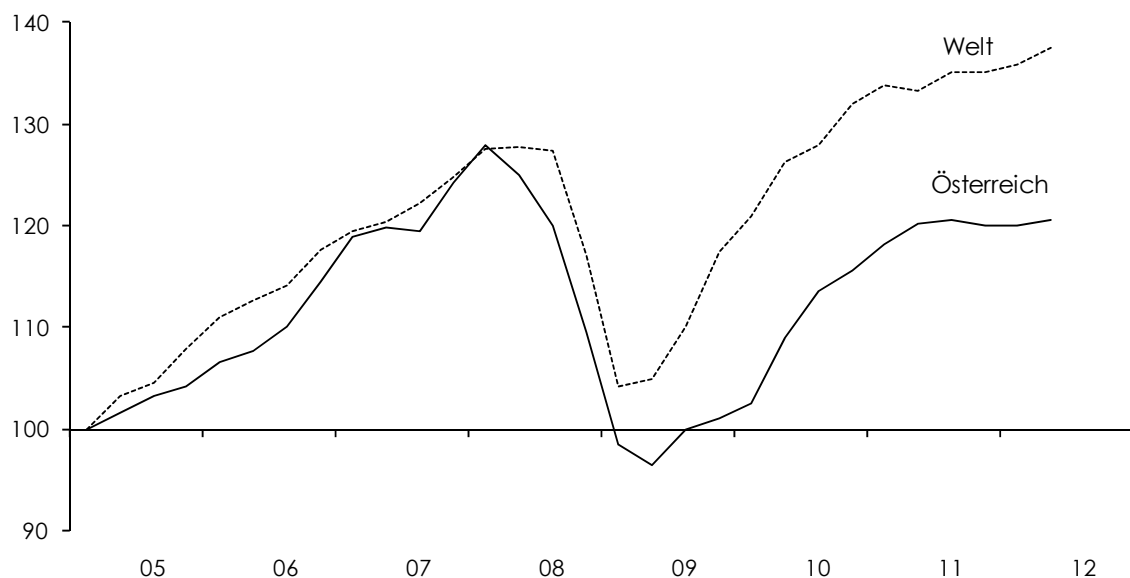
Abbildung 15: Entwicklung der Arbeitslosenquote in der EU  
In % der Erwerbspersonen



Q: Eurostat.

Österreich konnte sich dem Einbruch des Welthandels nicht entziehen. Die Ausfuhrdynamik vor der "Großen Rezession" 2009 verlief sehr ähnlich jener des Welthandels, auch der Einbruch war vergleichbar, jedoch tiefer. In der Erholung nach 2009 hinkt die österreichische Exportwirtschaft deutlich hinter jener des Welthandels nach (siehe Abbildung 16). Hauptgrund ist die hohe "Europakonzentration", die die Wachstumspotentiale in den schnell wachsenden Ländern Asiens nicht voll zu nutzen erlaubt.

Abbildung 16: Österreichs Exportdynamik hinkt jener der Welt nach  
Exporte, real s.b., I. Quartal 2005 = 100



Q: CPB, WIFO.

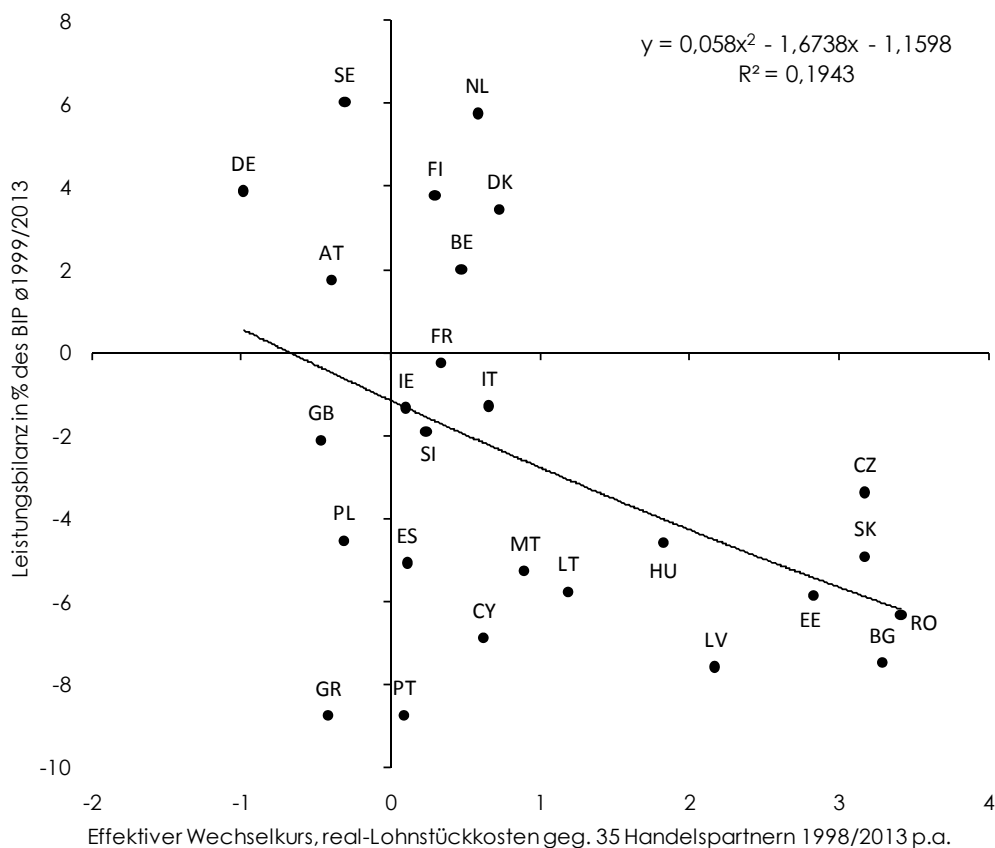
Österreich konnte - zusammen mit Deutschland - gemessen an den relativen Lohnstückkosten (realer Wechselkurs) seine Wettbewerbsfähigkeit durch die Einführung des Euro stark verbessern. Der zuvor von den "Weichwährungsändern" durch permanente Abwertungen ausgelöste Aufwertungsdruck hat seit Einführung des Euro nachgelassen und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Österreichs nicht nur im Euro-Raum, sondern auch im Handel mit Drittstaaten deutlich gesteigert. Letztlich spiegelt sich die unterschiedliche Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit (stark in Deutschland und Österreich, schwach in den Peripheriestaaten des Euro-Raumes) bzw. ihr zunehmendes Auseinanderdriften in den Ungleichgewichten des Außenhandels, also in der Entwicklung der Leistungsbilanzen.

Abbildung 17 dokumentiert diesen (negativen) Zusammenhang zwischen Entwicklung der relativen Preise und Leistungsbilanzentwicklung. Natürlich spielt in der Nachfrage nach Nettoexporten neben relativen Preisen (Wechselkursen) auch die Einkommensdynamik des Auslandes eine wichtige Rolle<sup>7)</sup>.

---

<sup>7)</sup> Analysen zur jüngsten Außenhandelsentwicklung in Österreich, siehe Gnan - Kronberger (2012) und Reinstaller - Sieber (2012).

Abbildung 17: Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsbilanz



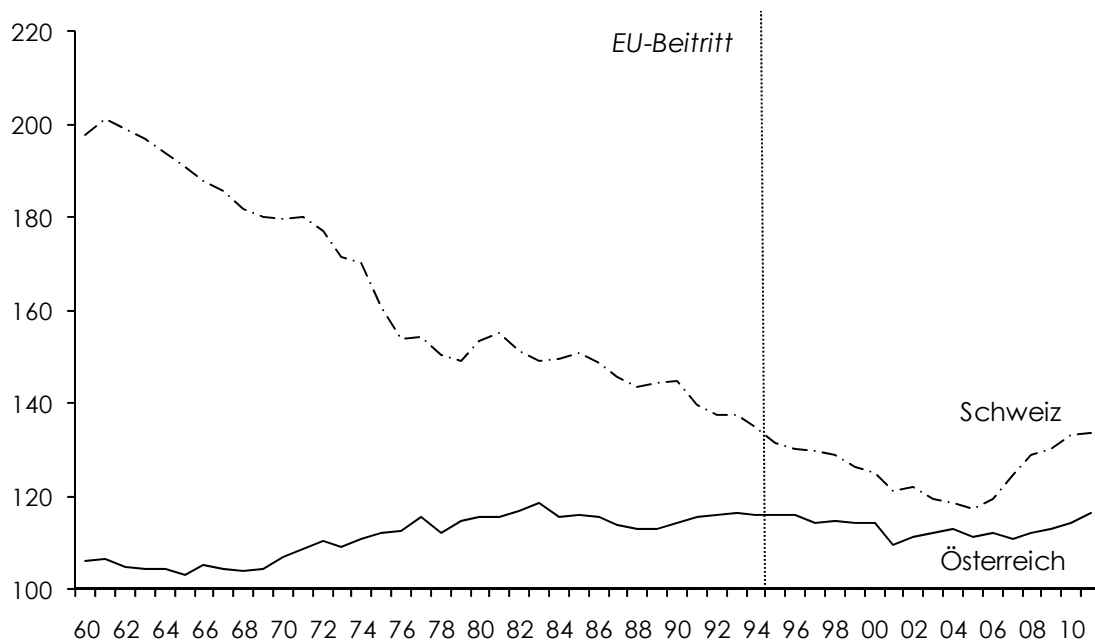
Q: Europäische Kommission, IMF, eigene Berechnungen.

### 3.1 Ist die Schweiz ein Vorbild für Krisenbewältigung?

Die Schweiz bietet sich ganz selbstverständlich als Vergleichsland für Österreich an. Welches kleine Land hat sich innerhalb bzw. außerhalb der EU besser entwickelt bzw. wie steht es mit der Krisenbewältigung seit der GFC 2008/09.

Die Schweiz lehnte im Dezember 1992 in einem Referendum das EWR-Abkommen als einziges EFTA-Land ab. Es musste den integrativen Inhalt des EWR in mühsamen Verhandlungen mit zwei bilateralen Abkommen mit der EU nachholen (siehe Breuss, 2007B). Die bilateralen Verträge traten – schrittweise – erst rund 10 Jahre später als das EWR-Abkommen in Kraft. Erst seit 2004/05 hat die Schweiz den integrationspolitischen Grad der anderen EFTA-Länder (Island, Liechtenstein und Norwegen), die bereits seit 1994 im EWR integriert sind, erreicht. Dagegen ist Österreich seit 1995 Vollmitglied der EU und nimmt damit am Binnenmarkt teil. Zusätzlich nimmt Österreich seit 1999 an der WWU teil und führte 2002 den Euro als Zahlungsmittel ein. Die Schweiz musste im Zuge der bilateralen Abkommen auch für den Zugang zur erweiterten EU 27 einmalig Beiträge ins EU-Budget leisten (siehe Breuss, 2007B), ist aber nicht so wie das EU-Mitglied Österreich regelmäßiger Nettozahler in den EU-Haushalt.

Abbildung 18: BIP pro Kopf in KKS  
EU 15 = 100



Q: Europäische Kommission.

Die Schweiz bewältigte die GFC 2008/09 und die folgende Große Rezession 2009 besser als das EU-Mitglied Österreich (siehe Abbildung 14). Das hat aber weniger mit der Nicht-Mitgliedschaft zu tun, sondern ist Resultat von generell breiter gestreuten Außenhandelsbeziehungen (größerer Exportradius) als Österreich, sie war damit gerade im Rezessionsjahr 2009 besser vor negativen Außenhandelseinflüssen geschützt als Österreich. Die Schweiz exportiert nach Europa "nur" 63%, während die Europakonzentration Österreichs 83% beträgt (davon EU 27 71%; Schweiz 60%). Auf den rasch wachsenden und von der Rezession 2009 kaum betroffenen Ländern Asiens ist die Schweiz mit einem Exportanteil von 20%, Österreich mit 9% vertreten. Der Exportanteil nach Amerika liegt bei der Schweiz mit 14% auch höher als jener Österreichs (7%; siehe Breuss, 2011A). Auch die modernere Güterstruktur der Schweiz federte die Krise besser ab als die österreichische.

Die Schweiz löste auch – obwohl deren Banken international agierende Großbanken sind (UBS, Credit Swiss) – die Bankenkrise besser als Österreich (siehe dazu Fuentes – Ramskogler – Silgoner, 2011, Nauschnigg, 2011).

Insgesamt zeigt aber ein Vergleich der Wirtschaftsentwicklung beider Länder (siehe Abbildung 18 und Abbildung G.1 im Anhang), dass Österreich ein höheres Wirtschaftswachstum (auch pro Kopf) erzielen konnte als die Schweiz.



### 3.2 Kollateralschäden der Euro-Krise in der Schweiz

Der Schweizer Franken (CHF) hat sich seit Beginn der WWU 1999 relativ stabil zum Euro (EUR) entwickelt (siehe Abbildung 19). Von 1999 bis zum Höhepunkt im Oktober 2007 betrug die durchschnittliche Abwertung des CHF gegenüber dem EUR 3,9%. Die sich abzeichnende GFC, die bereits im Sommer mit den Kurseinbrüchen an den internationalen Aktienmärkten im Sommer 2007 begann und mit der Lehman-Pleite im September 2008 an Brisanz gewann, hat – wie immer in Krisenzeiten – die Schweiz als "Safe haven" für Fluchtkapital aus allen Teilen der Welt (im Zuge der sich entwickelnden Euro-Krise ab Anfang 2010 zunehmend auch aus den Peripheriestaaten des Euro-Raumes) so attraktiv gemacht, dass der Schweizer Franken um 37,5% aufwertete (siehe Abbildung 19).

Eine weitere Aufwertung hätte die Schweizer Exportwirtschaft nur schwer verkraften können. Daher entschloss sich die Schweizerische Nationalbank (SNB) am 6. September 2011 dazu, mit einer Festlegung eines Mindestkurses von 1,20 Franken je Euro den Aufwertungsdruck zu stoppen. Das gelang auch bisher sehr gut (siehe Abbildung 19). Nach der Ankündigung der EZB vom 6. September 2012, ein neues Anleiheprogramm aufzulegen, erholte sich der EUR gegenüber dem USD und dem CHF. Letzterer stieg auf 1,21 per EUR.

Die Kosten für die Intervention zur Stabilisierung dieses Mindestkurses sind aber beträchtlich. Zur Verteidigung der Wechselkursuntergrenze musste die SNB am Devisenmarkt massiv intervenieren. Wie aus den jüngsten IMF-Statistiken<sup>8)</sup> über die Entwicklung der Währungsreserven hervorgeht, hat die Schweiz seit Beginn der Franken-Verteidigung durch die SNB ihre offiziellen Währungsreserven (inklusive Gold) um 50% auf 467,4 Mrd. CHF (Stand Juli 2012) erhöht. Ende Juni waren 60% davon in Euro denominated, 22% in US-Dollar, 8% in britischen Pfund und die restlichen 10% in anderen Währungen (siehe *Neue Zürcher Zeitung*, 8. August 2012, S. 29). Die aufgewendeten Währungsreserven zur Verteidigung des 1,20 CHF/EUR-Kurses schwankten monatlich, betragen aber im Mai 2012 68 Mrd. CHF, im Juni 59 Mrd., im Juli 44 Mrd. und im August nur 10 Mrd. Per Ende August 2012 beliefen sich die Währungsreserven neu auf 418 Mrd. CHF oder rund 70% des BIP (*Neue Zürcher Zeitung*, 8. September 2012, S. 27).

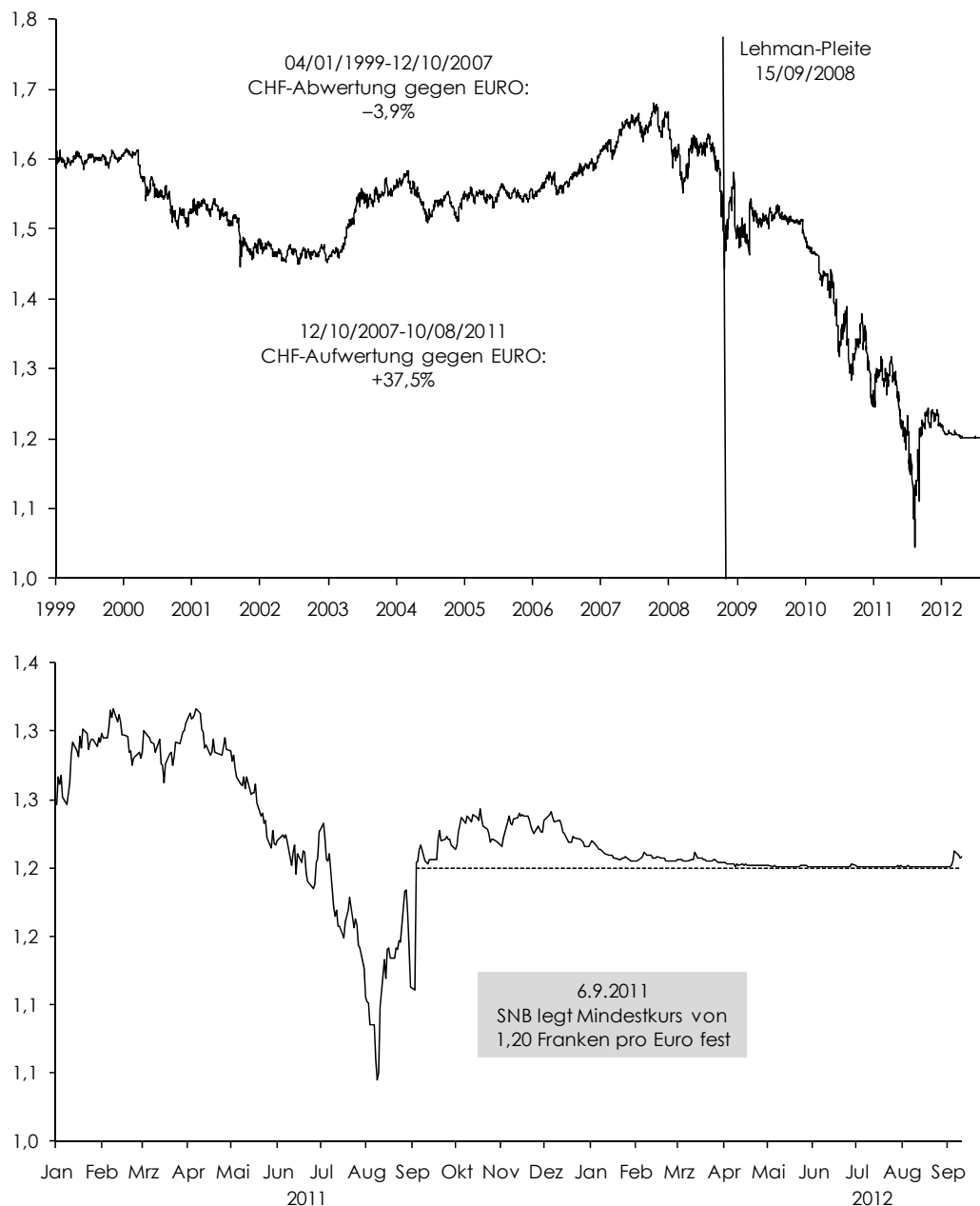
Im internationalen Vergleich gehören die Reserven der Schweiz damit in die Spitzengruppe und werden, gemessen am BIP (Schweiz 80%), nur noch von Hongkong (120% des BIP) und Singapur (97%) übertroffen. Nach der Schweiz folgen China mit rund 41% ihres BIP und Russland mit rund 23% des BIP. Der Euro-Raum folgt erst weit hinten mit Währungsreserven von rund 7% ihres BIP. Die USA liegen mit rund 1% weit dahinter (Österreich rund 6% des BIP). In absoluten Größen liegt die Schweiz (IMF-Daten von Ende Juni 2012 bzw. Juli 2012) mit 446 Mrd. USD nach China (3.205 Mrd. USD), Japan (1.273 Mrd. USD) und Russland

---

<sup>8)</sup> Siehe IMF-Webseite über "Data Template on International Reserves and Foreign Currency Liquidity": <http://www.imf.org/external/np/sta/ir/IRProcessWeb/topic.aspx>.

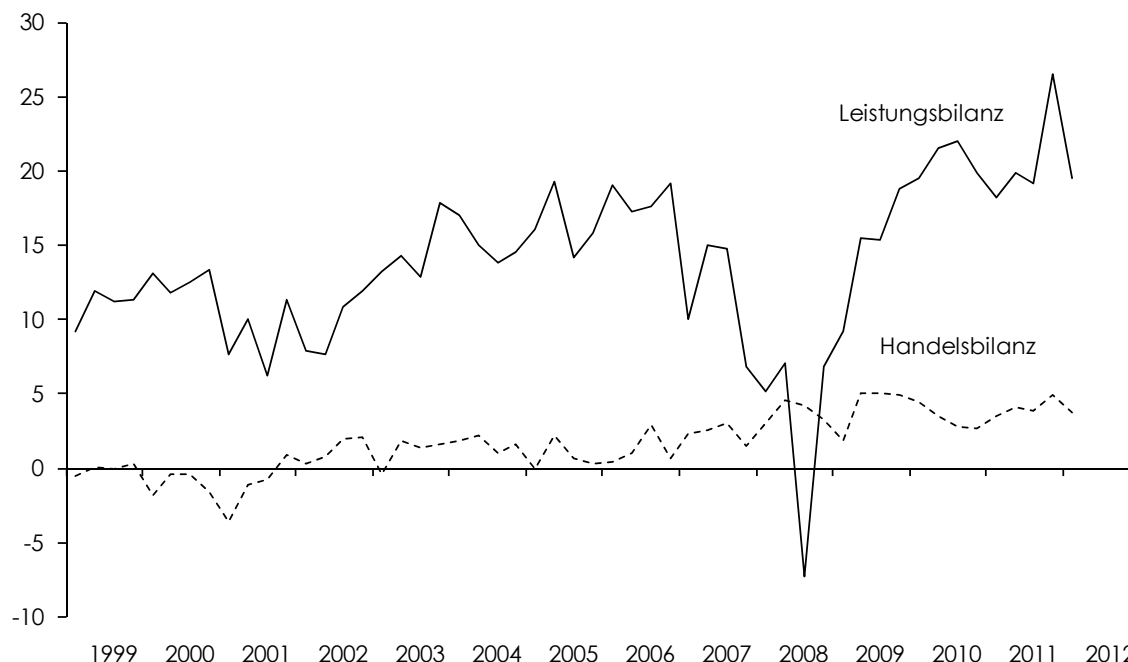
(514 Mrd. USD) an vierter Stelle. Der Euro-Raum weist per Ende Juni 2012 laut IMF 863 Mrd. USD aus, die USA nur 147 Mrd. USD, Österreich 25,6 Mrd. USD.

Abbildung 19: Aufwertungsdruck des Schweizer Franken in der Euro-Krise  
CHF je EUR



Q: EZB. Anstieg (Sinken) bedeutet Abwertung (Aufwertung) des CHF.

Abbildung 20: Auswirkungen auf die schweizerische Leistungsbilanz  
Mrd. CHF



Q: Schweizerische Nationalbank (SNB).

Die starke Franken-Aufwertung seit Herbst 2007 hat der schweizerischen Exportindustrie massiv zugesetzt, dies schlug sich auch in einer deutlichen Verschlechterung der Leistungs- und Handelsbilanz nieder. Der Hauptgrund der Verschlechterung war aber der Einbruch des Welt-handels im Zuge der GFC 2009. Seither haben sich die beiden Bilanzen wieder stabilisiert, die Leistungsbilanz hat sich sogar deutlich verbessert.

- Die Risiken, die die SNB mit der Festlegung des Mindestkurses für den Schweizer Franken eingegangen ist, sind vielfältig und werden von Schweizer Experten ausführlich diskutiert (siehe *Loderer – Wälchli – Bretscher, 2012*). Sie reichen von einer Aufblähung der Geldmenge mit der folgenden Inflationsgefahr bis zum Druck auf den Aktienkurs der SNB, wenn die gehaltenen Euros in Folge eines möglichen Auseinanderbrechens des Euro-Raumes oder einer Verkleinerung mit Verlusten umgetauscht werden müssen.

Das Halten des Mindestkurses von 1,20 Franken pro Euro ist noch lange möglich. Das heißt aber auch, dass der Franken – ähnlich wie andere "Schattenmitglieder" des Euro wie z. B. die dänische Krone – nunmehr an die Entwicklung des Euro gekoppelt bleibt und mit ihm vis-à-vis den anderen Weltwährungen mit schwanken wird.

#### 4. Wäre Österreich ohne EU und Euro besser gefahren?

Österreich hatte, nachdem die EG 1985 die Schaffung des Binnenmarktes proklamierte, auf Grund seiner großen Abhängigkeit vom EG-Markt und der im Vergleich zur Schweiz geringen

Zahl an multinational agierenden Unternehmen kaum eine andere Wahl, als am Binnenmarkt möglichst rasch als Vollmitglied der EG zu partizipieren. Die Alternative wäre eine ständige Diskriminierung auf dem wichtigsten Absatzmarkt gewesen. Zwar gab es als EFTA-Mitglied den zollfreien Zugang zum EG-Markt durch die Freihandelsabkommen EG-EFTA, doch wären viele Elemente davon ausgenommen (Agrarmarkt) gewesen und Hürden verblieben (Grenzkontrollen, keine Zollunion).

Übersicht 4: Vor- und Nachteile einer Nichtmitgliedschaft in der EU und im Euro-Raum  
Qualitative Einschätzung im Überblick

<b>Nicht-EU</b>	
<i>Status</i>	<i>EWR-Status als EFTA-Land;</i> (oder bilaterale Abkommen als Ersatz wie die Schweiz mit EU) <ul style="list-style-type: none"> <li>• <math>\frac{3}{4}</math> Binnenmarkt <i>acquis communautaire</i></li> <li>• Grenzkontrollen, weil keine Zollunion (Freihandelsstatus 1973)</li> <li>• keine EU-Regionalpolitik</li> <li>• keine GAP (bilaterale Produktquoten mit EU)</li> </ul>
<i>Vorteile</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kein Nettozahler in den EU-Haushalt</li> <li>• Überwindung der hohen "Europakonzentration" und Zwang zur Ausweitung auf schnell wachsende asiatische Märkte (größerer Exportradius, ähnlich wie in der Schweiz)</li> </ul>
<i>Nachteile</i>	Eingeschränkter Binnenmarktzugang; <ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Zollunion mit der EU (nur Freihandelsabkommen 1973)</li> <li>• Entgang aller bisherigen "Binnenmarkteffekte"</li> <li>• Wegfall des Drucks interner Wettbewerbsreformen (geringerer Liberalisierungs- und Privatisierungsgrad)</li> <li>• Geringere Chancen auf dem erweiterten EU-Binnenmarkt in den neuen Mitgliedsländern Osteuropas (mangelnde Rechtssicherheit für FDI)</li> <li>• Im EWR – nur Nachvollzieher von voranschreitendem EU-Recht</li> </ul>
<b>Nicht-Euro-Raum</b>	
<i>Status</i>	<i>Eigene Währung (ATS) und größere wirtschaftspolitische Autonomie</i>
<i>Vorteile</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Abwertungsoption oder freiwillige Euro-Bindung (wie früher an die DM)</li> <li>• Eigenständigkeit in der Geld- und Fiskalpolitik (alle Bereiche außerhalb der EWR-Regelungen)</li> <li>• Keine Kosten für die diversen "Euro-Rettungspakete" (keine Teilnahme am EMS)</li> </ul>
<i>Nachteile</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufwertungsdruck durch "safe haven"-Effekt ähnlich (wenn auch nicht so stark) wie in der Schweiz</li> <li>• Abseitsstehen in der Europäischen Integration</li> <li>• Entgang aller bisherigen "Euro-Effekte"</li> </ul>

Diese Konstellation zwang Österreich praktisch in die EU. Die EU-Integration seit den 1990er-Jahren und die Teilnahme Österreichs haben einige wesentliche Marksteine aufzuweisen. Dabei voll integriert zu sein oder nicht macht den Unterschied aus. Einen Überblick über die Vor- und Nachteile einer Nicht-Mitgliedschaft Österreichs in EU und WWU gibt Übersicht 4.

Anhand der verschiedenen Integrationsphasen im Zuge der Vertiefung der europäischen Integration lässt sich ableiten, welche Optionen für Österreich vorteilhaft waren:

- *Ostöffnung* und folgende *EU-Erweiterung*: Österreich hätte davon als unmittelbarer Nachbar der ehemaligen MOEL auch ohne EU-Mitgliedschaft profitiert. Die Ausschöpfung aller Vorteile ergab sich für Österreich erst als EU-Mitglied erst durch die EU-Erweiterung. Erst sie führte zu Rechtssicherheit und Chancengleichheit durch die einheitlichen Binnenmarktregeln.
- Schaffung des *Binnenmarktes*: Dieses Projekt ist noch nicht voll abgeschlossen (z. B. im Dienstleistungsbereich). Es war als Antwort auf das befürchtete Zurückbleiben Europas gegenüber den USA und neuerdings auch gegenüber den aufstrebenden Wirtschaftsmächten in Asien (China, Indien) gedacht. Europa sollte seine Wachstumspotentiale durch Liberalisierungen der europäischen Märkte endlich freilegen. Es wäre eine Illusion, zu glauben, dass eine Nichtteilnahme an diesem Projekt für ein kleines, vom europäischen Markt stark abhängiges Land wie Österreich von Vorteil wäre. Auch nicht in der Krise.
- Vertiefung der Integration durch Schaffung einer *WWU* mit einer Einheitswährung (*Euro*): Das Euro-Projekt ist durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise (GFC) 2008/09 und die folgenden Krisen (Wirtschaftskrise, Staatsschuldenkrise, Bankenkrise und Euro-Krise) in Verruf geraten. Auch die Akzeptanz der EU-Mitgliedschaft in der Bevölkerung hat darunter gelitten (siehe Kasten XI: Zunehmende EU-Skepsis). Die Konstruktionsschwächen wurden offenbar. Jetzt werden diese Lücken (notdürftig) repariert. Eine Nichtteilnahme am Euro-Projekt hätte budgetäre Vorteile (man müsste nicht an den Rettungsaktionen teilnehmen), könnte sich aber leicht nachteilig auswirken, wenn man (wie z. B. die Schweiz) zu einem "sicheren Hafen" für vazierendes Finanzkapital in Zeiten großer Unsicherheit wird.

Ein abschließendes Urteil lässt sich sicherlich nicht leicht und eindeutig fällen: Doch aus den bisher entstandenen bzw. geschätzten Integrationseffekten für Österreich kann man – in Kombination mit einer Diskussion der Hintergründe und ökonomischen Implikationen der jeweiligen Integrationsschritte – den Schluss ziehen, dass die Teilnahme am europäischen Integrationsprojekt sowohl aus ökonomischen, aber auch aus politischen Gründen für Österreich mehr Vor- als Nachteile brachte und bringen wird.

### *Kasten XI: Zunehmende EU-Skepsis in der Bevölkerung*

Eine Institution der Europäischen Kommission erhebt regelmäßig die Stimmung der Bevölkerung in den EU-Mitgliedsländern zu diversen Fragen der europäischen Integration (*Eurobarometer*<sup>1</sup>). Gibt es Krisen, sinkt die Stimmung regelmäßig, so auch nach der "Großen Rezession" 2009 und insbesondere seit Ausbruch der Euro-Krise Anfang 2010.

Im Folgenden wird nur die Entwicklung der Antworten auf die Frage "Hat Ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert oder eher nicht?" seit dem EU-Beitritt 1995 beleuchtet. Prinzipiell hat die Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft mehr Vorteile brachte, stetig – wenn auch schwankend – zugenommen (siehe Abbildung XI.1). Seit der Euro-Krise glaubt allerdings die österreichische Bevölkerung, dass die Nachteile die Vorteile überwiegen<sup>2</sup>).

In Deutschland, das zu den Gründungsmitgliedern der EU gehört, hat die Meinung, dass die Vorteile der EU-Mitgliedschaft überwiegen seit 1995 noch stärker zugenommen als in Österreich (siehe Abbildung XI.2). Allerdings ist die Einschätzung, ob die EU vorteilhaft ist oder eher nicht, seit 2009 drastisch anders verlaufen als in Österreich. In der "Großen Rezession" 2009 schätzten die Deutschen, dass es vorteilhafter sei, EU-Mitglied zu sein: die Antworten mit "Vorteilen" nahmen zu, jene mit "Nachteilen" stark ab. Erst seit Ausbruch der Euro-Krise konvergieren beide Antworten stark. D. h. die Vorteile nehmen ab, die Nachteile zu (siehe Abbildung XI.3).

Die "Österreichische Gesellschaft für Euro-Politik (ÖGfE; siehe <http://www.oegfe.at/>) führt regelmäßig Befragungen über die Stimmung unter der österreichischen Bevölkerung zu diversen EU-Fragen durch. Im Dezember 2011 wurden durch die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS) im Auftrag der ÖGfE 507 Personen telefonisch über "10 Jahre Euro-Bargeld" und die Zukunft des Euro befragt<sup>3</sup>).

#### **10 Jahre Euro-Bargeld**

Danach ziehen die Österreicher angesichts der anhaltenden Euro-Krise eine nüchterne Bilanz: Eine Mehrheit sieht zwar für unser Land mehr Vor- als Nachteile durch die Euro-Mitgliedschaft, allerdings sinkt das Vertrauen in die gemeinsame Währung. Über zwei Drittel (68%) der Österreicher sind sich sicher, dass der Euro langfristig "auf jeden Fall/eher schon" Bestand haben wird. 29% sind sich unsicher ("eher nicht/sicher nicht").

#### *Vertrauen rückläufig*

40% der Befragten geben an, "sehr großes bzw. großes" Vertrauen in den Euro zu haben. "Sehr geringes bzw. gar kein" Vertrauen in die Gemeinschaftswährung haben 25% (33% nehmen eine mittlere Position zwischen diesen beiden Extremen ein). Das bedeutet einen Rückgang des Euro-Vertrauens von 7 Prozentpunkten gegenüber der letzten Stichprobe vom Juni 2011. Die Zahl jener, die dem Euro gar nicht vertrauen, bleibt aber auf niedrigem Niveau.

#### *Etwas mehr Vor- als Nachteile:*

39% der Befragten meinen, dass der Euro für Österreich "eher mehr Vorteile" bringt. 31% sehen die Nachteile überwiegen (21% sind unentschieden).

#### *"Euro als Teuro"*

Die Einführung des Euro wird immer noch mehrheitlich für die Teuerung in Österreich verantwortlich gemacht (der "Euro als Teuro"). Lediglich 13% der befragten Österreicher meinen,

dass sich die Einführung des Euro in den letzten 10 Jahren positiv auf die Entwicklung der Inflation ausgewirkt hat. 59% sind gegenteiliger Ansicht.

Unter den Preistreibern der letzten 10 Jahre nennen die Österreicher "steigende Rohstoffpreise wie Erdöl oder Benzin" (63%), die "Einführung des Euro" (43%), "Steuern- und Gebührenerhöhungen" (39%) und die "Folgen von Klimakatastrophen wie Dürren und Ernteaufälle" (23%).

#### Schilling-Nostalgie

21% der Befragten (mehr Ältere als Jüngere) geben an, "immer" in Schilling umzurechnen. 40% tun dies nur mehr bei "größeren Ausgaben", 37% rechnen gar nicht mehr um.

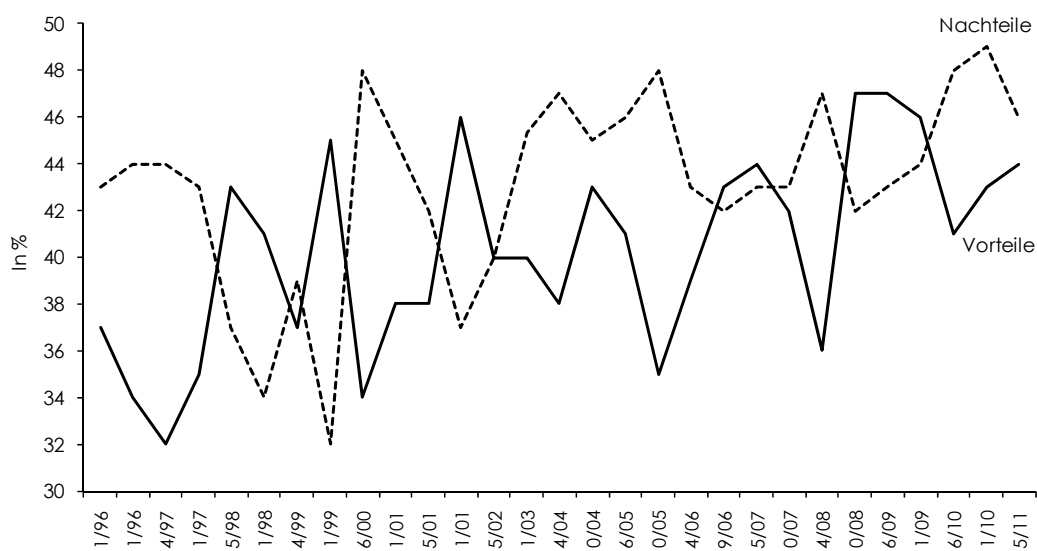
#### EU-Austritt?

Trotz der krisenbedingt großen EU-Skepsis der ÖsterreicherInnen wünschen derzeit aber lediglich 26% der Bevölkerung einen Austritt aus der EU. Zwei Drittel sind für einen Verbleib Österreichs in der EU. Das ergaben die jüngsten Umfragen der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) vom September 2012 (siehe: <http://www.oegfe.at>). Trotz krisenbedingten Schwankungen sind die Umfragewerte auf die Frage „Sollte Österreich, Ihrer Meinung nach, Mitglied der EU bleiben oder wieder austreten“ im langfristigen Mittel (1995-2012) stabil geblieben und mit 71% für einen Verbleib in der EU und nur 23% für einen Austritt sogar besser als die Startwerte anlässlich der Volksabstimmung zum EU-Beitritt am 12. Juni 1994: 66,6% pro EU-Beitritt, 33,4% dagegen.

1) Siehe: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm). – 2) Die jüngste Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass sich die Stimmung in Österreich die EU betreffend verbessert hat. Vor einem halben Jahr hatten lediglich 25% der Bevölkerung die EU als (sehr oder ziemlich) "positiv" bewertet. In der aktuellen Befragung vom Juni liegt der Wert bei 31%. 29% haben eine (sehr oder ziemlich) "negative" Einstellung zur EU; im November 2011 waren es noch 42% (Die Presse, 8. September 2012, S. 6). – 2) Siehe ÖGfE-Webseite: <http://www.oegfe.at>.

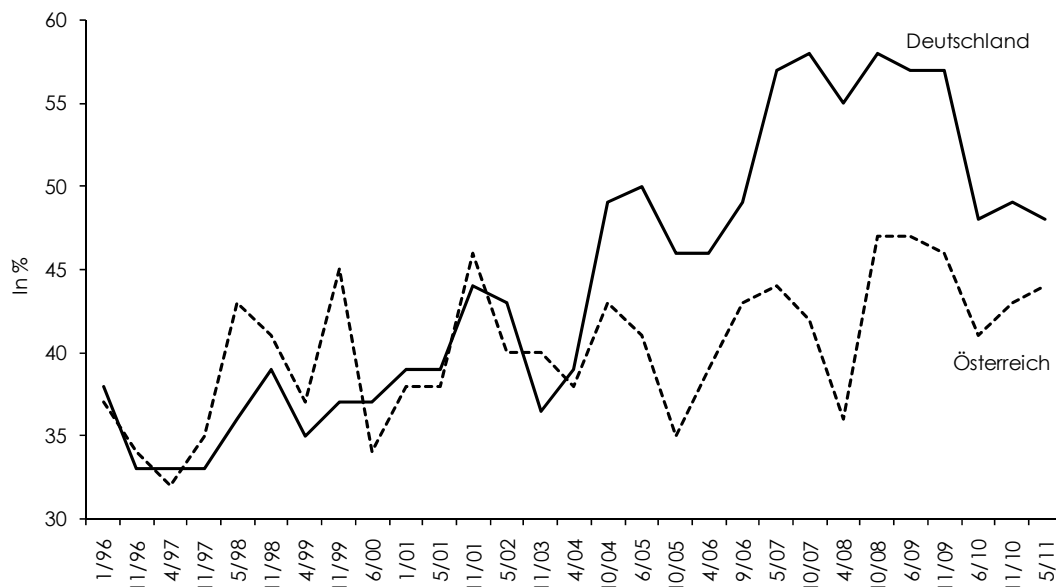
Abbildung XI.1: EU-Stimmung in der Bevölkerung Österreichs

Vorteile/Nachteile durch EU-Mitgliedschaft



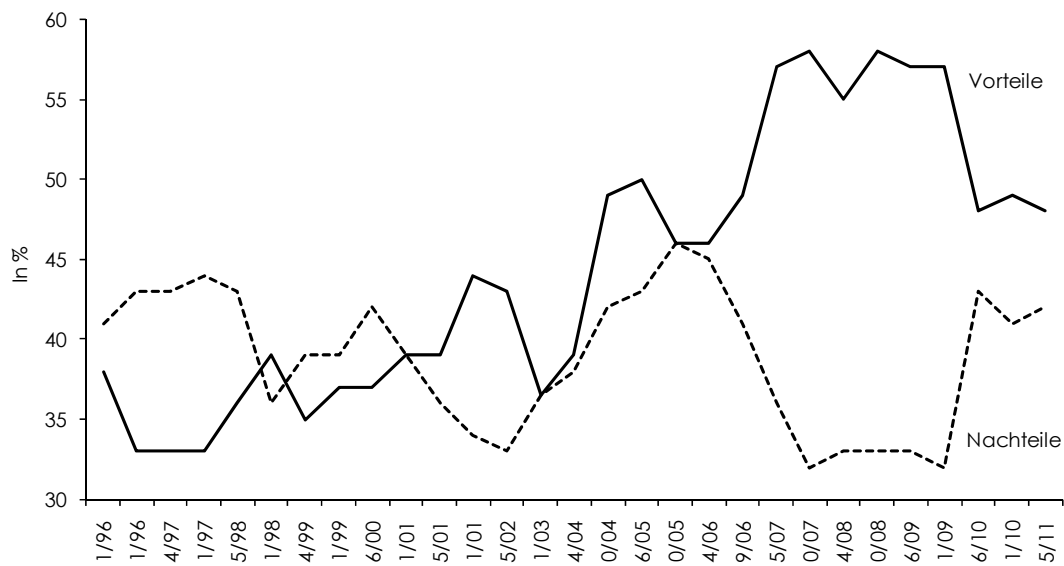
Q: Eurobarometer.

Abbildung XI.2: EU-Stimmung in der Bevölkerung Österreichs und Deutschlands  
 "Hat Ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert?"



Q: Eurobarometer.

Abbildung XI.3: EU-Stimmung in der Bevölkerung Deutschlands  
 Vorteile/Nachteile durch EU-Mitgliedschaft



Q: Eurobarometer.



## 5. Wie kommt Europa aus der Euro-Krise?

Europa – und insbesondere der Euro-Raum – steckt seit 2010 in einer Krise, vergleichbar mit der Asienkrise in den 1990er-Jahren. Es handelt sich vorwiegend um eine Staatsschuldenkrise in einigen Peripheriestaaten des Euro-Raumes und nicht um eine Krise des Euro. Seit Ausbruch der "Euro-Krise" pendelt der USD/EUR-Wechselkurs zwischen 1,20 und 1,50. Selbst eine Abwertung des Euro wäre für Europa keine Katastrophe, sondern in Zeiten schwächelnder Konjunktur sogar ein wichtiges "Konjunkturprogramm". Eine Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar um 10% würde das BIP-Wachstum im Euro-Raum um 0,3 Prozentpunkte stimulieren und jenes in Österreich sogar bis 0,6 Prozentpunkte (siehe *Breuss, 2010C*).

### 5.1 Ursachen der Euro-Krise

Die Euro-Krise, ausgebrochen Anfang 2010 nach der Überschuldung Griechenlands, ist eine Folge bereits vorgelagerter Krisen ("Große Rezession" 2009, ausgelöst in den USA durch die geplatze Immobilienblase und daraus folgende Bankenkrise (Lehman Brothers) und Schuldenkrise) und hat besonders im Euro-Raum die "Spreu vom Weizen" getrennt (siehe *Breuss, 2012B*). Der Schock legte die Strukturschwächen in den Peripheriestaaten (PIIGS – Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) – aber auch die Konstruktionsfehler des Euro-Raumes – schonungslos offen. Die mit dem Eintritt in den Euro-Raum vereinheitlichten Zinssätze (zentrale, einheitliche Geldpolitik für den gesamten Euro-Raum) auf das niedrige deutsche Niveau verführten die PIIGS zu Fehlallokationen (siehe auch *Körner – Zemanek, 2012*): privater Konsum und Staatsausgaben mit Schulden (besonders in Griechenland), einen Bauboom und ein überdehntes Bankenwachstum (in Irland und Spanien). Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch "interne Abwertungen" (d. h. eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik) wurde von den Mittelmeerländern vernachlässigt. Damit verschärfen sich die makroökonomischen Ungleichgewichte innerhalb des Euro-Raumes. Eine "natürliche" Spaltung des Euro-Raumes in Kern und Peripherie war die Folge. Die Finanzmärkte ("sie sind die beste Schuldenbremse", *Ackermann*) begannen mit der (lange erwarteten) Abstrafung überschuldeter Euro-Staaten mittels untragbar hoher Zinsspreads relativ zu Deutschland (siehe Abbildung G.3 im Anhang).

Die sogenannte Euro-Krise basiert also eigentlich auf zwei Ursachen, die aber überlappende Wirkung zeigen:

1. Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit
2. Untragbare Staatsverschuldung

Durch die unterschiedliche Dynamik der Länder des Euro-Raumes (hohes Wachstum im Süden, bescheidenes Wachstum im Norden) entstanden makroökonomische Ungleichgewichte (das Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit spiegelte sich in Ungleichgewichten der Leistungsbilanz; siehe *Breuss, 2011C, Ederer, 2010*). Die Spaltung in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen Kern und Peripherie des Euro-Raumes spiegelt sich auch im Global Competitiveness Index (GCI) 2012-2013, den das World Economic Forum (WEF, 2012) erstellt. Der GCI der Länder des Kern-Euro-Raumes rangiert von 3 (Finnland) bis 22 (Luxemburg; Niederlande 5,

Deutschland 6, Österreich 16, Frankreich 21), jener der Peripheriestaaten variiert von 27 (Irland) bis 96 (Griechenland; Italien 42, Spanien 36, Portugal 49). Auch die mit der EU-Erweiterung 2004 und 2007 erfolgte Neugestaltung der Finanzierung des EU-Haushalts (Umschichtung der Kohäsions- und Strukturfondsmittel von den alten Kohäsionsländern – Peripherieländer des Euro-Raumes – in die neuen "armen" EU-Mitgliedsländer im Osten) bewirkte eine Umschichtung der FDI-Ströme von den alten in die neuen Kohäsionsländer (siehe *Breuss – Egger – Pfaffermayr*, 2010) und kostete die alten Kohäsionsländern Wachstumsimpulse. Leider hat die Wachstumsinitiative der EU mit der Lissabon-Strategie, die 2010 gestartet wurde, nicht die gewünschten Resultate für das Wirtschaftswachstum bis 2010 gebracht, teilweise auch weil am Ende der Programmdekade die "Große Rezession" die Entwicklung stark dämpfte.

Dem Euro-Raum ist es aber auch nicht gelungen, eine Vorbedingung für das gute Funktionieren einer einheitlichen Geldpolitik zu erfüllen, nämlich die Generierung eines "Europäischen Konjunkturzyklus" oder eines "Euro-Raum-Konjunkturzyklus". Das Ausmaß der Synchronisation von Konjunkturzyklen bestimmt die Eignung von Staaten für eine gemeinsame Währung. War vor der GFC 2008/09 die Synchronisation im Euro-Raum schon nicht besonders hoch, so hat sie sich durch den Schock der GFC noch verringert. *Gächter – Riedl – Ritzberger-Grünwald* (2012) zeigen, dass seit Ende 2008 im Euro-Raum eine deutliche Desynchronisation der Konjunkturzyklen<sup>9)</sup> aufgetreten ist – ein deutliches Zeichen, dass sich die GFC auf die einzelnen Mitgliedsländer des Euro-Raumes asymmetrisch ausgewirkt hat. Diese Situation ist ein schlechtes Signal für eine krisengerechte einheitliche Geldpolitik der EZB.

Die Euro-Krise und die damit verbundene Unsicherheit haben zu einer Umkehr der Kapitalströme von Norden nach Süden geführt. Während in der Niedrigzinsphase seit Beginn der WWU Kapital vom reichen Norden in den armen Süden des Euro-Raumes floss – sei es in Form von Portfolio-Investitionen (zur Finanzierung der Staatsverschuldung), sei es in Form von Direktinvestitionen durch Beteiligung an oder Neugründungen von Unternehmen –, kommt es seit Beginn der Euro-Krise Anfang 2010 zu Kapitalabflüssen aus dem Süden (aus Griechenland, zuletzt auch aus Spanien) in Richtung Norden (sowohl nach Deutschland, Österreich aber auch in die Schweiz). Dieses Phänomen ist bekannt unter dem Begriff "sudden stop", den *Calvo* (1998) eingeführt hat. Es handelt sich um eine dramatische Umkehr der Kapitalströme. Was Auslöser von Emerging-Market-Krisen war – wie in Lateinamerika in den 1970er-Jahren und in der Asienkrise Ende der 1990er-Jahre –, macht nun den Krisenländern Europas zu schaffen. Mit ihrem Misstrauen gefährden die Kapitalflüchtigen den Zusammenhalt des Kontinents. Mit dem "sudden stop" verbunden sind zahlreiche makroökonomische Anpassungen: eine Verringerung des zuvor hohen Leistungsbilanzdefizits (weil dies nicht mehr durch Aus-

---

<sup>9)</sup> *Lehwald* (2013) konstruiert für den Euro-Raum einen gemeinsamen Faktor (Eurozonen-Zyklus) bestehend aus drei Konjunkturindikatoren (BIP-, Investitions- und Konsum-Wachstum). Die Gemeinsamkeiten der Zyklen der Länder der Kern-Eurogruppe nahmen mit dem Euro-Zyklus seit 1999 deutlich zu, während sie in den meisten Peripheriestaaten abnahmen. Das dokumentiert das Fehlen eines gemeinsamen Eurozonen-Konjunkturzyklus.

landskapital finanziert wird); das Ausbleiben ausländischer Finanz- bzw. Investitionsmittel beschränkt die inländische Produktion und die privaten Konsumausgaben; in Entwicklungsländern gehen damit auch drastische reale Abwertungen einher sowie Kreditklemmen für den Privatsektor; im Euro-Raum müssen anstelle der Wechselkurs-abwertungen "interne Abwertungen" erfolgen, d. h. ein starkes Sinken der Lohnstückkosten.

## 5.2 Bisherige Lösungskonzepte

Die Dringlichkeit der Euro-Krise hat die EU und ihre Repräsentanten zunächst zu ad hoc Rettungsmaßnahmen (erstmalig für Griechenland im Mai 2010) gezwungen, die eigentlich im Lisabon-Vertrag rechtlich mit der No-Bail-out-Klausel von Art. 125 des AEUV ausgeschlossen worden sind. Das Ziel der "Solidarität zwischen den Mitgliedsländern" (Art. 3(3) des EUV) gewann plötzlich Vorrang vor dem Verbot der Haftungs- und Schuldenübernahme.

Das Krisenmanagement der Länder des Euro-Raumes hinkte dabei immer jenem der Aktionen der Finanzmärkte nach. Um dem Ausufernden spekulativer Attacken auf schwache Euro-Länder möglichst rasch zu begegnen, gewann die Intergouvernementale Methode vor der Gemeinschaftsmethode den Vorzug. Erstere besteht darin, dass die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Euro-Raumes möglichst rasch Entscheidungen zur Rettung von überschuldeten Euro-Staaten fällten, während die Veränderung des Rahmens des wirtschaftspolitischen Designs der WWU (siehe Breuss, 2011B) mittels der Gemeinschaftsmethode (Kommission, Europäisches Parlament und Beschluss im Rat) Zeit brauchte.

Dennoch hat sich seit Anfang 2010 die wirtschaftspolitische Architektur erheblich verändert. Das nun "New Economic Governance" (zuvor standen in Deutsch auch Begriffe wie "Wirtschaftsregierung" im Raum; siehe Breuss, 2011B) genannte neue Konzept des wirtschaftspolitischen Regierens soll die erste Säule der WWU, die "Wirtschaftspolitik" (das erste W) stärken, nachdem bisher nur das zweite W, die einheitliche Geldpolitik ("Währungspolitik") funktionierte. Eine Zusammenstellung des neuen Konzepts der New Governance in der WWU gibt Abbildung 21.

Abbildung 21: New Governance der WWU-Wirtschaftspolitik  
"EU-Wirtschaftsregierung"

Europäisches Semester			Bail-out/Finanzmarkt	
<p><b>"Sixpack"</b></p> <p><b>SWP-III</b> (VÜD) 3 VO, 1 RL</p> <p><b>Makro-Ungleichgewichte</b> (VÜU) 2 VO 2 neue VO (Budget-Überwachung)</p> <p><b>"Wirtschaftsunion"?</b></p>	<p><b>Euro-Plus-Pakt</b></p> <p>Ziele:</p> <p>* Wettbewerbsfähigkeit (("Europäischer Konjunkturzyklus")</p> <p>* Beschäftigung</p> <p>* Tragfähigkeit öffentl. Finanzen</p> <p>* Finanzmarktstabilität</p> <p>----&gt; Zusatznutzen? (für Europa 2020, GWP, SWP, etc.)</p> <p><b>Fiskalpakt</b> (2013+)</p> <p><b>"Fiskalunion" ?</b></p>	<p><b>Europa 2020</b></p> <p>* intelligentes</p> <p>* nachhaltiges</p> <p>* integratives Wachstum</p> <p>Ersatz für "Lissabon-Strategie" (gescheitert)</p> <p><b>OMK?</b></p> <p>Binnenmarkt-Akte?</p> <p><b>Wachstumsprogramm</b></p>	<p><b>Rettungsmaßnahmen</b> (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Zypern)</p> <p><b>EFSF</b> (2010-2012) Permanenter</p> <p><b>ESM</b> (2012+ Zusatz Art. 136(3) AEUV + CAC ("haircut clauses"))</p>	<p><b>Finanzmarkt-aufsicht</b></p> <p><b>ESFS</b></p> <p><b>ESRB - EZB</b> 3 Behörden:</p> <p>* EBA London</p> <p>* EIOPA Frankfurt</p> <p>* ESMA Paris</p> <p>EZB = EU-weite Aufsicht</p> <p><b>"Bankenunion"?</b></p>

Q: Breuss (2011B) und Aktualisierung. RL . . . Richtlinie, VO . . . Verordnung, VÜD . . . Verfahren bei einem übermäßigen Defizit, VÜU . . . Verfahren bei einem übermäßigen Makroungleichgewicht, OMK . . . Offene Methode der Koordinierung, EFSF . . . European Financial Stability Facility, ESM . . . European Stability Mechanism, ESFS . . . European System of Financial Supervisors, ESRB . . . European Systemic Risk Board, EBA . . . European Banking Authority, EIOPA . . . European Insurance and Occupational Pensions Authority, ESMA . . . European Securities and Markets Authority, AEUV . . . Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, CAC . . . Collective Action Clauses, GWP . . . Grundzüge der Wirtschaftspolitik, Fiskalpakt (Fiskalpolitischer Pakt) . . . Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (VSKS).

Seit 2010 besteht das Krisenmanagement im Euro-Raum aus zwei Aufgaben und Zielen:

1. Die Rettung der durch die Krise überschuldeten Euro-Länder
2. Die Lösung/Ausbesserung der Schwächen/Fehler des wirtschaftspolitischen (asymmetrischen) Designs der WWU

Die Aufgabe 2 wird durch die Installation neuer Maßnahmen/Instrumente und Verpflichtungen in neuen Verträgen (z. B. Fiskalpakt; Euro-Plus-Pakt) zu lösen versucht (siehe Abbildung 21).

Die Aufgabe 1 besteht im Krisenmanagement durch Rettungspakete. Drei Länder stehen bereits unter dem Rettungsschirm (siehe Übersicht G.9 im Anhang): Griechenland (2 Pakete), Irland und Portugal. Spanien begab sich unter einen Bankenrettungsschirm, ebenso Zypern. Andere Länder (z. B. Slowenien) könnten folgen. Mit der am 6. September 2012 von der EZB angekündigten neuen Politik, im Rahmen der "Outright Monetary Transactions" (OMTs) Staatsanleihen (mit Fälligkeit bis zu 3 Jahren) von Ländern, deren Zinsspreads sehr hoch sind (z. B. Spanien und Italien; siehe Abbildung G.3 im Anhang) in unbeschränkter Höhe unter Bedingungen (Ansuchen beim EFSF/ESM und Akzeptanz von Reformauflagen) zu kaufen, könnte

das Problem der Ausbreitung der Renditen von Staatsanleihen teilweise gelöst werden. Obwohl noch viele Fragen (welche Bedingungen, rechtliche Basis, was passiert, wenn die Bedingungen nicht eingehalten werden, inwieweit gelingt die Sterilisierung um Inflation zu vermeiden usw.) offen sind, haben die Märkte positiv mit sinkenden Renditen auf Anleihen der Peripheriestaaten des Euro-Raumes reagiert und auch dem EUR/USD-Kurs Auftrieb verliehen. Ob dieser gewünschte Effekt der Zinskonvergenz anhalten wird, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall beschreitet die EZB insofern Neuland, als sie mit dem neuen Anleiheprogramm mehr auf Kooperation mit der Fiskalpolitik (der EU-Mitgliedsländer und des ECOFIN) setzt als bisher. Die EZB nähert sich damit in der nicht standardisierten Geldpolitik jener der Fed in den USA. Dem "quantitative easing" (QE) der Fed entspricht das SMP (und jetzt das OMTS-Programm) mit denen beide Notenbanken in die Märkte für Staatsanleihen intervenieren. Im Unterschied zu den USA ist der Euro-Raum aber kein Staat. Daher interveniert die EZB asymmetrisch nur in einigen Krisenländern, während die USA Bundesanleihen aufkauft. Das Grundprinzip des neuen OMT-Programms entspricht jenem des alten Securities Market Programme (SMP), das im Mai 2010 begann (Bestand per Ende August 2012: 208,83 Mrd. EUR; siehe: <http://www.ecb.int/mopo/liq/html/index.en.html#portfolios>). Die EZB kauft am Sekundärmarkt Anleihen auf (laut Art. 123 AEUV gibt es das Verbot der direkten Staatsfinanzierung). Das OMT unterscheidet sich vom SMP durch Konditionalität, das Fehlen einer Höchstgrenze für Anleihenkäufe und Pari-passu-Status (EZB ist nicht mehr bevorzugter Gläubiger).

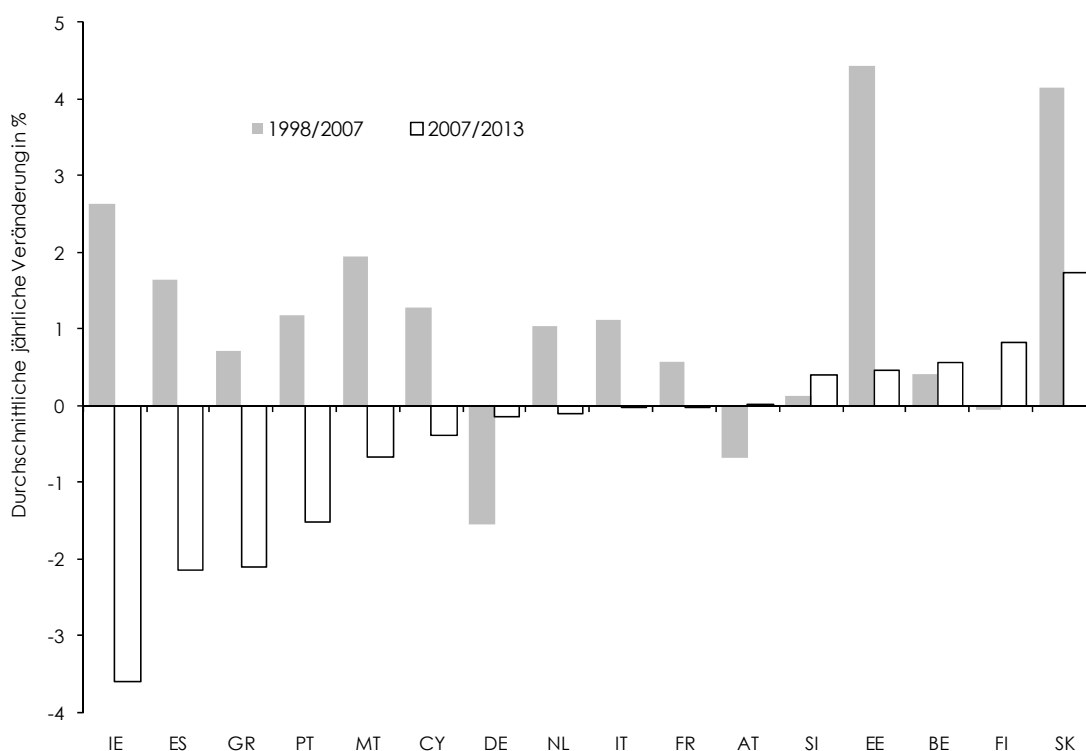
Die Euro-Krise hat zusätzlich zur ohnehin schon bestehenden Aufspaltung der EU 27 in ein "Europa der mehr Geschwindigkeiten" (siehe Abbildung 2) weiter ausdifferenziert in Staaten innerhalb des Euro-Raumes, die an der Rettung der Euro-Partner beteiligt sind und im Economic Governance voranschreiten und in Länder außerhalb des Euro-Raumes, die als Zuschauer – sowohl beim finanziellen Beistand bei der Euro-Rettung als auch bei der Fortentwicklung neuer Instrumente und Institutionen über neue Verträge außerhalb des EU-Vertrages – nur abseits stehen. Weiters gibt es aufgrund der Euro-Krise eine Spaltung innerhalb des Euro-Raumes (siehe Übersicht G. 9 im Anhang) in Länder, die gerettet werden müssen (die PIIGS) und solche, die bei der Rettung helfen müssen.

### *5.3 Abbau der Ungleichgewichte macht Fortschritte*

Fünf Länder des Euro-Raumes stehen nicht auf eigenen Beinen. Griechenland hat im Frühling 2010 als erstes Land des Euro-Raumes externe Finanzhilfe beansprucht. Kurz darauf folgte Portugal und im November 2010 Irland. Ende Juni 2012 hat Zypern Unterstützung beantragt, am 20. Juli wurde ein vorerst auf den Finanzsektor beschränktes Sanierungsprogramm für Spanien zugesagt. Obwohl die von der Troika (Europäische Kommission, EZB und IMB) geforderten Reformprogramme hart waren und die Rezession – besonders in Griechenland – vertieften, zeigen die eingeleiteten Anpassungen und Reformen erste Wirkungen. Die Ungleichgewichte – gemessen an Indikatoren für die Wettbewerbsfähigkeit (realer Wechselkurs) und die Leistungsbilanzsalden) – beginnen sich langsam zu verringern (siehe EZB, 2012A, Lanz, 2012).

Besonders anpassungsfähig haben sich Irland, Spanien, Griechenland und Portugal erwiesen. Dort sind die relativen Lohnstückkosten seit 2008 deutlich gesunken. In Italien ist kaum eine Veränderung festzustellen (siehe Abbildung 22). Von den Ländern, in denen bis vor der Krise die Lohnstückkosten stark gesunken waren (Deutschland und Österreich), kam es – zumindest in Österreich – zu einer leicht gegenläufigen Bewegung, in Deutschland sind die Lohnstückkosten seit 2008 weiterhin, aber nicht mehr so stark wie vor der Krise gesunken.

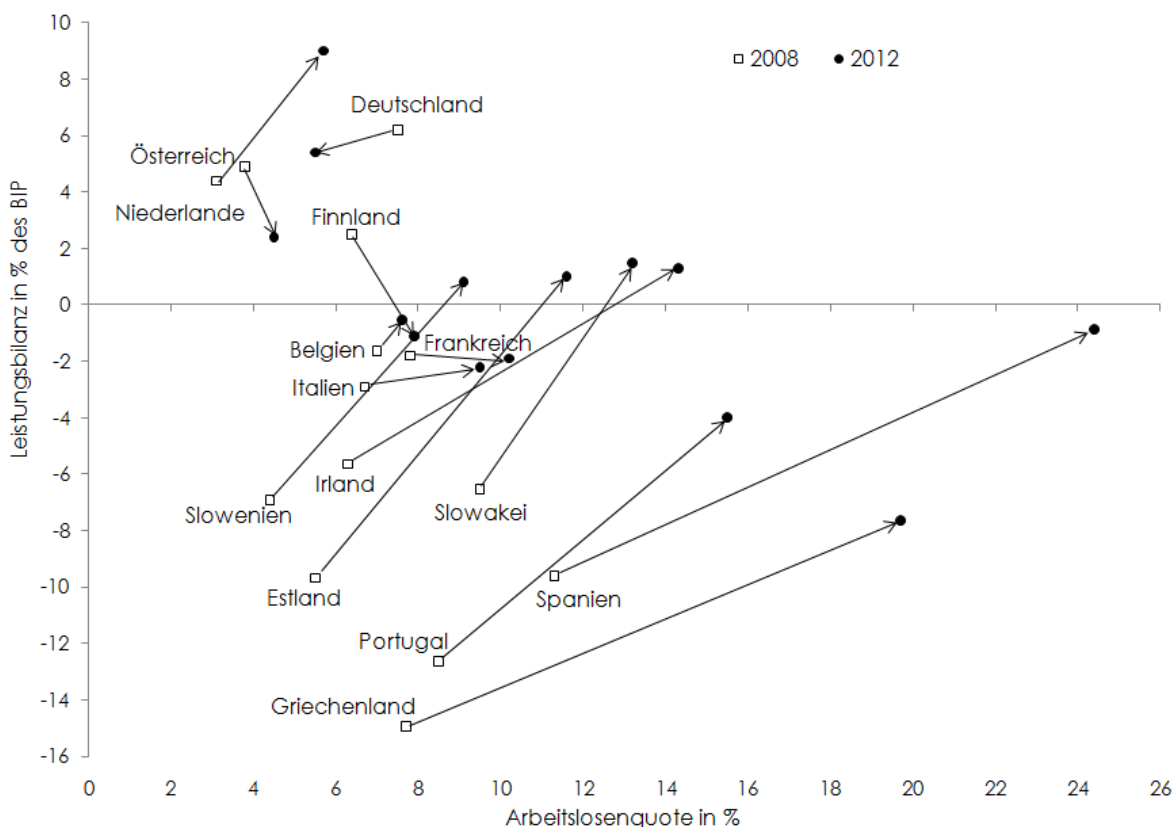
Abbildung 22: Entwicklung des realen effektiven Wechselkurses vor und nach der Krise



Q: Europäische Kommission, Frühjahrsprognose 2012, WIFO-Berechnungen.  
Effektiver Wechselkurs, real . . . Lohnstückkosten relativ zu den restlichen 35 Industriestaaten.

Die Anpassung in den relativen Preisen (Lohnstückkosten) spiegelt sich auch in einer Einebnung der Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzsalden (siehe Abbildung G.5 im Anhang). Die Tendenz zur Verschlechterung in den PIIGS ist durch die Krise gestoppt worden, und jene zur Verbesserung in den Überschussländern wurde ebenfalls gebrochen. Die Verbesserung der Leistungsbilanz ging allerdings auf Kosten steigender Arbeitslosigkeit (siehe Abbildung 23). Allerdings gibt es vom Überschussland Deutschland keine Anzeichen der Anpassung. Nach ifo-Berechnungen dürfte der deutsche Leistungsbilanzüberschuss 2012 auf 210 Mrd. USD steigen – und damit wieder in die Größenordnungen vor der Finanzkrise vorstoßen, die weder von China noch von Japan erreicht werden (*Financial Times Deutschland*, 13. August 2012).

Abbildung 23: Anpassungskosten der Leistungsbilanzsanierung



Q: Europäische Kommission, IMF, OECD (2012) S. 14.

Damit würde Deutschland ein Verfahren bei einem übermäßigen Makroungleichgewicht (VÜU) bevorstehen. Dieses neue Verfahren im Rahmen des "Sixpack" kennt Schranken für Leistungsbilanzungleichgewichte von -4% bis +6% des BIP. Deutschland lag schon bisher an der oberen Schwelle, wie die *European Commission* (2012A) in ihrer ersten Analyse der makroökonomischen Ungleichgewichte in einem "MIP Scoreboard" festgestellt hat (eine Auswertung für Österreich siehe *Hahn et al.*, 2012).

#### 5.4 "Grexit" und die Folgen

Die – trotz großzügiger Rettungsmaßnahmen – noch immer ungelöste Schulden- und Strukturkrise in Griechenland sowie die wegen Wahlwiederholungen verzögerte Umsetzung der geforderten Reformprogramme haben Spekulationen ausgelöst, ob nicht ein Austritt Griechenlands ("Grexit") die beste Lösung für alle Beteiligten wäre.

Es gibt bereits ökonomische Modellsimulationen zum Thema "Grexit", der möglicherweise nicht ohne Folgen für die anderen Problemerkandidaten sein würde, sodass bereits über eine Redimensionierung bzw. einen "Break-up" des Euro-Raumes gesprochen wird.

Diese Diskussion ist eine Wiederholung der Überlegungen zu Beginn der Schaffung des Euro-Raumes, welche Länder denn zum Kreis jener EU-Länder gehören könnten, die in der Lage wären, tragfähig eine "optimale Währungsunion" zu bilden. Alle ökonomischen Studien kamen, basierend auf der Theorie optimaler Währungsräume (OCA-Theorie), zu dem Schluss, dass mit einer "kleinen WWU" gestartet werden sollte. Heute, nachdem aus politischen Gründen und auf den eher auf nominellen/monetären Kriterien basierenden Eintrittshürden (die Maastrichter Beitrittskriterien) eine möglichst große WWU kreiert wurde, ist es schwierig, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Ein Nichteintritt z. B. Griechenlands wäre billiger gewesen als ein Austritt jetzt!

*Wie sähe heute eine OCA aus?*

Nach dem Schock der GFC und der anschließenden Staatsschuldenkrise gibt es Kriterien, die eine OCA über die traditionellen Bestimmungsgründe wie Faktormobilität (besonders Arbeitskräftemobilität usw.) definieren könnten. Es wären auf jeden Fall jene Länder, die selbst nach der Spreizung der Renditen auf Staatsanleihen gut reüssierten<sup>10)</sup>. Die robuste, krisenresistente und anpassungsfähige österreichische Volkswirtschaft gehört zum illustren Kreis jener Mitgliedsländer des Euro-Raumes, deren Renditen auf Staatsanleihen niedrig geblieben sind (siehe Abbildung G.3 im Anhang) und daher eine "optimale Währungsunion" bilden könnten. Nach Ausbruch der Euro-Krise Anfang 2010 sind die Spreads auf Staatsanleihen der Peripheriestaaten des Euro-Raumes sprunghaft angestiegen, nachdem sie zuvor in der sogenannten "Schönwetterphase" des Euro-Raumes (von 1999-2009) in allen Mitgliedsländern nahezu gleich niedrig waren. Die neue Spreizung der Renditen für Staatsanleihen repräsentiert das Default-Risiko einiger Euro-Länder, nachdem die Streuung der Spreads vor Eintritt in den Euro-Raum eher das Wechselkursrisiko abbildete.

Wer seit Ausbruch der Euro-Krise über der "Todeszone" von Renditen für 10-jährige Staatsanleihen von über 7% zu liegen kam, gehört – nach Meinung der Finanzmärkte – nicht mehr in den Euro-Raum. Länder (innerhalb und außerhalb des Euro-Raumes), deren Renditen permanent unter 7% betragen, bilden einen theoretisch optimalen Währungsverbund. Dazu zählen aus der Gruppe der Euro-Länder Österreich, Deutschland, Luxemburg, Niederlande, Malta, Belgien, Finnland und Frankreich. Von den Ländern, die noch nicht zum Euro-Raum gehören, könnte man Dänemark, Großbritannien, Schweden und Tschechien dazuzählen. Es handelt sich dabei auch um Staaten mit einer Staatsschuldenquote unter der berühmten "Reinhart-Rogoff"-Schwelle (Reinhart – Rogoff, 2010, 2011) von 90% des BIP, ab der Länder nur noch

---

<sup>10)</sup> Auch nach dem "EU-Index" von König – Ohr (2012), der aus 25 Teilindikatoren, die vier Dimensionen der Europäischen Integration abbilden (EU-Binnenmarkt; EU-Homogenität; EU-Symmetrie – Europäischer Konjunkturzyklus und EU-Konformität – Teilnahme an allen Integrationsstufen) ergibt sich, dass die EU-Mitgliedstaaten unterschiedlich stark integriert sind und ein Nord-Süd-Gefälle aufweisen. Österreich rangiert mit Belgien, den Niederlanden, Frankreich und Deutschland an der Spitze, am untersten Ende stehen Griechenland, Großbritannien, Dänemark, Portugal, Italien und Spanien. Irland liegt im Mittelfeld.



Probleme mit dem Abbau von Schulden haben und in der Regel mittel- bis langfristig mit einer Wachstumsverlangsamung von rund 1 Prozentpunkt pro Jahr zu kämpfen haben<sup>11)</sup>). Ein solcher theoretisch optimaler Euro-Raum würde also 12 Länder umfassen. Vom derzeit 17 Länder zählenden Euro-Raum würden demnach (theoretisch) Estland, Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien und Zypern nicht dem optimalen Euro-Raum angehören.

#### *Die Kosten des "Grexit" und der Redimensionierung des Euro-Raumes*

Die "Kosten" eines Austritts aus dem Euro-Raum ergeben sich aus zwei Komponenten:

- 1) Kosten des Ausfalls nicht bezahlter Staatsschulden (z. B. wenn Griechenland insolvent wird)
- 2) Makroökonomische Kosten aufgrund diverser Schocks beim Austritt: Einführung einer nationalen Währung (Abwertung) und Vertrauensschock (kein Zugang zum Kapitalmarkt und damit kein weiteres "schuldenfinanziertes" Wachstum möglich)

#### "Grexit"<sup>12)</sup>

- (1) Die Kosten durch Wegfall der Forderungen der Partnerländer würden im Falle des "Grexit" laut Schätzungen des CEPS (*Alcidi - Gionannini – Gros, 2012*) für den gesamten Euro-Raum 373 Mrd. EUR betragen, wenn alle Außenstände – im öffentlichen und privaten Sektor – ausfallen würden. Österreich wäre dann mit rund 11 Mrd. EUR belastet (siehe Übersicht G.10 im Anhang). Am stärksten wäre natürlich Deutschland mit Ausfällen von 99 Mrd. EUR betroffen.
- (2) Makroökonomische Auswirkungen (Abbildung G.6 im Anhang): Interne Modellsimulationen von Oxford Economics mit ihrem Global Model ergeben, dass Griechenland kurzfristig mit einem Wachstumseinbruch von 13 Prozentpunkten zu rechnen hätte, der durch Abwertungen dann langsam überwunden werden könnte. Aber auch der Rest des Euro-Raumes wäre mit einem Wachstumseinbruch von fast 4 Prozentpunkten (Österreich nur -2 Prozentpunkte) konfrontiert. Selbst Drittstaaten blieben nicht unverschont. So müsste

---

<sup>11)</sup> *Baum – Cecherita-Westphal – Rother (2012)* kommen zu ähnlichen Ergebnissen für den Zusammenhang zwischen Staatsverschuldung und Wirtschaftswachstum. Kurzfristig kann man durch einen Anstieg der Staatsverschuldung Wirtschaftswachstum generieren (dies wurde vorzugsweise in den Peripheriestaaten gemacht). Steigt die Staatsschuldenquote über 67% des BIP, so gibt es keinen Zusammenhang mehr mit dem Wirtschaftswachstum. Für Staatsschuldenquoten über 95% führen zusätzliche Schulden zu einem negativen Einfluss auf die Wirtschaftsaktivität.

<sup>12)</sup> Über die möglichen Auswirkungen eines Austritts Griechenlands ("Grexit") gibt es bereits zahlreiche Studien über die makroökonomischen Effekte (z. B. *ING, 2011, 2012, The Economist, 2012, Born et al., 2012, Bootle, 2012, McKinsey Germany, 2012*), Kommentare (siehe *Mozart, 2012*) sowie Schätzungen über die Kosten für die restlichen Euro-Staaten, wenn Griechenland (siehe *Alcidi – Gionannini – Gros, 2012*) oder alle Peripheriestaaten ihre Schulden im Falle der Insolvenz nicht bezahlen können (siehe die Quellenangaben zu den Übersichten G.10 und G.11 im Anhang).

auch die Schweiz mit einem Wachstumseinbruch ähnlich jenem in Österreich rechnen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt die BAKBASEL (2012).

#### *Redimensionierung des Euro-Raumes oder sein "Break-up"*

- (1) Die Kosten durch den Zahlungsausfall von PIIGS (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) und Zypern sind laut Schätzungen des ifo-Instituts beträchtlich. Für den Euro-Raum (ohne PIIGS und Zypern) würden sie 1.522 Mrd. EUR ausmachen, für Deutschland 779 Mrd. EUR und für Österreich 80,7 Mrd. EUR (siehe Übersicht G.11 im Anhang). Für Deutschland würden bei einem Zerfall des Euro-Raumes auch der Ausfall der hohen Forderungen im Rahmen des Target-2-Systems zu Buche schlagen (siehe Abbildung G.8 im Anhang).
- (2) Makroökonomische Auswirkungen (Abbildung G.7 im Anhang): In den oben erwähnten Simulationen mit dem Oxford-Modell ergäbe sich durch den Austritt von 5 Euro-Ländern (PIIGS) ein noch stärkerer kurzfristiger Wachstumseinbruch für Griechenland (-18%) und für die restlichen Mitglieder des Euro-Raumes (-10½%; Österreich -9½%). Die übrigen PIIGS wären ebenfalls stark, doch nicht so heftig betroffen wie Griechenland, aber auch Nicht-Mitglieder des Euro-Raumes (z. B. Großbritannien -7½%; USA -6%) und Drittstaaten (die Schweiz -7% bzw. BAKBASEL (2012) -7½%).

In Großbritannien wurde eine Anleitung zum Verlassen des Euro-Raumes vergeben, der Wolfson Economics Prize 2012 (*Bootle*, 2012). Aufgrund der vorangegangenen Überlegungen muss man aus integrationspolitischen Gründen folgende Schlüsse ziehen:

- 1) Eine Redimensionierung des Euro-Raumes nach den OCA-Kriterien ist jetzt schon fast zu spät und wäre nur die ultima ratio, wenn alle Rettungsbemühungen erfolglos bleiben sollten.
- 2) Der Austritt nur eines Landes – z. B. "Grexit" – würde die Ansteckungsgefahr beinhalten: Andere schwache Länder könnten folgen.
- 3) Der "Grexit" würde das ehrgeizigste Integrationsprojekt der EU imagemäßig zu Fall bringen. Der Euro ist eines der wenigen Symbole für die BürgerInnen der EU und für das Ausland, mit dem man so etwas wie ein Europagefühl evozieren kann.
- 4) Sollten die Peripheriestaaten den Euro-Raum verlassen, dann wären auch die Mittelmeerunion und die Nachbarschaftspolitik gefährdet, weil diese Länder besonders enge Beziehungen zu Nordafrika aufweisen.
- 5) Auf jeden Fall wären die finanziellen und makroökonomischen Kosten einer nachträglichen Redimensionierung viel zu hoch. Die meisten Studien kommen zu dem Schluss, dass die Kosten der Auflösung des Euro-Raumes höher sind als dessen Reparatur (siehe z. B. *ING*, 2012).

### *Kasten XII: Szenarien von Oxford Economics im Falle der Verkleinerung des Euro-Raumes und Konsequenzen für Österreich*

Oxford Economics (2012) hat mit seinem Weltmakromodell – neben einem reinen "Grexit"-Szenario – auch ein Szenario des "Break-up" des Euro-Raumes simuliert und bewertet seinen Eintritt im I. Quartal 2013 mit einer Wahrscheinlichkeit von 30%.

#### *Simulationsannahmen:*

- 6 Länder scheiden aus dem Euro-Raum aus und führen eigene Währungen ein: Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Spanien, Zypern. Die anderen Euro-Länder verbleiben in einem verkleinerten Währungsverbund und bilden EUR 11.

Der Zerfall der Währungsunion hätte gemäß den Annahmen von Oxford Economics weitreichende Konsequenzen für die Länder der EU und die Weltwirtschaft:

- Die nationalen Währungen der ausscheidenden Euro-Länder werten stark ab. Dies erhöht zwar die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften, schwächt aber die Kaufkraft der Bevölkerung massiv. In der Folge verstärkt sich die Kapitalflucht aus diesen Ländern.
- Die dadurch notwendigen Abschreibungen von Vermögenswerten (Nichtbezahlung von Staatsanleihen im Insolvenzfall) schlagen sich kurzfristig als hohe Verluste auf allen internationalen Finanzmärkten nieder und schränken die Kreditvergabe deutlich ein (siehe z. B. Argentinien-Insolvenz 2001) bis hin zu einem europaweiten credit-crunch.
- Die Zinssätze auf Anleihen der ausscheidenden Länder steigen dramatisch. Griechenland erleidet einen Staatsbankrott mit nahezu untragbaren politischen und sozialen Folgen. In diesem Fall würden die griechenlandspezifischen Verluste durch Garantien, direkte Finanzhilfen und EZB-Beteiligungen 372,9 Mrd. EUR betragen (siehe Übersicht G.10 im Anhang).
- Die gemeinsame Währung der in der Währungsunion verbleibenden Länder wertet kurzfristig gegenüber dem Dollar ab und mittelfristig wieder auf. Die Volatilität der Wechselkurse der Leitwährungen erhöht sich stark.
- Die Nationalbanken (EZB, Fed und Bank of England) senken den Zinssatz auf 0% und setzen akkordierte Maßnahmen zur Liquiditätsversorgung.
- Das Vertrauen von Konsumenten, Investoren und Produzenten sinkt dramatisch wegen der hohen Vermögensverluste und der weltweiten Nachfrageschwäche.
- Auch auf den Emerging Markets sind die Auswirkungen spürbar, die Risikoprämien auf Verbindlichkeiten steigen wieder auf das Niveau von Ende 2008.

Unter diesen Annahmen geraten die Länder, die in der Währungsunion verbleiben, in eine Rezession, die in der Schwere vergleichbar ist mit jener von 2008/09, jedoch länger andauert. Selbst die USA würden kurz in eine Rezession geraten, und das Wachstum der Weltwirtschaft insgesamt käme beinahe zum Stillstand. Die sich dadurch ergebende Nachfrageschwäche hätte gemäß dem Szenario von Oxford Economics eine lang anhaltende Periode der Deflation in den Ländern der Währungsunion zur Folge, durch die die Investitionstätigkeit beeinträchtigt wäre.

#### *Konsequenzen für Österreich*

Eine derart tiefe Rezession bei den wichtigsten Handelspartnern hätte auch enorme Auswirkungen auf Österreichs Wirtschaft (siehe *Kaniovksi – Breuss – Sinabell, 2012*). Der Rückgang

des BIP würde bis zu zwei Jahre anhalten. Am Tiefpunkt der Rezession im Jahr 2014 wäre der Einbruch der Wirtschaftsleistung Österreichs ähnlich stark wie im Jahr 2009, das nominelle BIP wäre allein in diesem Jahr um 32 Mrd. EUR niedriger als in einem Szenario, in dem die Euro-Krise bewältigt wird. Die BIP-Verluste aufgrund der Redimensionierung des Euro-Raumes würden gemäß Oxford Economics erst nach fünf Jahren wettgemacht. Zusammen mit der Wirtschaftskrise 2008/09 wäre Österreichs Wirtschaft somit einem Jahrzehnt der Stagnation ausgesetzt.

Der Einbruch der Wirtschaftsleistung würde einen Anstieg der Arbeitslosigkeit mit sich bringen, die Arbeitslosenquote (laut Eurostat) stiege um bis zu 3,3 Prozentpunkte (die Arbeitslosenquote würde im Jahr 2012 ohne Verkleinerung des Euro-Raumes bei 4,5% liegen), die Zahl der Arbeitslosen wäre um knapp 140.000 höher.

#### *Eine Rückkehr zum Schilling: mögliche Folgen für Österreichs Wirtschaft*

Eine Wiedereinführung des Schillings scheint nur unter der Annahme eines gänzlichen Zerfalls der Währungsunion denkbar. Ein solches Szenario wurde bisher nicht untersucht, es würde aber sowohl für die betroffenen Länder als auch für die Weltwirtschaft noch tiefgreifendere Folgen haben als die oben beschriebene Redimensionierung des Euro-Raumes. Die gesamtwirtschaftlichen und sozialen Kosten würden in diesem Fall deutlich höher ausfallen als die oben genannten BIP-Verluste von 32 Mrd. EUR im Jahr 2014.

Für eine kleine, offene Volkswirtschaft wie Österreich hätte eine derart tiefe Rezession gekoppelt mit der wahrscheinlichen Aufwertung des Schillings, enorme Marktanteilsverluste auf dem Weltmarkt zur Folge:

- Die bisher erfolgreiche Expansion der Exporte nach Osteuropa und in den Schwarzmeerraum käme zum Stillstand.
- Die Absatzmärkte in den südlichen Ländern der EU würden wegbrechen.
- Die starke Abwertung von deren Währungen ginge zulasten der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft.
- Österreich läge an der Peripherie zu einem wenig dynamischen Umfeld in Süd- und Osteuropa. Die Verbindung zu rasch wachsenden Regionen in Nordafrika, der Türkei und Zentralasien würde schwächer; und damit die Wachstumsaussichten für Österreich dämpfen.

Zusätzlich wären spekulative Attacken auf den Finanzmärkten gegen den Schilling zu erwarten, die eine weitere Steigerung der Volatilität der Wechselkurse nach sich ziehen würden. Eine noch tiefere Rezession würde die öffentlichen Haushalte in Österreich stärker belasten als im oben beschriebenen Szenario und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme deutlich erschweren. Die Stabilisierung des Staatshaushaltes kann in einer solchen Situation nicht gelingen, wenn die automatischen Stabilisatoren zum Tragen kommen. Eine solche Entwicklung würde die Bewältigung der langfristigen Herausforderungen der österreichischen Volkswirtschaft (Alterung der Gesellschaft, Steigerung der Produktivität durch Bildung, Forschung und Innovation, Schaffung eines umweltfreundlichen und nachhaltigen Wirtschaftssystems) erschweren und jedenfalls hinausschieben.

#### 4.5 Die Zukunft der WWU

Die EU bzw. der Euro-Raum ist also am Scheideweg und wird wegen zahlreicher Hürden (europarechtliche, politische und ökonomische) wie immer Schritt für Schritt vorgehen. Ob das die anhaltende Euro-Krise (und die Finanzmärkte) beruhigen wird, bleibt abzuwarten.

Für das Überleben des Euro-Raumes gibt es eigentlich drei Lösungswege (Breuss, 2012A, 2012B, 2012C):

- "Transferunion": Weitermachen wie bisher: Immer mehr Peripheriestaaten (PIIGS) werden solidarisch mittels immer weiter aufgespannter Rettungsschirme (EFSF, ESM, IMF) unter Umgehung der "No-Bail-out"-Klausel des EU-Vertrags "durchgefüttert" in der Hoffnung, die Märkte zu beruhigen (Senkung der Anleihezinsen) bzw. der Selbstheilung dieser Länder oder Gesundung nach Umsetzung der Reformauflagen der Troika. Das ist zwar die teuerste und auf Dauer eine untragbare Lösung. Allerdings, europapolitisch auch die wahrscheinlichste, weil alle EU-Verantwortlichen und Institutionen immer wieder betonen, dass der Euro-Raum mit 17 Mitgliedern "um jeden Preis" erhalten bleiben soll. Ein radikaler Schnitt des Schuldenproblems wäre die Installation einer vom Deutschen Sachverständigenrat im Vorjahr vorgeschlagener "Schuldentilgungsfonds", in den alle Schulden über 60% des BIP einbezahlt und in 25 Jahren durch Steuern, Verpfändung von Goldreserven und Ausgaben von Eurobonds abgetragen werden. Damit würde die Transferunion auch zu einer Schuldenunion.
- Mehr Europa ("*Neugründung der EU*"): Diese Ideen wurden auf dem 19. Krisengipfel auf Basis des Van Rompuy-Papiers bereits andiskutiert. Man schreitet von einer Bankenunion über eine Fiskalunion ("*Europäischer Finanzminister*"; Eurobonds; Politische Union) bis zu den "Vereinigten Staaten von Europa" voran. Dieser Weg erfordert wegen Kompetenzabgaben (wesentliche Teile der nationalen Budgethoheit, das "Königsrecht" der nationalen Parlamente wandern auf die EU-Ebene) einschneidende Änderungen des EU-Vertrags, aber auch der Verfassungen der Mitgliedsländer. Der Weg ist aber nur gangbar, wenn die Wähler und Wählerinnen in den EU-Mitgliedsländern diesen auch gut heißen. Diese Variante ist zwar langfristig die wünschenswerteste, aber kurz- bis mittelfristig wohl auch die unwahrscheinlichste. Eine "Einstiegsdroge" in eine künftige Fiskalunion ist der soeben in Verabschiedung befindliche Fiskalpakt, der am 1. Jänner 2013 in Kraft treten soll. Mit dem Einbau einheitlicher Schuldenbremsen in nationales Recht (vorrangig in Verfassungsrecht) wird die Fiskalpolitik der EU-Mitgliedsländer "europäisiert" und deren Regierungen und Parlamente gleichzeitig entmachtet. Der Fiskalpakt ist mit dem ESM und dem "Sixpack" (Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts und Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte) verzahnt. Wer den Fiskalpakt nicht ratifiziert, bekommt keine Mittel aus dem ESM. Strafzahlungen im Rahmen des Sixpack-Verfahren kommen dem ESM zugute.
- "Redimensionierung" des Euro-Raumes: Als Ultima Ratio zur Rettung des Euro-Raumes könnte die ökonomische Lösung einer Verkleinerung entsprechend den ökonomischen

Kriterien einer optimalen Währungsunion (OCA) auf eine Kernzone stehen. Diese ökonomische Lösung impliziert das Eingestehen, dass Griechenland und andere PIIGS nicht Euro-tauglich sind. Der Austritt Griechenlands ("Grexit") stünde am Anfang der Verkleinerung des Euro-Raumes auf eine OCA-taugliche Zone mit Ländern um den alten DM-Block. Das würde nicht ohne Staatsinsolvenz möglich sein und laut CEPS-Schätzungen den Euro-Partnern direkte Kosten in Form ausfallender Schulden (öffentlicher und privater Sektor) von maximal rund 4% des BIP (oder 372 Mrd. EUR) verursachen. In einer schockartigen (chaotischen) Übergangsphase würden indirekte makroökonomische Kosten in Form von drastischen Wachstumseinbußen des realen BIP laut Schätzungen von Oxford Economics in Griechenland bis zu –13%, in den Partnerländern bis zu –3,5% anfallen. Durch massive Abwertung der neuen Währung könnte Griechenland wieder Wettbewerbsfähigkeit und allmählich Wachstum (allerdings verbunden mit hoher Inflation) zurückgewinnen. Entsprechend einschneidender wären die Kosten eines "Break-up" des Euro-Raumes, d. h. die Schrumpfung auf eine Kernzone von 12 Mitgliedsländern (Euro-Raum 17 minus Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien). Griechenland würde dann um 18% schrumpfen, die anderen Exit-Länder zwischen 11% und 16%, der restliche Euro-Raum um 9%. Nach den jüngsten Griechenlandwahlen und den verhandlungstaktischen Erfolgen Italiens und Spaniens scheinen diese dramatischen Szenarien vorerst vom Tisch zu sein. Was vor Schaffung des Euro-Raumes machbar gewesen wäre (der Start mit einer kleinen WWU), ist nachträglich nur mehr sehr schwer bzw. unter hohen Kosten möglich. Dazu kommt das rechtliche Problem, dass der Lissabon-Vertrag in Art. 50 EUV zwar erstmalig einen Austritt aus der EU, aber nicht getrennt einen aus dem Euro-Raum vorsieht. Zudem ist von keinem der Schuldnerländer bekannt geworden, dass sie austreten wollen.

Es liegt bereits eine Vielzahl von Vorschlägen zur Reform der EU (Euro-Raum) zu einer funktionierenden Union in Zeiten der Krise vor, zum einen von akademischer Seite (*Bofinger – Habermas – Nida-Rümelin, 2012, Gros et al., 2012, Pisani-Ferry – Sapir – Wolff, 2012*), zum anderen von hohen Repräsentanten der EU-Institutionen, z. B. das Van Rompuy-Papier (*Van Rompuy, 2012*), das anlässlich der Tagung des Europäischen Rates vom 28.-29. Juni 2012 präsentiert wurde und weiter ausgearbeitet werden soll).

Allen diesen Vorschlägen ist gemeinsam, dass das bisherige Krisenmanagement und die bisher etablierten neuen Instrumente noch unzureichend sind. Die EU (der Euro-Raum) muss sich in Richtung einer Fiskalunion plus Bankenunion (siehe *European Commission, 2012B*) weiter entwickeln. Letztlich wird ein großer Schuldenschnitt (Schuldentilgungsfonds), wie vom *Sachverständigenrat (2011, 2012)* schon im Vorjahr vorgeschlagen, für einen Neustart des Euro-Raumes notwendig sein. Um "mehr Europa" mit einer vertraglichen "Neugründung der EU" wird man längerfristig nicht herunkommen. Allerdings wäre es in der Übergangsphase vom derzeitigen "Krisenmodus" zu einer Funktionsfähigen EU notwendig, die Wachstumskräfte wieder zu mobilisieren. Vorschläge dazu, wie man die Kernziele der Wachstumsstrategie "Europa 2020" – intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum – am besten erreichen kann, werden in

einer auf mehrere Jahre angelegten Großstudie (WWWforEurope), geleitet vom WIFO, vorbereitet (Näheres auf der Webseite: <http://www.foreurope.eu/>).

## 6. Gefahr der Überdehnung und Desintegration durch ständige EU-Erweiterung

Kroatien tritt am 1. Juli 2013 als 28. Mitglied der EU bei. Weitere Länder (vor allem die Balkanstaaten) stehen bereits auf der Warteliste. Die EU teilt die beitrittswilligen Länder ein in<sup>13)</sup>:

- *Beitrittskandidaten:* Hierzu zählen, Island, die Türkei, Mazedonien, Montenegro und Serbien. Mit Island (seit Juni 2010) und der Türkei (seit Oktober 2005; Verhandlungen stocken derzeit wegen ungelöster Probleme in Zypern) wird bereits verhandelt.
- *Potentielle Beitrittskandidaten:* Dazu zählen Albanien, Bosnien & Herzegowina und Kosovo. Mit diesen Ländern gibt es noch keine Verhandlungen.

Als Alternative zur Erweiterungspolitik verfolgt die EU die "Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), mit der die Nachbarstaaten rund um die Europäische Union (vom Norden Afrikas bis zum Osten Europas) durch Kooperationen eingebunden werden sollen<sup>14)</sup>.

Die fortschreitende Politik der EU-Erweiterung könnte die EU relativ bald in die Größenordnung von 40 Mitgliedsländern bringen. Zählt man zu den oben genannten 8 Beitrittskandidaten eventuell noch weitere ehemalige COMECON-Staaten (Ukraine, Weißrussland, Moldawien usw.) hinzu, dann erreicht die EU eine Größenordnung, die angesichts der gegenwärtigen institutionellen Strukturen zur Überforderung und Nicht-Regierbarkeit führen könnte. Zudem sind alle neuen Beitrittskandidaten (mit Ausnahme Islands) arme Länder mit sehr niedrigem BIP pro Kopf. Dieser Prozess in Verbindung mit der ungelösten Euro-Krise könnte zum Ende der Europäischen Integration bzw. zur Europäischen "Desintegration" mit unabsehbaren Folgen führen.

## 7. Schlussfolgerungen

In Krisenzeiten wird gerne das bisher Vertraute, auch Altbewährte in Frage gestellt. Nach der GFC 2008/09, der "Großen Rezession" 2009 und der anschließenden und andauernden Euro-Krise droht die Gefahr des Auseinanderfallens des Euro-Raumes. Die ausgebrochene Schuldenkrise führte nicht nur zu einer ökonomischen, sondern auch zu einer mentalen Spaltung des Euro-Raumes. Die Bevölkerung jener Länder, die wirtschaftlich erfolgreich waren und relativ gut durch die Krisen gekommen sind, fühlt sich zunehmend politisch überfordert, die überschuldeten Partner in der Peripherie finanziell zu unterstützen. Die Euro-Krise stellte die EU-Institutionen sowie Staats- und Regierungschefs vor fast unlösbare Aufgaben, sie hatte neben den ökonomisch negativen Effekten zahlreiche politische Kollateralschäden zur Folge. Seit

---

<sup>13)</sup> Siehe die Webseite von DG Enlargement:  
[http://ec.europa.eu/enlargement/countries/check-current-status/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/countries/check-current-status/index_en.htm).

<sup>14)</sup> Siehe die Webseite der Europäischen Kommission (Europäische Nachbarschaftspolitik):  
[http://ec.europa.eu/world/enp/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/world/enp/index_de.htm).

Ausbruch der Euro-Krise wurden acht Regierungen in Ländern des Euro-Raumes abgewählt bzw. zum Teil (Griechenland und Italien) ganz durch Expertenregierungen ersetzt, weil die gewählten Vertreter schlicht überfordert waren.

Angesichts dieser Gemengelage aus Verunsicherung und Überforderung ist der Ruf nach einem "Zurück zu nationalen Lösungen" (Wiedereinführung nationaler Währungen; Austritt aus der EU bzw. Euro-Raum) – meist von populistischen Parteien, aber auch von manchen Experten – laut geworden. Diese Entwicklung wäre ein arger Rückschritt für das politische Projekt "Europäische Integration". Sie würde in Richtung "Desintegration Europas" führen. Eine Re-Nationalisierung wäre nicht nur europapolitisch eine Katastrophe, sondern auch ökonomisch ein Verlustgeschäft. Nach allen Erkenntnissen ist es für ein kleines Land wie Österreich nur vorteilhaft, wenn es an einem großen Binnenmarkt schrankenlos teilnehmen und durch Handel seinen Wohlstand mehren kann.

Nach den Berechnungen in dieser Studie hat Österreich auf allen Stufen der Integration (Öst-Öffnung, EU-Mitgliedschaft, WWU-Teilnahme und EU-Erweiterung) ökonomisch profitiert. Die aus Modellsimulationen abgeleiteten Integrationseffekte für Österreich durch die Teilnahme an allen EU-Projekten bewegt sich in einer Größenordnung von ½ bis 1 Prozentpunkt mehr BIP-Wachstum pro Jahr. Die Plausibilität dieser Modellergebnisse werden durch den Vergleich der Wirtschaftsentwicklung Österreichs mit Ländern in der EU und außerhalb unterstrichen. So lag der Wachstumsvorsprung Österreichs vor Deutschland und der Schweiz ebenfalls in der Größenordnung der obigen Integrationseffekte. Dieser "Wachstumsbonus" ist ohne die Integrationswirkungen der Teilnahme Österreichs an allen EU-Projekten schwer bis gar nicht erklärbar. Daraus ergibt sich als deutliche Antwort auf die Frage: "Wäre Österreich ohne EU und Euro besser gefahren?" ein klares Nein!



## F. Literaturhinweise

- Aiginger, K., "The Great Recession vs. The Great Depression: Stylized Facts on Siblings That Were Given Different Foster Parents", *Economics*, 2010, 4(2010-18), (<http://www.economics-ejournal.org/economics/journalarticles/2010-18>).
- Aiginger, K., "Why Performance Differed Across Countries in the Recent Crisis How Country Performance in the Recent Crisis Depended on Pre-crisis Conditions", WIFO Working Papers, 2011, (387).
- Aiginger, K., Horvath, Th., Mahringer, H., "Why labor market performance differed across countries: the impact of institutions and labor market policy", WIFO Working Papers, Juni 2011, (396) (revidierte Version, März 2012).
- Alcidi, C., Gionannini, A., Gros, D., " 'Grexit': Who would pay for it?", CEPS Policy Brief, 2012, (272).
- Badinger, H., "Growth Effects of Economic Integration: Evidence from the EU Member States", *Weltwirtschaftliches Archiv (Review of World Economics)*, 2005, 141(1), S. 50-78.
- Badinger, H., "Die Auswirkungen des Euro auf den Außenhandel der EU und Österreichs", FIW Policy Brief, 2012, (15).
- Badinger, H., Breuss, F., "What Has Determined the Rapid Post-War Growth of Intra-EU Trade?", *Weltwirtschaftliches Archiv (Review of World Economics)*, 2004, 140(1), S. 31-51.
- Badinger, H., Breuss, F., "Has Austria's Accession to the EU Triggered an Increase in Competition? A Sectoral Markup Study", *Empirica*, 2005, 32(2), S. 145-180.
- Badinger, H., Breuss, F., "Country size and the gains from trade bloc enlargement: An empirical assessment for the European Community", *Review of International Economics*, 14(4), 2006, S. 615-631.
- Badinger, H., Breuss, F., "Country Size and the Trade Effects of the Euro", *Weltwirtschaftliches Archiv (Review of World Economics)*, 145(2), 2009, S. 207-223.
- Badinger, H., Breuss, F., "The Quantitative Effects of European Post-War Economic Integration", in Jovanovic, M. N. (Hrsg.), *International Handbook on the Economics of Integration, Volume III: Factor Mobility, Agriculture, Environment and Quantitative Studies*, Edward Elgar Publishing, Cheltenham–Northampton, 2011, S. 285-315.
- Badinger, H., Breuss, F., Schuster, Ph., Sellner, R. (2008), "Macroeconomic Effects of the Services Directive", in Breuss, F., Fink, G., Griller, St. (Hrsg.), *Services Liberalisation in the Internal Market*, Springer, Wien–New York, 2008, S. 125-165.
- BAKBASEL, " "GREXIT" und "Euro-Break-Up" bergen erhebliche Risiken für die Schweiz", Medienmitteilung, Basel, 15. Juni 2012.
- Baldwin, R., "The Euro's Trade Effects", ECB Working Paper, 2006, (594).
- Baum, A., Checherita-Westphal, C., Rother, Ph., "Debt and Growth: New Evidence for the Euro Area", ECB Working Paper Series, 2012, (1450).
- Beer, Ch., "Die ökonomischen Effekte des Euro auf Österreich – Ein Überblick über die wissenschaftliche Literatur", *Geldpolitik & Wirtschaft, Quartalsheft zur Geld- und Wirtschaftspolitik, OeNB*, 2011, (Q3/11), S. 23-37.
- Berger, H., Nitsch, V., "Zooming Out: The Trade Effect of the Euro in Historical Perspective", CESifo working paper, 2005, (1435).
- BMASK, "Arbeitsmarktöffnung – 1 Jahr danach", Pressekonferenz, 7. Mai 2012.
- Bofinger, P., Habermas, J., Nida-Rümelin, J., "Einspruch gegen die Fassadendemokratie", *Der Standard*, online: 13. August 2012 (leicht gekürzte Fassung aus *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, "Für einen Kurswechsel in der Europapolitik", 4. August 2012).
- Bootle, R., "Leaving the Euro: A Practical Guide", Wolfson Economics Prize, 2012.
- Born, B., Buchen, T., Carstensen, K., Grimme, Ch., Kleemann, M., Wohlrabe, K., Wollmershäuser, T., *Austritt Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion: historische Erfahrungen, makroökonomische Konsequenzen und organisatorische Umsetzung*, ifo-Institut, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, München, 2012.
- Breuss, F., "Austria's Approach towards the European Union", *EuropaInstitut an der WU-Wien, IEF Working Paper*, 1996 (18).
- Breuss, F. (1997A), "Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der WWU in Modellsimulationen", in Baumgartner, J., Breuss, F., Kramer, H., Walterskirchen, E., *Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion*, WIFO, Wien, 1997, S. 41-96.

- Breuss, F. (1997B), "The Economic Consequences of a Large EMU – Results of Macroeconomic Model Simulations", European Integration online Papers (EIoP), 1997, 1(10).
- Breuss, F., "Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder", WIFO-Monatsberichte, 2001, 74(11), S. 655-666.
- Breuss, F., "Benefits and Dangers of EU Enlargement", *Empirica*, 2002, 29(3), S. 245-274.
- Breuss, F., *Reale Außenwirtschaft und Europäische Integration*, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main-Berlin-New York-Wien, 2003.
- Breuss, F. (2005A), "Austria, Finland and Sweden after 10 Years in the EU: Expected and Achieved Integration Effects", *EI Working Papers*, Europainstitut an der WU-Wien, 2005, (65).
- Breuss, F. (2005B), "Österreich und Schweiz – Erfahrungen mit und ohne EU-Mitgliedschaft", WIFO-Monatsberichte, 2005, 78(10), S. 681-714.
- Breuss, F. (2006A), "Ostöffnung, EU-Mitgliedschaft, Euro-Teilnahme und EU-Erweiterung, Wirtschaftliche Auswirkungen auf Österreich", WIFO Working Papers, 2006, (270), <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/26294>.
- Breuss, F. (2006B), *Monetäre Außenwirtschaft und Europäische Integration*, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main-Berlin-New York-Wien, 2006.
- Breuss, F. (2007A), "Wirtschaftliche Effekte der EU-Mitgliedschaft in Finnland, Österreich und Schweden", in Luif, P. (Hrsg.), *Österreich, Schweden, Finnland: Zehn Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union*, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar, 2007, S. 235-269.
- Breuss, F. (2007B), "Österreich und Schweiz – Ökonomische Erfahrungen mit und ohne Mitgliedschaft in der Europäischen Union", in Breuss, F., Cottier, Th., Müller-Graff, P.-Ch. (Hrsg.), *Die Schweiz im europäischen Integrationsprozess*, Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Band 61, Nomos-Helbing&Lichtenhahn, Baden-Baden-Basel, 2007, S. 63-110.
- Breuss, F. (2007C), "Erfahrungen mit der fünften EU-Erweiterung", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(12), S. 933-950.
- Breuss, F., "Die Zukunft Europas", in: *Das österreichische Außenwirtschaftsleitbild: Globalisierung gestalten – Erfolg durch Offenheit und Innovation*, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA), Wien, 2008, S. 33-63.
- Breuss, F. (2009A), "10 Jahre WWU – Erfolge, Schwächen und Herausforderungen", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(1), S. 61-84, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/34864>.
- Breuss, F. (2009B), "Mangelnde "Europäisierung" der nationalen Konjunkturzyklen als Risiko für den Euro-Raum", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(2), S. 125-138.
- Breuss, F. (2009C), "An Evaluation of the EU's Fifth Enlargement with Special Focus on Bulgaria and Romania", *European Economy, Economic Papers*, 2009, (361).
- Breuss, F. (2010A), "Globalisation, EU Enlargement and Income Distribution", *International Journal of Public Policy (IJPP)*, 2010, 6(1/2), S. 16-34.
- Breuss, F. (2010B), "Österreich 15 Jahre EU-Mitglied", WIFO Monatsberichte, 2010, 83(2), S. 117-136.
- Breuss, F. (2010C), "Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen von Wechselkursänderungen im Zuge eines globalen "Währungskrieges": Modellsimulationen", in *Österreichs Außenwirtschaft 2010*, Kompetenzzentrum Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft (FIW) (Hrsg.), Wien, 2010, S. 225-234.
- Breuss, F. (2011A), "Schweiz und Österreich: Krisenresistenz dank struktureller Stärken", Kommentar zu den Beiträgen von Aymo Brunetti und Andrés Fuentes, OeNB Workshop "Schweiz und Österreich – Zwei kleine Nachbarstaaten in und nach der Krise", Wien, 11. April 2011.
- Breuss, F. (2011B), "EU-Wirtschaftsregierung: Eine notwendige aber nicht hinreichende Bedingung für das Überleben der Eurozone und des Euro", *FIW Policy Brief*, 2011, (12).
- Breuss, F. (2011C), "Makroökonomische Ungleichgewichte", *Wirtschaftspolitische Blätter*, 2011, 58(3), S. 409-428.
- Breuss, F. (2012A), "Eurokrise als Chance für die Europäische Union", in Khol, A., Ofner, G., Karner, St., Halper, D. (Hrsg.), *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2011*, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar, 2012, S. 3-15.
- Breuss, F. (2012B), "'Grexit' und die Folgen", *Wirtschaftsbericht Österreich 2012*, BMWFJ-BMF, Wien, 2012, S. 26-27.
- Breuss, F. (2012C), "Trojanische Pferde und das Überleben der Eurozone", *Ökonomenstimme*, 23. Juli 2012.
- Breuss, F., Egger, P., Pfaffermayr, M., "Structural funds, EU enlargement, and the redistribution of FDI in Europe", *Weltwirtschaftliches Archiv (Review of World Economics)*, 2010, 146(3), S. 469-494.

- Breuss, F., Kaniowski, S., Schratzenstaller, M., "Gesamtwirtschaftliche Effekte der Konjunkturbelebungsmaßnahmen", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(9), S. 675-686, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/36767>.
- Breuss, F., Kratena, K., Schebeck, F., "Effekte eines EU-Beitritts für die Gesamtwirtschaft und für die einzelnen Sektoren, in Sonderheft: Österreich in der Europäischen Union: Anforderungen und Chancen für die Wirtschaft", WIFO-Monatsberichte, 1994, S. S18-S33.
- Breuss, F., Schebeck, F., "Ostöffnung und Osterweiterung der EU: Ökonomische Auswirkungen auf Österreich", WIFO-Monatsberichte, 1996, 69(2), S. 139-151.
- Breuss, F., Schebeck, F. (1998A), "Ostöffnung und Osterweiterung der EU: Eine Neubewertung der ökonomischen Auswirkungen auf Österreich nach der Agenda 2000", in Palme, G., Schremmer, Ch. (Koordination), Regionale Auswirkungen der EU-Integration der MOEL, Studie des WIFO und des ÖIR im Auftrag der ÖROK, Wien, 1998, S. 23-42.
- Breuss, F., Schebeck, F. (1998B), "Kosten und Nutzen der EU-Osterweiterung für Österreich", WIFO-Monatsberichte, 1998, 71(11), S. 741-750.
- Brücker, H., et al., "Labour mobility within the EU in the context of enlargement and the functioning of the transitional arrangements", Final Report im Auftrag der Europäischen Kommission, Nürnberg, 2009 (Download vom IAB, Nürnberg: <http://infosys.iab.de/infoplattform/dokSelect.asp?AP=3>).
- Calvo, G. A. (1998), "Capital Flows and Capital-Market Crises: The Simple Economics of Sudden Stop", Journal of Applied Economics, 1998, 1(1), S. 35-54.
- Casella, A., "Large Countries, Small Countries and the Enlargement of Trade Blocs", European Economic Review, 1996, 40(2), S. 389-415.
- Catinat, M., Donni, E., Italianer, A., "The Completion of the Internal Market: Results of Macroeconomic Model Simulations", Europäische Kommission, Economic Paper, 1988, (65).
- D'Auria, F., Mc Morrow, K., Pichelmann, K., "Economic Impact of Migration Flows Following the 2004 EU Enlargement Process: A Model Based Analysis", European Economy, Economic Papers, 2008, (349).
- Crespo Cuaresma, J., Ritzberger, D., Silgoner, M. A., "Growth, convergence and EU membership", Applied Economics, 2008, 40(5), S. 643-656.
- Der Standard, "Roskur der Krisenländer zeigt Wirkung", 22. August 2012, S. 21.
- EBRD (2012A), "Vienna Initiative – moving to a new phase", European Bank for Reconstruction and Development, London, 2012.
- EBRD (2012B), "European Banking Coordination "Vienna Initiative", Working Group on NPLs in Central, Eastern and Southeastern Europe, EBRD, EIB, World Bank, IMF, ECB, European Commission, 2012.
- Ederer, St., "Ungleichgewichte im Euro-Raum", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(7), S. 589-602.
- Eichengreen, B., O'Rourke, K., "A tale of two depressions redux", VoxEU, 6. März 2012 (<http://www.voxeu.org/article/tale-two-depressions-redux>).
- European Commission (2012A), "1<sup>st</sup> Alert Mechanism Report on macroeconomic imbalances in Member States", Brüssel, 14. Februar 2012 ("MIP Scoreboard").
- European Commission (2012B), "The banking union", MEMO, Brüssel, 6. Juni 2012.
- European Commission (2012C), "Report from the Commission to the European Parliament and the Council on the activities of the European Globalisation Adjustment Fund in 2011", Brüssel, 4. September 2012.
- EZB (2012A), "Anpassungsprozesse im Euro-Währungsgebiet: Entwicklung in Irland, Griechenland, Spanien, Zypern und Portugal", Europäische Zentralbank, Monatsbericht, 2012, S. 62-66.
- EZB (2012B), "Heterogenität der Finanzierungsbedingungen im Euro-Währungsgebiet und deren politische Implikationen", Europäische Zentralbank, Monatsbericht, 2012, S. 67-81.
- EZB (2012C), "Beurteilung der Finanzierungsbedingungen des privaten Sektors im Euro-Währungsgebiet während der Staatsschuldenkrise", Europäische Zentralbank, Monatsbericht, 2012, S. 83-104.
- Falk, M. Wolfmayr, Y., "The Impact of Outward FDI in Central and Eastern Europe on Employment in the EU-15 Countries", FIW-Studie, 2008, (016).
- Fuentes, A., Ramskogler, P., Silgoner, M.-A., "Krisenresistenz der Schweizer Wirtschaft – Vergleich mit und Lehren für Österreich", OeNB, Wirtschaft & Gesellschaft, 2011, (Q2/2011), S. 72-92.

- Gächter, M., Riedl, A., Ritzberger-Grünwald, D., "Synchronisation der Konjunkturzyklen im Euroraum und die Auswirkungen der Finanzkrise", *Geldpolitik & Wirtschaft*, Quartalsheft zur Geld- und Wirtschaftspolitik, OeNB, 2012, (Q2/12), S. 33-62.
- Gehler, M., *Der lange Weg nach Europa: Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU*, Studien-Verlag, Innsbruck–Wien–München–Bozen, 2002.
- Gnan, E., Kronberger, R. (Hrsg.), *Schwerpunkt Außenwirtschaft 2011/2012: Entwicklung und Strategie in der Krise*, OeNB und WKO, facultas.wuw, Wien, 2012.
- Gros, D., et al., "Breaking the Deadlock: A Path Out of the Crisis", Statement by the INET Council on the Euro Zone Crisis, INET (Institute for New Economic Thinking), London, 23. Juli 2012.
- Hahn, F., Pitlik, H., Sieber, S., Url, Th., "Die EU-Bewertung makroökonomischer Ungleichgewichte in Österreich", *WIFO-Monatsberichte*, 2012, 85(5), S. 381-395.
- Hogrefe, J., Jung, B., Kohler, W., "Readdressing the trade effect of the Euro: Allowing for currency misalignment", *ZEW Discussion Paper*, 2010, (10-023).
- Huber, P., Böhs, G., "Auswirkungen der Liberalisierung des österreichischen Arbeitsmarktes für die StaatsbürgerInnen der EU 10 auf die Regionen Österreichs", Studie des WIFO im Auftrag des AMS Österreich, Wien, 2012.
- Hummer, W., Schweitzer, M., *Österreich und die EWG. Neutralitätsrechtliche Beurteilung der Möglichkeiten der Dynamisierung des Verhältnisses zur EWG*, Signum Verlag, Wien, 1987.
- ING, "EMU Break-up: Pay Now, Pay Later", *Global Economics*, 1. Dezember 2011.
- ING, "EMU: Fixing it is far cheaper than breaking it: Core countries exposure exceeds € 2 tn", *Economics*, 16. August 2012.
- Kaniovski, S., Breuss, F., Sinabell, F., "Vorteile der Teilnahme an der Europäischen Währungsunion und Folgen einer Redimensionierung der Eurozone", Gutachten für Bundeskanzler Werner Faymann, WIFO, Wien, 2012.
- Keuschnigg, C., Kohler, W., "Austria in the European Union: Dynamic Gains from Integration and Distributional Implications", *Economic Policy*, 1996, (22), S. 155-211.
- Keuschnigg, Ch., Kohler, W., *Eastern Enlargement to the EU: Economic Costs and Benefits for the EU Present Member States. The Case of Austria*, European Commission, Study XIX/B1/9801, Brüssel, 1999 (mimeo).
- König, J., Ohr, R., "Different Efforts in European Economic Integration: Implications of the EU-Index", Department of Economics, Georg-August-Universität Göttingen, 30. August 2012 (Manuskript; erscheint demnächst in *Journal of Common Market Studies*).
- Körner, F. M., Zemanek, H., "Auf Messers Schneide? Leistungsbilanzdefizite und externe Verschuldung im Euroraum", *Ökonomenstimme*, 24. August 2012.
- Lanz, M., "Die Euro-Krisenländer sind in Bewegung: Anpassungsprozesse und Reformen gehen in die richtige Richtung – bisherige Korrekturen genügen noch nicht", *Neue Zürcher Zeitung*, 18. August 2012, S. 23.
- Lehwald, S., "Has the Euro Changed Business Cycle Synchronization? Evidence from the Core and the Periphery", 2013 (erscheint demnächst in *Empirica – Journal of European Economics*).
- Loderer, C., Wälchli, U., Bretscher, L., "Risiken und Nebenwirkungen der gegenwärtigen Währungspolitik", *Neue Zürcher Zeitung*, 10. August 2012, S. 16.
- Mayerhofer, P., Fritz, O., "Erste Analyse der Wirkungen der EU-Regionalpolitik in Österreich", *WIFO-Monatsberichte*, 2009, 82(6), S. 425-444, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/36065>.
- McKinsey Germany, "The Future of the Euro: An economic perspective on the eurozone crisis", McKinsey & Company, Frankfurt, 2012.
- Micco, A., Stein, E., Ordóñez, G., "The Currency Union Effect on Trade: Early Evidence from EMU", *Economic Policy*, 2003, 18(37), S. 315-356.
- Monteagudo, J., Rutkowski, A., Lorenzani, D., "The Economic Impact of the Services Directive: A First Assessment Following Implementation", European Commission, DG ECFIN, Product Market Reforms Unit, European Economy, *Economic Papers*, 2012, 456.
- Mozart, I., "Der Euroaustritt Griechenlands: Folgen und Alternativen", AK-Wien, infobrief: EU&International, Ausgabe 3, 2012.

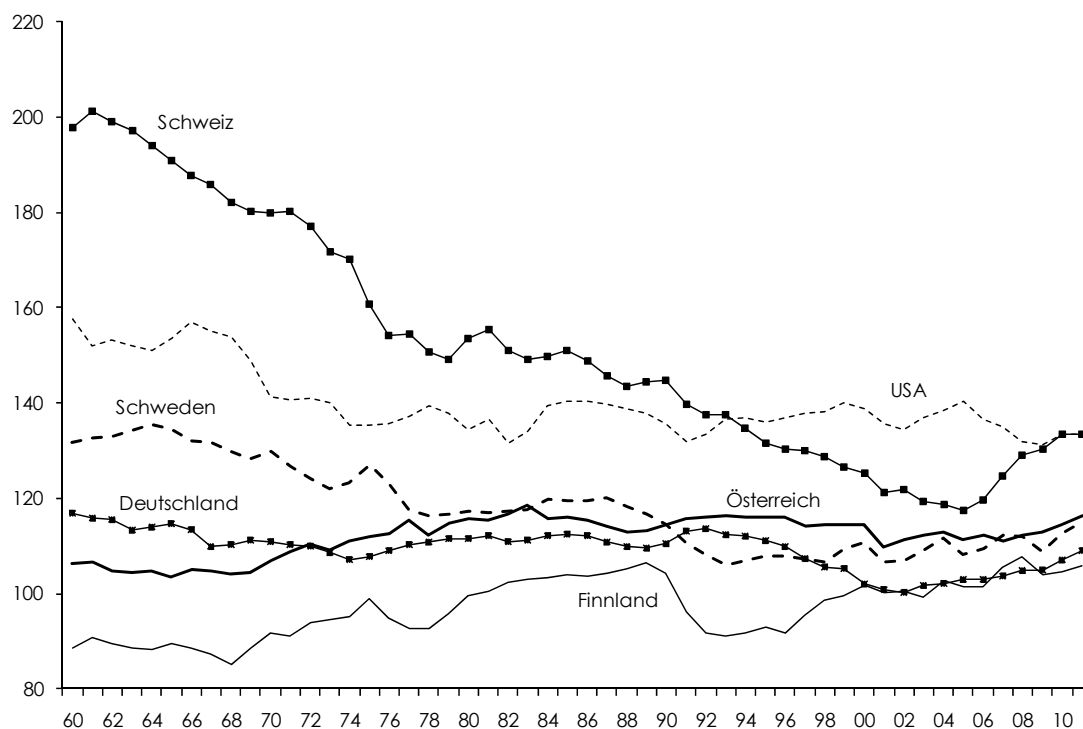
- Nauschnigg, F., "Krisenbewältigung Schweiz und Österreich: Wirtschaftspolitische Aktionen korrigieren Marktversagen", FIW Policy Brief, 2011, (13).
- Nitsche, W., "The Vienna Initiative/European Bank Coordination Initiative: Assessment and Outlook", BMF, Working Paper, 2010, (4/2010).
- OECD, What is the near-term global economic outlook? An interim assessment, Paris, 2012.
- OeNB, "Finanzstabilitätsbericht 23", Oesterreichische Nationalbank, Wien, 2012.
- Onaran, O., "The Effects of Globalization on Income Distribution: A Literature Review and Implications for Europe and Austria", Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 2007, (100).
- Onaran, O., The Effects of Globalization on Employment, Wages and the Wage Share in Austria, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 2008.
- Oxford Economics, Eurozone breakup. Macroeconomic implications using Oxford Economics' Global Macro Model, Juni 2012 (Update August 2012).
- Pfaffermayr, M., "Foreign outward direct investment and exports in Austrian manufacturing: Substitutes or complements?", Weltwirtschaftliches Archiv (Review of World Economics), 1996, 132(3), S. 501-522.
- Pfaffermayr, M., "Employment in domestic plants and foreign affiliates: a note on the elasticity of substitution", Weltwirtschaftliches Archiv, 2001, 137(2), S. 347-364.
- Pisani-Ferry, J., Sapir, A., Wolff, G. B., "The Messy Rebuilding of Europe", BruegelPolicyBrief, Issue 2012/01, 2012.
- Reinhart, C. M., Rogoff, K. S., "Growth in Time of Debt", NBER Working Paper, 2010, (15639).
- Reinhart, C. M., Rogoff, K. S., "A Decade of Debt", CEPR Discussion Paper, 2011, (8310).
- Reinstaller, A., Sieber, S., "Veränderung der Exportstruktur in Österreich und der EU", WIFO-Monatsberichte, 2012, 85(8), S. 657-668.
- Rose, A. K., "One Money, one Market: The Effect of Common Currencies on Trade", Economic Policy, 15(30), 2000, S. 8-43.
- Rose, A. K., "Currency union and trade: the effect is large", Economic Policy, 2001, 16,(33), S. 449-461.
- Rose, A. K., Spiegel, M. M., "Cross-Country Causes and Consequences of the 2008 Crisis: International Linkages and American Exposure", Pacific Economic Review, 2010, 15, S. 340-363.
- Sachverständigenrat, Verantwortung für Europa wahrnehmen, Jahresgutachten 2011/12, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden, 2011 (Kapitel III.V: "Ein Schuldentilgungspakt für Europa").
- Sachverständigenrat, Nach dem EU-Gipfel: Zeit für langfristige Lösungen nutzen, Sondergutachten, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden, 2012.
- The Economist, "The costs of a Greek exit", 26. Mai 2012.
- Tichy, G., "Banken- und Staatsschuldenkrise: Ursachen, Folgen, Lösungsansätze", Vortrag auf der Tagung "Die Finanzkrise: Herausforderung oder Chance?" der Universität Innsbruck auf Schloss Prösels am 7. Juli 2012.
- Van Rompuy, H., "Towards a Genuine Economic and Monetary Union", Report by the President of the European Council (in cooperation with the Presidents of the Commission, the Eurogroup and the European Central Bank, Brüssel, 2012.
- Viner, J., The Customs Union Issue, New York, 1950.
- WEF, "The Global Competitiveness Report 2012-2013", World Economic Forum, Genf, 2012.
- Wölfl, A., Wanner, I., Kozluk, T., Nicoletti, G., "Ten Years of Product Market Reform in OECD Countries – Insights from a Revised PMR Indicator", Economics Department Working Papers, OECD, 2009, (695).

## G. Anhang: Zusätzliche Abbildungen und Übersichten

### Abbildungen:

Abbildung G.1: BIP pro Kopf in KKS

EU 15 = 100



Q: Europäische Kommission.

BIP, real pro Kopf; durchschnittliche Wachstumsraten in %.

EU-Beitritt Österreichs 1995:

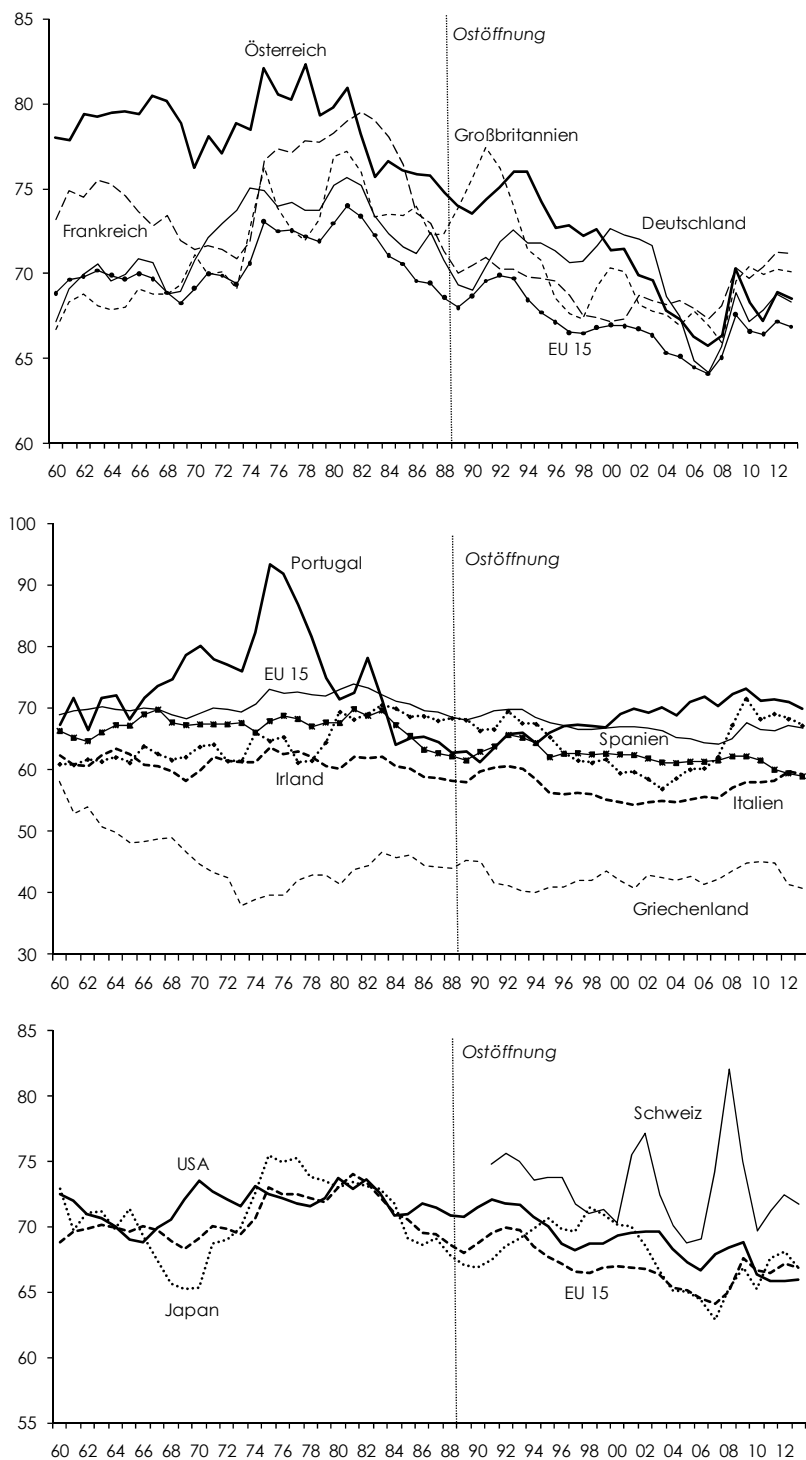
1978-1994: Österreich +2,0, Finnland +1,7, Schweden +1,3, Deutschland +1,8, EU 15 +1,8, Schweiz +1,2, USA +1,8;

1994-2010: Österreich +1,8, Finnland +2,5, Schweden +2,2, Deutschland +1,2, EU 15 +1,4, Schweiz +1,1, USA +1,4.

40 Jahre Aufholprozess:

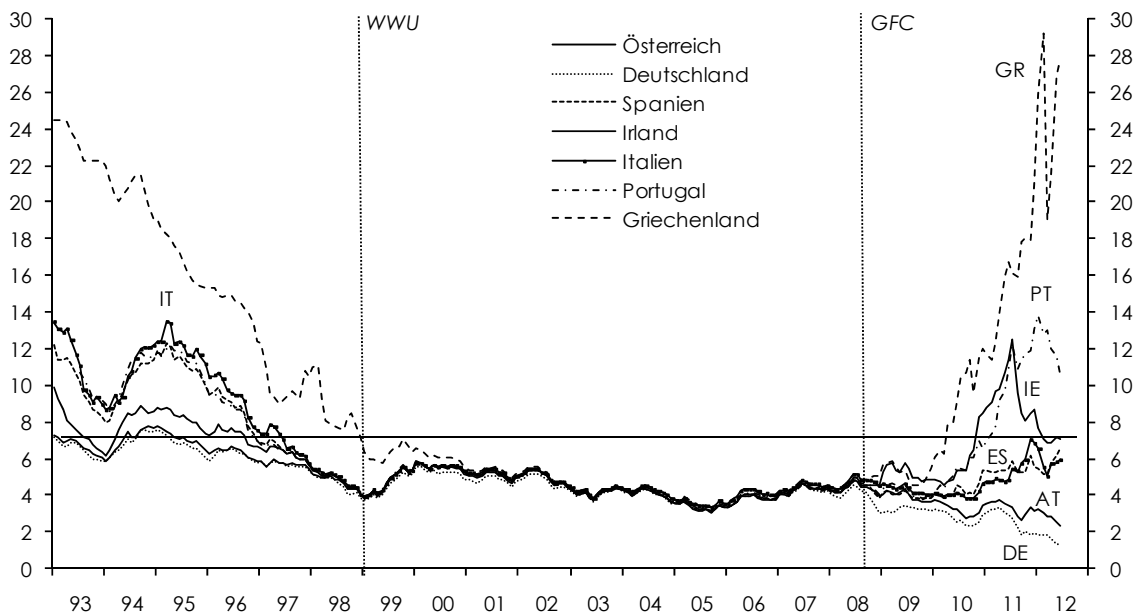
1954-2010: Österreich +2,9, Finnland +2,7, Schweden +2,2, Deutschland +2,6, EU 15 +2,4, Schweiz +1,6, USA +2,0.

Abbildung G.2: Lohnquoten in ausgewählten EU-Ländern und einigen Drittstaaten  
 Bereinigte Lohnquoten: Löhne pro Beschäftigte in % des BIP pro Erwerbstätige



Q: Europäische Kommission, Frühjahrsprognose 2012.

Abbildung G.3: Renditen für 10-jährige Staatsanleihen – PIIGS, Deutschland und Österreich  
In %

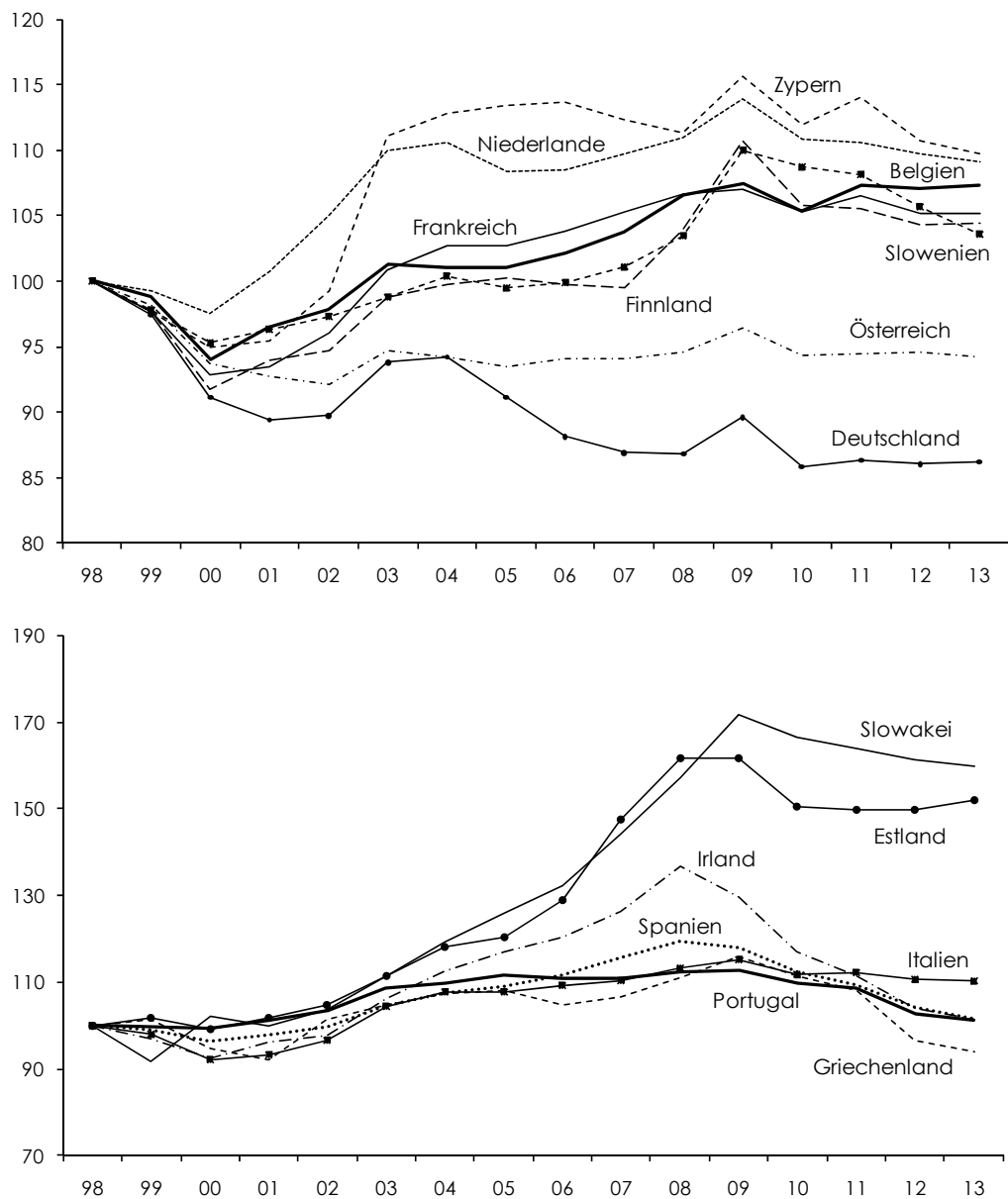


Q: EZB.



Abbildung G.4: Nach aufgeschaukelten Ungleichgewichten rasche Anpassung der Wettbewerbsfähigkeit

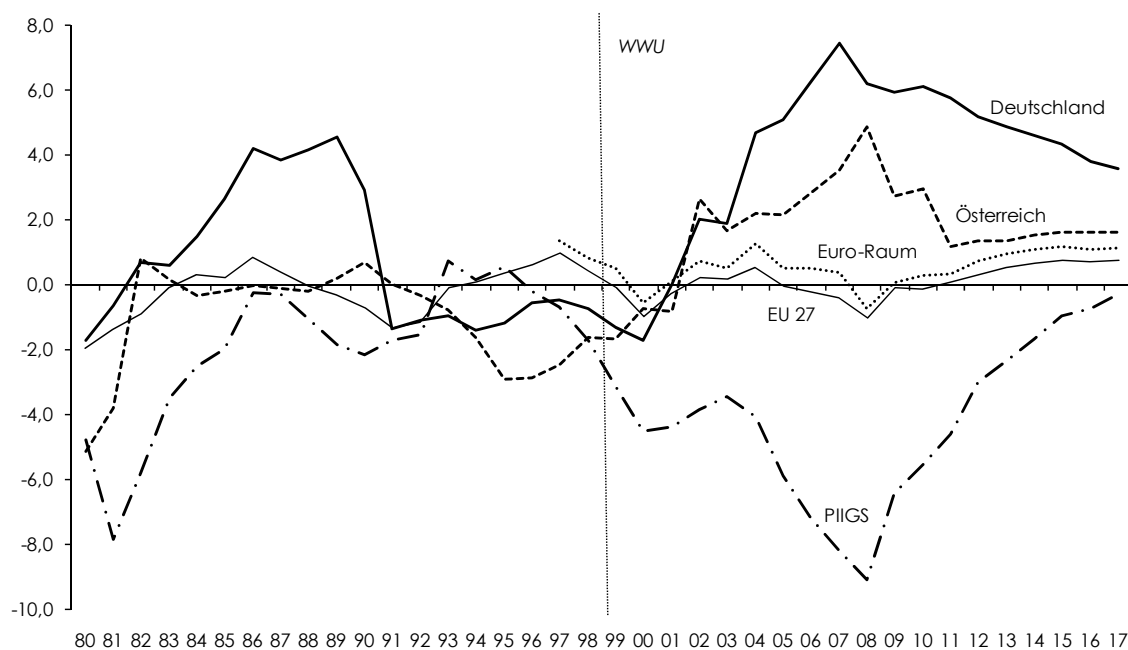
Entwicklung des realen effektiven Wechselkurses<sup>1)</sup> vor und nach der Euro-Krise



Q: Europäische Kommission, Frühjahrsprognose 2012. – 1) Effektiver Wechselkurs, real ... Lohnstückkosten relativ zu den restlichen 35 Industriestaaten.

Abbildung G.5: Leistungsbilanzgleichgewichte im Euro-Raum – Einebnung nach der Euro-Krise

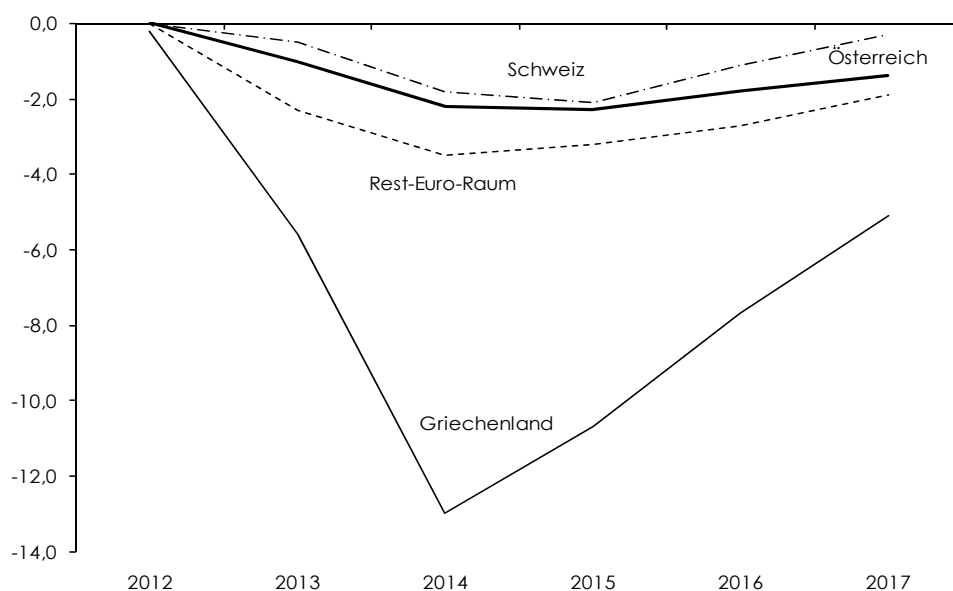
Leistungsbilanzsalden in % des BIP



Q: IMF. PIIGS = Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien.

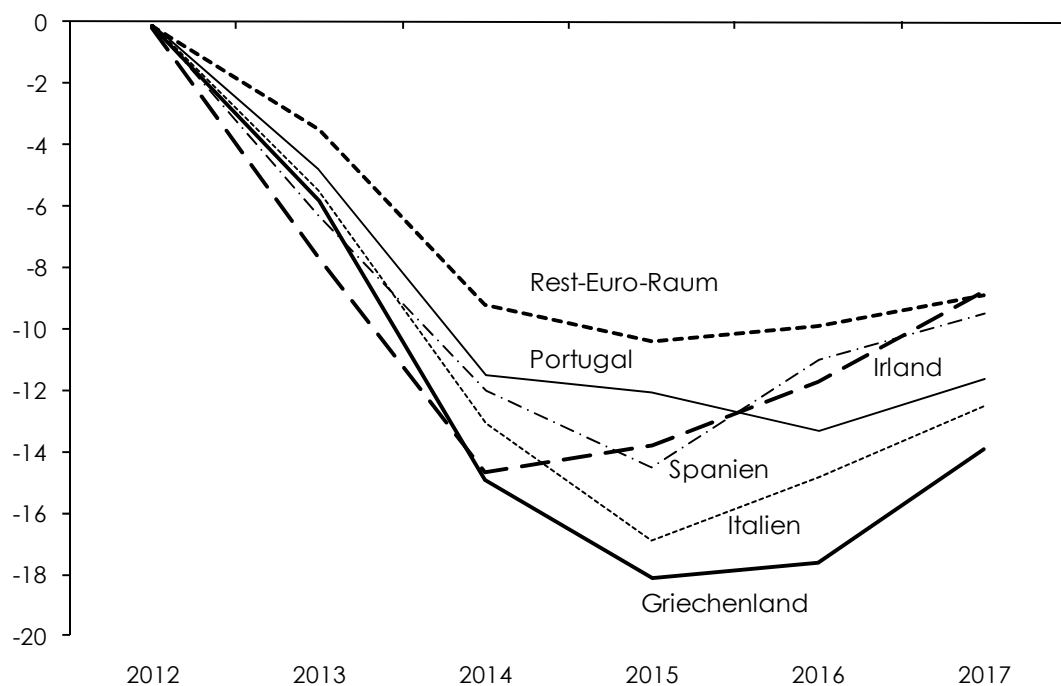
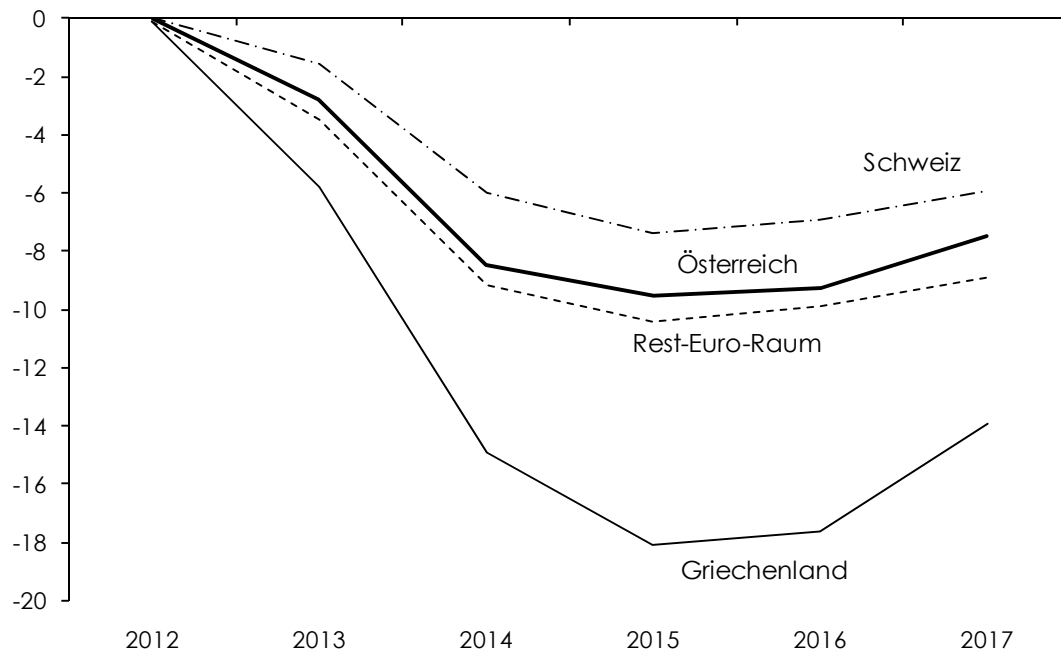
Abbildung G.6: "Grexit": Auswirkungen auf das BIP in Ländern innerhalb und außerhalb des Euro-Raumes

Kumulierte Abweichungen des realen BIP von der Basislösung in Prozentpunkten



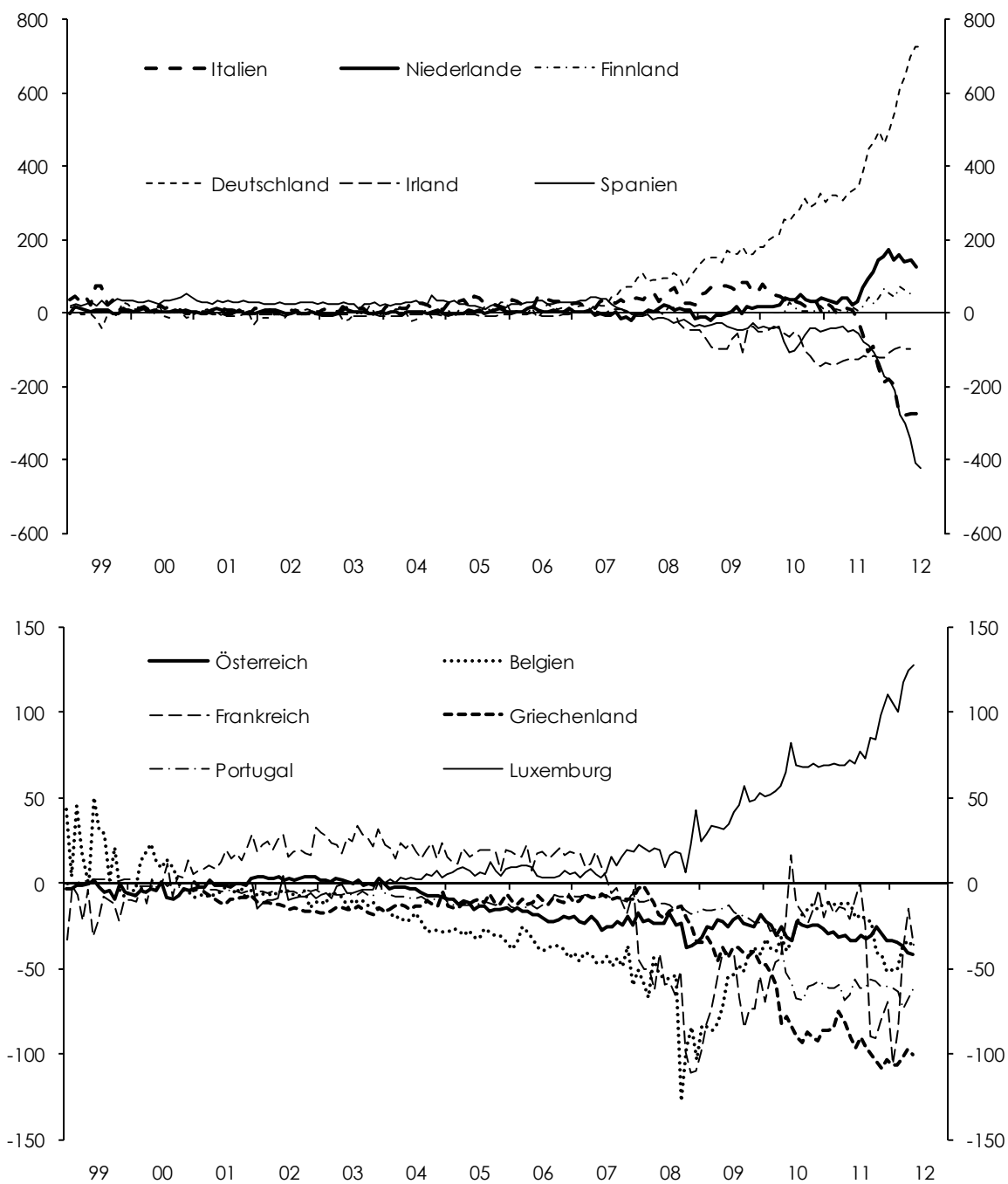
Q: Interne Berechnungen von Oxford Economics. Modellannahme: Griechenland verlässt Anfang 2013 den Euro-Raum.

Abbildung G.7: Redimensionierung ("Break-up") des Euro-Raumes: Auswirkungen auf das BIP  
 Kumulierte Abweichungen des realen BIP von der Basislösung in Prozentpunkten



Q: Interne Berechnungen von Oxford Economics. Modellannahme: 5 Länder verlassen Anfang 2013 den Euro-Raum: Irland, Italien, Portugal, Spanien und Griechenland.

Abbildung G.8: Target-Saldo der Nationalen Zentralbanken mit dem Euro-System



Q: CESifo, München: <http://www.cesifo-group.de/ifoHome/policy/Haftungspegel.html>.

Übersichten:

Übersicht G.1: Österreichische Exporte insgesamt nach SITC

Anteile in % der Gesamtexporte

	SITC	1982-1994	1995-2011	Differenz	2011
Ernährung	0	3,3	4,2	0,9	5,2
Rohstoffe	2	5,3	3,4	-1,9	3,3
Brennstoffe, Energie	3	1,3	2,3	1,0	3,4
Chemische Erzeugnisse	5	9,1	10,3	1,3	12,8
Bearbeitete Waren	6	32,1	24,0	-8,1	23,4
Stahl	67	7,3	5,2	-2,1	6,1
Maschinen, Fahrzeuge	7	34,5	41,2	6,7	37,8
Kfz	7132, 7139, 781, 784	6,4	10,9	4,5	10,1
Autozulieferindustrie	7132, 7139, 784	5,2	6,6	1,3	7,0
Pkw	7812	1,2	4,4	3,2	3,1
Konsumnahe Fertigwaren	8	13,8	12,6	-1,2	11,5
Warengruppen, aggregiert:					
Agrarwaren	0, 1, 4	3,8	5,6	1,8	6,9
Roh- und Brennstoffe	2, 3	6,6	5,7	-0,9	6,7
Industriewaren	5 bis 9	89,6	88,7	-0,9	86,5

Q: FIW, WIFO.

Übersicht G.2: Österreichische Handelsbilanz insgesamt nach SITC

Mio. EUR

	SITC	1982-1994	1995-2011	Differenz	2011
Ernährung	0	- 842,8	- 1.082,1	- 239,3	- 1.064,1
Rohstoffe	2	- 304,6	- 907,9	- 603,3	- 2.721,1
Brennstoffe, Energie	3	- 2.429,5	- 5.543,9	- 3.114,4	- 11.548,2
Chemische Erzeugnisse	5	- 922,7	- 908,4	14,3	- 546,1
Bearbeitete Waren	6	2.546,9	5.110,9	2.564,1	6.998,7
Stahl	67	1.029,7	1.886,4	856,7	3.182,1
Maschinen, Fahrzeuge	7	- 2.222,5	2.095,0	4.317,5	4.358,6
Kfz	7132, 7139, 781, 784	- 1.328,1	6,3	1.334,3	- 412,8
Autozulieferindustrie	7132, 7139, 784	588,1	1.052,3	464,1	2.729,8
Pkw	7812	- 1.916,7	- 1.044,5	872,1	- 3.140,8
Konsumnahe Fertigwaren	8	- 1.894,6	- 2.750,8	- 856,2	- 4.086,7
Warengruppen, aggregiert:					
Agrarwaren	0, 1, 4	- 924,9	- 532,7	392,2	- 445,9
Roh- und Brennstoffe	2, 3	- 2.734,1	- 6.451,8	- 3.717,7	- 14.269,2
Industriewaren	5 bis 9	- 2.509,8	3.275,0	5.784,8	5.481,1
Handelsbilanz, insgesamt		- 6.168,8	- 3.709,5	2.459,3	- 9.234,0

Q: FIW, WIFO.

Übersicht G.3: Österreichische Exporte in die EU 15 nach SITC

Anteile in % der Gesamtexporte in die EU 15

	SITC	1982-1994	1995-2011	Differenz	2011
Ernährung	0	2,9	4,9	2,0	6,0
Rohstoffe	2	6,1	3,9	-2,2	3,9
Brennstoffe, Energie	3	1,6	2,5	0,9	3,6
Chemische Erzeugnisse	5	8,1	8,7	0,6	10,6
Bearbeitete Waren	6	32,1	24,9	-7,1	25,0
Stahl	67	6,8	5,9	-0,9	6,6
Maschinen, Fahrzeuge	7	35,2	40,1	5,0	36,2
Kfz	7132, 7139, 781, 784	8,5	13,1	4,6	11,7
Autozulieferindustrie	7132, 7139, 784	7,2	8,6	1,4	8,9
Pkw	7812	1,3	4,5	3,2	2,9
Konsumnahe Fertigwaren	8	13,7	13,3	-0,4	12,4
Warengruppen, aggregiert:					
Agrarwaren	0, 1, 4	3,2	6,2	2,9	7,4
Roh- und Brennstoffe	2, 3	7,7	6,4	-1,3	7,5
Industriewaren	5 bis 9	89,0	87,4	-1,6	85,1

Q: FIW, WIFO.

Übersicht G.4: Österreichische Handelsbilanz mit EU 15 nach SITC

Mio. EUR

	SITC	1982-1994	1995-2011	Differenz	2011
Ernährung	0	- 411,0	- 947,8	- 536,8	- 1.170,6
Rohstoffe	2	234,1	38,5	- 195,6	- 494,4
Brennstoffe, Energie	3	- 243,3	- 1.729,7	- 1.486,5	- 3.252,0
Chemische Erzeugnisse	5	- 1.268,5	- 2.960,0	- 1.691,5	- 3.830,9
Bearbeitete Waren	6	700,5	1.485,4	784,9	1.859,2
Stahl	67	424,0	875,4	451,4	1.089,0
Maschinen, Fahrzeuge	7	- 2.410,9	- 2.023,8	387,1	- 2.855,3
Kfz	7132, 7139, 781, 784	- 930,8	- 639,3	291,5	- 2.099,3
Autozulieferindustrie	7132, 7139, 784	555,3	780,3	225,0	1.101,2
Pkw	7812	- 1.486,3	- 1.419,5	66,8	- 3.202,2
Konsumnahe Fertigwaren	8	- 1.846,8	- 1.513,8	333,1	- 1.595,3
Warengruppen, aggregiert:					
Agrarwaren	0, 1, 4	- 481,7	- 856,5	- 374,8	- 1.228,7
Roh- und Brennstoffe	2, 3	- 9,2	- 1.691,2	- 1.682,1	- 3.746,4
Industriewaren	5 bis 9	- 4.828,9	- 4.924,6	- 95,6	- 5.872,4
Handelsbilanz, insgesamt		- 5.319,8	- 7.472,3	- 2.152,6	- 10.847,5

Q: FIW, WIFO.

Übersicht G.5: Wachstumsbeiträge Österreichs zum BIP, real  
In Prozentpunkten

		ÖNACE	1978-1994	1995-2011	Differenz	DiD
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	(1)	VA	0,02	0,03	0,01	0,08
Bergbau; Herstellung von Waren, Energie-, Wasserversorgung; Abfallversorgung	(2)	VB_E	0,52	0,60	0,08	0,16
Herstellung von Waren		VC	0,48	0,54	0,05	0,13
Bau	(3)	VF	0,07	0,01	-0,06	0,02
Handel; Verkehr; Beherbergung und Gastronomie	(4)	VG_I	0,58	0,37	-0,20	-0,13
Information und Kommunikation	(5)	VJ	0,13	0,12	-0,01	0,07
Kredit- und Versicherungswesen	(6)	VK	0,11	0,25	0,14	0,21
Grundstücks- und Wohnungswesen	(7)	VL	0,16	0,14	-0,02	0,06
Sonst. Wirtschaftl. Dienstleistungen	(8)	VM_N	0,13	0,30	0,17	0,24
Öffentliche Verwaltung; Erziehung und Unterricht; Gesundheits- und Sozialwesen	(9)	VO_Q	0,31	0,20	-0,12	-0,04
Sonstige Dienstleistungen	(10)	VR_U	0,02	0,03	0,01	0,08
<i>Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreise, insgesamt (BWS)</i>	<i>(12=1-11)</i>	<i>V</i>	<i>2,05</i>	<i>2,05</i>	<i>0,00</i>	<i>0,07</i>
Gütersteuern	(14)	D21	0,22	0,15	-0,08	0,00
Gütersubventionen	(15)	D31	0,04	0,04	0,00	0,07
Gütersteuern minus Gütersubventionen	(16=14-15)	D21X31	0,18	0,11	-0,07	0,00
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP)</b>		<b>B1GQ</b>	<b>2,23</b>	<b>2,15</b>	<b>-0,08</b>	<b>0,00</b>
<i>Primärsektor</i>			<i>0,02</i>	<i>0,03</i>	<i>0,01</i>	<i>0,08</i>
<i>Sekundärsektor</i>			<i>0,58</i>	<i>0,61</i>	<i>0,02</i>	<i>0,10</i>
<i>Tertiärsektor</i>			<i>1,45</i>	<i>1,41</i>	<i>1,39</i>	<i>1,46</i>

Q: Statistik Austria, WIFO. DiD . . . Difference in Difference-Methode: Sektor (i) minus BIP-Differenz.

Übersicht G.6: Engagement österreichischer Banken in Osteuropa  
In Prozentpunkten

	Ausländische Forderungen in Mio. USD			Marktanteile österreichische Banken in Osteuropa %				
	Stand: I. Qu. 2012 Österreich	Alle Länder	Anteil Österreich in %	UniCredit	Erste	RBI	Hypo Alpe Adria	Summe
<i>Central Europe: CEE</i>				7,6	7,4	4,4		19,4
Tschechien	65.569	196.550	33,4	6,0	18,0	4,0		28,0
Ungarn	30.124	96.873	31,1	5,0	9,0	7,0		21,0
Polen	15.881	273.899	5,8	11,0		0,5		11,5
Slowakei	31.231	71.858	43,5	7,0	20,0	16,0		43,0
Slowenien	13.373	32.626	41,0	6,0		3,0	4,0	13,0
<i>South Eastern Europe: SEE</i>				12,7	11,2	9,9		33,8
Albanien		7.062	0,0			28,0		28,0
Bosnien & Herzegowina	5.399	9.232	58,5	20,0		18,0		38,0
Bulgarien	5.327	32.954	16,2	15,0		9,0		24,0
Kroatien	32.271	75.731	42,6	24,0	13,0	10,0	10,0	57,0
Rumänien	37.978	103.747	36,6	5,8	20,7	6,5		33,0
Serbien	6.910	25.883	26,7	6,0		6,0	5,0	17,0
<i>Commonwealth of Independent States: CIS</i>				2,3		1,9		4,2
Weißrussland		3.851	0,0			5,0		5,0
Russland		201.184		1,9		1,5		3,4
Ukraine	8.021	29.654	27,0	4,0		5,0		9,0
<i>European Union: Neue MS</i>								0,0
Estland	65	18.907	0,3					0,0
Litauen	245	23.219	1,1					0,0
Lettland	192	22.626	0,8					0,0
<i>Andere CEE-Länder:</i>				5,5	4,1	3,8		13,4
Mazedonien	527	3.672	14,4					0,0
Moldawien		892	0,0					0,0
Montenegro	962	1.703	56,5					0,0
<b>Summe Ost</b>	<b>254.075</b>	<b>1.232.123</b>	<b>20,6</b>					
Alle Länder	451.961	25.791.012	1,8					
<b>Österreich Ost-Exposure in % BIP (2011)</b>	<b>84,6</b>							

Q: Bank for International Settlement (BIS): International bank claims; CEE Banking Sector Report: Banking Sector Convergence 2.0, Raiffeisen Research, Oktober 2011. RBI . . . Raiffeisen International.



### Übersicht G.7: Wachstum des realen BIP in unterschiedlichen Integrationsphasen

	Ostöffnung	EU-Mitgliedschaft		WWU-Mitgliedschaft		EU-Erweiterung		Krise	
	1989/2013	1995/2013		1999/2013		2004/2013		2008/2013	
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %								
Österreich	+2,2 (+2,7)	+2,0 (+2,6)	+1,8 (+2,5)	+1,6 (+3,1)	+0,7 (–3,8)				
EU 27	+1,7 (+2,2)	+1,8 (+2,6)	+1,6 (+2,6)	+1,2 (+2,8)	+0,1 (–4,3)				
EU 15	+1,7 (+2,3)	+1,7 (+2,5)	+1,5 (+2,4)	+1,0 (+2,6)	±0,0 (–4,4)				
12 neue EU-Mitgliedsländer	+2,0 (+2,2)	+3,4 (+4,3)	+3,3 (+4,5)	+3,2 (+5,7)	+1,6 (–3,7)				
Deutschland	+1,5 (+1,8)	+1,4 (+1,6)	+1,3 (+1,6)	+1,4 (+2,2)	+0,8 (–5,1)				
Schweiz	+1,6 (+1,7)	+1,7 (+1,9)	+1,7 (+2,1)	+2,0 (+3,1)	+1,2 (–1,9)				
USA	+2,4 (+2,9)	+2,4 (+3,1)	+2,0 (+2,8)	+1,6 (+2,8)	+0,8 (–3,5)				

Q: Europäische Kommission, Frühjahrsprognose 2012, WIFO-Berechnungen. Zahlen in Klammern . . . durchschnittliche jährliche Veränderung jeweils bis 2007; Zahlen in Klammern in Rubrik "Krise" . . . Werte für 2009.

### Übersicht G.8: Österreich im Integrationsprozess

Wachstumseffekte nach der "Difference in Difference-Methode"<sup>1)</sup>

Österreich relativ zu	Ostöffnung 1989	EU-Beitritt 1995	WWU- Teilnahme 1999	EU-Erweiterung 2004/2007	Gesamt- effekte seit 1993	Krise 2008/2013
	In Prozentpunkten					
EU 27	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4
EU 15	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,3
Euro-Raum 12	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1
Deutschland	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,2	– 0,7	+ 0,3	– 1,2
Finnland	+ 0,7	– 1,2	– 0,5	+ 1,3	– 0,9	+ 1,6
Schweden	– 0,5	– 1,6	– 1,1	+ 0,3	– 1,4	+ 0,4
Großbritannien	– 0,5	– 0,5	+ 0,2	+ 1,7	– 1,0	+ 1,2
Schweiz	– 0,5	– 0,5	– 0,6	– 1,4	– 1,0	– 0,9
Island	+ 1,3	– 0,2	– 0,5	+ 0,4	– 0,1	+ 3,3
Norwegen	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,2	– 0,1
Türkei	– 0,2	– 1,0	+ 0,3	– 3,0	– 0,4	+ 1,5
USA	– 0,0	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,0	– 0,3	– 0,0
Japan	+ 3,6	+ 2,5	+ 1,5	– 0,6	+ 2,6	– 0,3

Q: Europäische Kommission, Frühjahrsprognose 2012, WIFO-Berechnungen. Immer gleich viele Jahre vor und nach einem Integrationsschritt bis 2013. Ein positives (negatives) Vorzeichen bedeutet, dass Österreichs Wachstumsperformance besser (schlechter) war als im Vergleichsland(-region). – <sup>1)</sup> BIP, real – durchschnittliche jährliche Veränderung in %, Vergleich Österreich mit Partnerländern bzw. -regionen vor und nach dem jeweiligen Integrationsschritt

Übersicht G.9: Euro-Raum gespalten in der Schuldenkrise

	Einwohner Mio.	BIP Mrd. EUR	Anteil am BIP des Euro- Raumes In %	Schulden	Staats- schulden	Budget- defizit	Unterm Euro- Rettungs- schirm*)	Rendite auf 10- jährige Staats- anleihen In %	Ratings (Ausblick)		
				2011	2012	2012			Fitch	S&P	Moody's
				Mrd. EUR	In % des BIP	In % des BIP					
Belgien	11,0	368	3,9	361	101	3,0	Nein	3,2	AAA (neg.)	AA	Aa3 (neg.)
Deutschland	81,7	2.589	27,2	2.090	82	0,9	Nein	1,3	AAA (stabil)	AAA	Aaa (neg.)
Estland	1,3	16	0,2	1	10	2,4	Nein	5,9	A+ (stabil)	AA-	A1
Finnland	5,4	192	2,0	89	51	0,7	Nein	1,8	AAA (stabil)	AAA	Aaa
Frankreich	65,2	2.017	21,3	1.689	91	4,5	Nein	2,6	AAA (neg.)	AA+	Aaa (neg.)
Griechenland	11,3	223	2,3	347	161	7,3	Ja (2x: 5/2010 3/2012)+	27,8	CCC	CCC	C
Irland	4,5	156	1,6	162	116	8,3	Ja (11/2010) 85 Mrd. EUR	7,1	BBB+ (neg.)	BBB+	Ba1 (neg.)
Italien	60,7	1.589	16,7	1.884	124	2,0	Nein	5,9	A- (neg.)	BBB+	Baa2
Luxemburg	0,5	44	0,5	8	20	1,8	Nein	1,8	AAA (stabil)	AAA	Aaa (neg.)
Malta	0,4	7	0,1	4	75	2,6	Nein	4,3	A+ (stabil)	A-	A3 (neg.)
Niederlande	16,7	614	6,5	389	70	4,4	Nein	1,9	AAA (stabil)	AAA	Aaa (neg.)
Österreich	8,4	296	3,1	214	74	3,0	Nein	2,3	AAA (stabil)	AA+	Aaa (neg.)
Portugal	10,6	171	1,8	190	114	4,7	Ja (5/2011) 78 Mrd. EUR	10,6	BB+ (neg.)	BBB+	Ba3 (neg.)
Slowakei	5,4	69	0,7	29	50	4,7	Nein	4,8	A+ (stabil)	A	A2 (neg.)
Slowenien	2,1	37	0,4	16	55	4,3	Nein (Banken?)	5,6	A (neg.)	A	Baa2 (neg.)
Spanien	46,2	1.082	11,4	706	81	6,4	Ja (Banken 7/2012) 100 Mrd. EUR		BBB (neg.)	BBB+	Baa3
Zypern	0,8	18	0,2	12	77	3,4	Ja (8/2012) ?	7	BB+ (neg.)	BBB+	Ba3
Euro-Raum	332,2	9.488		8.191	91,8	3,2	EFSF	3,5		AA+	

Q: Eurostat; Europäische Kommission, Frühjahrsprognose 2012; CESifo. – \*) Euro-Rettungsschirm: Besteht aus Geldern aus dem EFSF (European Financial Stability Facility), dem EFSM (European Financial Stabilisation Mechanism (verwaltet von der Europäischen Kommission aus dem EU-Haushalt) und Geldern aus dem IMF. – +) Im Fall Griechenland bestand das 1. Rettungspaket (110 Mrd. EUR) vom Mai 2010 aus bilateralen Krediten der Partner des Euro-Raumes (80 Mrd. EUR) und IMF-Geldern (30 Mrd. EUR). Das 2. Griechenlandpaket (130 Mrd. EUR) vom März 2012 stammt aus Mitteln des EFSF, EFSM und IMF. Zusätzlich kam es zu einem privaten "haircut" von 107 Mrd. EUR. Für eine detaillierte Aufstellung der Geschichte und des Umfangs der "Eurorettungspakete" für Griechenland (2 Pakete), Irland und Portugal, siehe: CESifo: <http://www.cesifo-group.de/ifoHome/policy/Haftungspegel.html>.

Übersicht G.10: Teurer Abschied Griechenlands aus der Währungsunion  
Forderungen von Ländern des Euro-Raumes an Griechenland in Mrd. EUR

	GLF	EFSF	SMP	Target 2	Öffentlicher Sektor gesamt (5=1+2+3+4)	Privatsektor (6)	Gesamt (7=5+6)	Ausfälle in % des BIP
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	
Belgien	1,9	4,0	1,8	3,7	11,4	0,6	12,0	3
Deutschland	14,7	31,2	13,9	28,7	88,5	10,5	99,0	4
Estland	0,1	0,3	0,1	0,3	0,8	–	0,8	–
Finnland	1,0	2,1	0,9	1,9	5,9	0,0	5,9	5
Frankreich	11,1	23,4	10,4	21,6	66,5	34,8	101,3	2,6
Irland	0,9	–	0,8	1,7	3,4	0,2	3,6	2
Italien	9,7	20,6	9,2	19,0	58,5	1,7	60,2	4
Luxemburg	0,1	0,3	0,1	0,3	0,8	–	0,8	–
Malta	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	–	0,3	–
Niederlande	3,1	6,6	2,9	6,1	18,7	2,7	21,4	4
Österreich	1,5	3,2	1,4	2,9	9,0	1,8	10,8	7
Portugal	1,4	–	1,3	2,7	5,4	6,4	11,8	10,6
Slowakei	0,5	1,1	0,5	1,1	3,2	–	3,2	–
Slowenien	0,3	0,5	0,2	0,5	1,5	–	1,5	–
Spanien	6,5	13,7	6,1	12,6	38,9	0,8	39,7	4
Zypern	0,1	0,2	0,1	0,2	0,6	–	0,6	–
<b>Euro-Raum</b>	<b>53,0</b>	<b>107,3</b>	<b>49,8</b>	<b>103,4</b>	<b>313,4</b>	<b>59,5</b>	<b>372,9</b>	<b>4</b>

Q: Alcidi – Gionannini – Gros (2012). GLF . . . Erstes Hilfspaket für Griechenland; EFSF: Vorläufiger Euro-Rettungsschirm; SMP . . . Anleihen-Ankauf durch die EZB; Target 2 . . . Zahlungsverkehrssystem der Euro-Raum-Notenbanken.

Übersicht G.11: Österreichs "Außenstände" sollten im Zuge der Euro-Rettungen die GIIPS und Zypern insolvent werden und aus dem Euro-Raum austreten

	Mrd. EUR
Target-Verbindlichkeiten	42,6
EZB-Staatsanleihenkäufe	5,9
EU-Finanzierung für Griechenland (1. Rettungspaket)	1,6
IMF-Finanzierung	0,3
ESM-Kapitaleinlage	2,2
ESM-Garantien	17,3
EFSM-Auszahlungen an Irland und Portugal	1,1
EFSF-Auszahlungen an Irland, Portugal und Griechenland	8,3
IMF-Beteiligung an Rettung durch EFSM und EFSF (bzw. ESM)	2,2
Forderungen wegen unterproportionaler Ausgabe von Banknoten	–0,7
<b>Österreich, gesamt</b>	<b>80,7</b>
Vergleich: <b>Deutschland</b> gesamt	779,0
<b>Euro-Raum</b> (ohne PIIGS+Zypern) bisherige Verpflichtungen	1.552,0
<b>Euro-Raum</b> (ohne PIIGS+Zypern) inkl. ESM	2.236,0

Q: CESifo, München: Österreich: <http://www.cesifo-group.de/ifoHome/policy/Haftungspegel/Haftungssummen-Oesterreich.html> und: Euro-Raum und Deutschland: <http://www.cesifo-group.de/ifoHome/policy/Haftungspegel.html>. PIIGS . . . Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien.